

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.  
Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Freitag den 1. November 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.  
Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnement-Preis pränumerando:  
Vierteljahr 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk.,  
wöchentlich 28 Pf. Post ins Haus  
Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-  
Nummer mit Illustrierter Sonntags-  
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,  
eingetragen in der Post-Bestellungs-  
Preisliste für 1901 unter Nr. 7671.  
Unter Kreuzband für Deutschland und  
Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühren**  
betragen für die sechsgehaltene Spalten-  
zeile oder deren Raum 40 Pf., für  
politische und gesellschaftliche Verord-  
nungen und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
„kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
(nur das erste Wort frei). Inserate für  
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
nachmittags in der Expedition abgegeben  
werden. Die Expedition ist an Wochen-  
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Socialdemokrat Berlin“

### Der österreichische Parteitag.

— Wien, 30. Oktober.

Am Sonnabend tritt in Wien der Gesamtparteitag der Socialdemokratie Oesterreichs zusammen. Die Einteilung der österreichischen Partei in sprachliche Gruppen bedingt es, daß der Gesamtparteitag nur jedes zweite Jahr tagen kann; das andre Jahr bleibt den Parteitag der einzelnen Nationen vorbehalten. Der letzte Gesamtparteitag fand im Jahre 1899 in Brünn statt; er wurde am dem Tage eröffnet, an dem das Ministerium Thun seine Demission gegeben hatte. Die Brünner Tagung war beherrscht von der „österreichischen Frage“: in der Zeit, da das nationale Problem das Gefüge des Staates zu sprengen schien, gab sich die Partei ein nationales Programm; da im Bürgertum ein wahrer Bürgerkrieg tobte, einten sich die Arbeiter aller Sprachen auf eine gemeinsame Formel, die jeder Nation freie Entfaltung verheißt und den Bestand des Staates dennoch verteidigt. Die nationalpolitische Entwicklung Oesterreichs hat das socialdemokratische Programm der Autonomie der Nationen glänzend gerechtfertigt; wo nationale Dinge heute geregelt werden, erfolgt die Lösung im Sinne der Unabhängigkeit jeder Nation von der andern.

Der diesmalige Parteitag wird seine Bedeutung in keiner aktuellen Frage suchen. Wohl stehen auf der Tagesordnung auch die Handelsverträge und die Altersversicherung, aber die Haltung der Partei in beiden Fragen ist durch die Gewalt der Dinge so fest bestimmt, daß der Erörterung am Parteitag mehr ein theoretisches als ein politisches Interesse zukommt. Die Agitation der Partei für die Altersversicherung hat erzielt, daß sich die Regierung zur Ausarbeitung von Grundzügen bereit erklärt hat; politisch ist also vorläufig nichts anders zu leisten, als die Regierung zur Erfüllung ihres Versprechens zu drängen. Was die Handelsverträge betrifft, so ist Oesterreich, wie nachgerade jeder Staat, freihändlerisch nach außen, schutzzönerisch nach innen; für seine Industrie braucht es Schutzzölle, für seine Landwirtschaft sucht es freie Einfuhr. Da Oesterreich-Ungarn keine Lebensmittel so ziemlich ganz erzeugt, hat seine Schutzpolitik nicht jenen abstoßenden Charakter, den sie dort gewinnt, wo man die unentbehrlichsten Lebensmittel zu dem Zwecke verteuern möchte, um einer Handvoll Grundbesitzern auf Kosten der Allgemeinheit Profite zuzuschicken. Zwar schreien auch die österreichischen Agrarier nach Schutzzöllen, aber es ist wirklich nur Nachaherei des deutschen Müllers, das ihre Forderungen hervorruft. Das Interesse der österreichischen Landwirtschaft ist an einem Handelsvertrag mit Deutschland weit mehr beteiligt als an Schutzzöllen, die seine Einfuhr abzuwehren suchen. Anders steht es mit der Industrie in Oesterreich; sie kann des Schutzzöllen nicht entbehren. Davon abgesehen, daß sie später begonnen hat als wir bei großen europäischen Industriestaaten und den Vorprung an Zeit und Technik aus eigener Kraft nicht einzuholen vermag, stehen die Produktionsbedingungen in dem halbagrarischen Oesterreich ungleich ungünstiger als in den großen Industriestaaten. Oesterreich ist nämlich streckenweise ein sehr zurückgebliebenes Gemeinwesen; gut die Hälfte des Reiches ist passiv; könnte, auf eigene Füße gestellt, auf eigene Kraft angewiesen, nicht einmal die eigensten, primitivsten Lebensbedürfnisse bestreiten. Trozdem ist Oesterreich-Ungarn eine „Großmacht“ und hat auch alle Luxusbedürfnisse eines Großstaates. Die Kosten dafür bringt aber nur ein kleines Gebiet, das industrielle, auf dessen Besteuerung in Folge dessen ganz enorm hoch sein muß. Die österreichische Industrie muß auch das agrarische Oesterreich ernähren, muß Galizien, das verarmte Karpatengebiet, muß sehr beträchtlich auch Ungarn ernähren. Was nun der Staat der Industrie in Form von Steuern zu viel abnimmt, gibt er ihr in Form von Zöllen zurück; erst wird die Industrie zu Gunsten der Allgemeinheit belastet, dann wieder diese zu Gunsten der Industrie. Die Methode mag nicht sehr verständlich sein; so lange aber die Produktionsbedingungen der österreichischen Industrie Nachteil bringen, so lange kann auf den Schutz vor der ausländischen Konkurrenz nicht verzichtet werden. Auch wohl von den Arbeitern nicht, deren Stellung hier wesentlich die als Vorkämpfer an der Produktion ist. Teilt der deutsche Arbeiter mit dem Industriellen das Interesse, daß das Reich Handelsverträge schließt, die dem Ueberhand der industriellen Erzeugung freie Ausfuhr öffnen, so teilt der österreichische Arbeiter mit dem Industriellen wieder das Bedürfnis, die Existenz der heimischen Industrie vor Gefährdung zu bewahren. Ueber das Quantum des Schutzes mögen die Meinungen auseinandergehen; daß er nicht verweigert werden kann, wenn er notwendig ist, dürfte schwerlich bestritten werden können. Die Verhandlung des Parteitages, zu der Kaustky als Referent angemeldet ist, wird jedenfalls sehr interessant sein und ist auch parteipolitisch sehr wichtig. Die österreichische Socialdemokratie ergreift hier ein Gebiet, das ihr bisher fremd geblieben war.

Die besondere Bedeutung des Parteitages liegt also nicht in der augenblicklichen Politik, auch nicht in etwaigen im Parteilieben vorhandenen Strömungen, die zu einer Klärung drängen, sondern in einer von Zeit und Politik scheinbar unabhängigen Sache: der Parteitag soll der Partei ein neues Programm geben. Das gegenwärtige Parteiprogramm ist beschlossen auf dem ersten Parteitag der österreichischen Socialdemokratie: in Hainfeld am 1. Januar 1889; also damals, als der Spaltung der Arbeiter in eine „gemäßigte“ und eine „radikale“ Gruppe ein Ende bereitet, die „Socialdemokratische Arbeiterpartei Oesterreichs“ eigentlich begründet wurde. Die Merkmale seiner Entstehung liegen dem Programme sehr deutlich an: im Inhalt wußte das Programm einer gemeinsamen Ueberzeugung, stellt es in der Form doch ein Kompromiß dar. Eigentlich ist es gar kein Programm, sondern besteht aus einer „Principienklärung“ und zwei Resolutionen, deren eine „die poli-

tischen Rechte“, die andre „die Arbeiterschutzgesetzgebung und Socialreform“ zum Gegenstande hat; Worte wie das Wort „Programm“ waren in jener gährenden Zeit verpönt und mußten sorgfältig vermieden werden. Aus den damaligen taktischen Bedürfnissen erklärt sich auch die Befangenheit, womit das Programm die Forderung nach dem Wahlrecht erhebt, und die Energie der Polemik, die es gegen die Ueberbeherrschung der gesetzgeberischen Socialreform fährt. In einer Zeit der absoluten Anerkennung, ja Ueberbeherrschung des Wertes der parlamentarischen Thätigkeit, der schrankenlosen Werthschätzung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung klingen die Warnungen und Verwahrungen des Hainfelder Programms gewissermaßen altfränkisch, wie auch in mancher Hinsicht veraltet. Der Wunsch, das Parteiprogramm zu revidieren, war also nicht unbegrifflich, wenn er auch nicht besonders dringlich noch kläglich auftrat. Allerdings war es fast gar nicht der Inhalt, sondern nur die durch die Thatsachen der Entstehung bedingte, der nachgekommenen Generation aber immer mehr unverständlich gewordene Form des Programms, die das Verlangen nach Revision hervorrief und begründete konnte. Am letzten Parteitag wurde also eine Programmkommission eingesetzt und über ihren Entwurf soll nun der Wiener Parteitag entscheiden.

Da eine eigene Kommission eingesetzt wurde, konnte es bei der bloßen Modernisierung der Form natürlich nicht verbleiben. Thatsächlich hat sich die Kommission nicht damit begnügt, die Principienklärung und die zwei Resolutionen etwa in ein einheitliches Programm umzugießen; vielmehr ist der principielle Theil, die Deklaration des Socialismus, ganz beträchtlich erweitert worden. Die Sätze des Programmtextes mit dem Hainfelder Programm zu vergleichen, scheint uns unbillig und verfehlt; das neue Programm soll ja keine Ergänzung oder Umformung des alten, sondern ein Programm für sich sein, ein eigenes, selbständiges, sich selbst vertretendes und durch sich wirkendes Werk. Man muß es also selbst ansehen; nicht mit dem alten es vergleichen, an ihm messen. Bei dem Interesse, das principielle Fragen bei den deutschen Genossen allezeit finden, glauben wir, die entscheidenden Sätze des Entwurfes hier mitteilen zu sollen; sie lauten:

Die österreichische Socialdemokratie erstreckt für das gesamte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, der politischen Rechtslosigkeit und der geistigen Verklammerung. Die Ursache der heutigen Zustände liegt nicht in den einzelnen politischen Einrichtungen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Thatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzer monopolisiert sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, wird dadurch in steigendem Maße abhängig von den Besitzern der Arbeitsmittel mit Einschluß des Bodens, der Großgrundbesitzerklasse und der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Klassenstaate ihren Ausdruck findet.

Der technische Fortschritt, die wachsende Konzentration der Produktion und des Besitzes, die Vereinigung aller ökonomischen Macht in den Händen der Kapitalisten und Kapitalistengruppen hat die Wirkung, immer größere Kreise früher selbständiger kleiner Unternehmer ihrer Produktionsmittel zu enteignen und sie als Lohnarbeiter oder Angestellte direkt oder indirekt in die Abhängigkeit der Kapitalisten zu bringen, die Kleinbauern aber in Schuldschlingen zu wandeln. Die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes tritt immer mehr in Gegensatz zu der trotz steigenden Produktivkraft ihrer eigenen Arbeit und zu dem Anwachsen des von ihnen selbst geschaffenen Reichtums. Die der Plebslosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise entsprechenden Krisen mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit und Elend beschleunigen und verschärfen diese Entwicklung.

Je mehr aber die Entwicklung des Kapitalismus das Proletariat aufzuwecken macht, desto mehr wird es gezwungen und befähigt, den Kampf gegen ihn aufzunehmen. Es kommt zum Bewußtsein, daß die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz immer mehr überflüssig und schädlich macht, daß zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion und gemeinsamer Besitzes die notwendigen geistigen und materiellen Vorbereitungen geschaffen werden müssen, und daß der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des Volkes das Ziel des Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse sein muß. Der Träger dieser notwendigen Entwicklung kann nur das zum Klassenbewußtsein erwachte und zum Klassenkampf organisierte Proletariat selbst sein. Das Proletariat politisch zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist daher das eigentliche Programm der österreichischen Socialdemokratie, zu dessen Durchsetzung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird.

So weit sich die Diskussion in der österreichischen Parteipresse übersehen läßt, ist es vorzugsweise der Satz, der an Stelle der „absoluten Verelendung“ die „relative“ setzt, der angefochten wird. Das Hainfelder Programm erklärt: „Der Einzelbesitz an Produktionsmitteln, wie er politisch den Klassenstaat bedeutet, bedeutet ökonomisch steigende Massenarmut und wachsende Verelendung immer breiterer Volksschichten“; der Entwurf bescheidet sich, zu erklären: „Die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes tritt immer mehr in Gegensatz zu der trotz steigenden Produktivkraft ihrer eigenen Arbeit und zu dem Anwachsen des von ihnen selbst geschaffenen Reichtums.“ Victor Adler, dessen Jugendkraft das Hainfelder Programm entwarf und dessen reifer Erfahrung wir den Entwurf danken, will es zwar nicht gelten lassen, daß hier ein anderer Inhalt formuliert sei; die neue Fassung habe lediglich den Zweck, Mißverhältnisse, die, wie der modische Kriticismus zeige, leider möglich seien, von dem österreichischen Parteiprogramm fernzuhalten. Diese Behauptung will aber weder denen einleuchten, die die jetzige Formel als die getreue Uebersetzung der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung ansehen, noch denen, die in der

geistigen und socialen Entfaltung der Arbeiterklasse eine Wirkung des Kapitalismus erkennen wollen; die einen tadeln die neue Fassung, die andern eripen ihr nicht ihr Lob. Die deutschen Genossen dürften vorläufig mit theoretischen Untersuchungen so reichlich gefättigt sein, daß wir davon absehen zu sollen glauben, vor ihnen den alten Streit, der oft mehr ein Gegensatz der Empfindungen und Temperamente als von Ueberzeugungen ist, noch einmal aufzurollen. Sicher und unbestritten ist, daß auch das neue Programm den Werdegang der socialen Entwicklung mit ungewöhnlicher Klarheit erfasst, das innerste Wesen der Socialdemokratie mit plausibler Unmittelbarkeit festlegt. Und das ist bei einem Programm das Entscheidende. Wie immer der Parteitag beschließe, er kann wirklich nur richtig beschließen.

Die Bedeutung eines Programms für die Tagesarbeit braucht nicht überschätzt zu werden; daß aber die durch die Revision von Parteiprogrammen — die freilich nicht allzu oft und nie überflüssig vorgenommen werden darf — hervorgerufenen principielle Erörterungen der Partei nur Nutzen bringen, dünkt uns ungewiss. Sie sind gleichsam ein Stöckchen; sie klären und kräftigen. Insbesondere der Socialdemokratie in Oesterreich, die ununterbrochen in grimmigsten und aufreibendsten Kämpfen steht, thut es Not, von Zeit zu Zeit zu den Quellen ihrer Stärke zurückzukehren, sich über die Niederlagen des niederdrückenden Kleinlampes zu erheben, den Blick über die ephemeren Erscheinungen hinaus zu den entscheidenden Bewegungen der gesellschaftlichen Entwicklung zu richten. Mag die Vielheit und Bunttheit der Meinungen im Reich manchmal auch verwirrend wirken; sie wäre vorzuziehen einer geistigen Uniformität, deren Stare nicht Einheit, sondern Gleichgültigkeit anzeigen würde. Davon sind wir glücklicherweise auch in Oesterreich weit entfernt, wenn auch die unendlich schwierige politische Lage der österreichischen Socialdemokratie die nötige Selbstkritik recht oft zu unterdrücken heischt. Um so wertvoller ist die Debatte, die sich an die Revision des Parteiprogramms geknüpft hat und wohl noch knüpfen wird. Sie offenbart, daß die österreichische Socialdemokratie, deren politische Regsamkeit unbestritten ist, in den Kämpfen des Tages des leuchtenden Zieles nicht vergißt, daß sie auch an sich selbst arbeitet, der Aufgabe, ihre Grundlagen zu vertiefen, immer eingedenk bleibt. Möge der Parteitag in diesem Sinne wirkend werden!

### Politische Ueberblick.

Berlin, den 31. Oktober.

Zu dreifürniger Unschicklichkeit scheidet die „National-Zeitung“, um sich unfres Nachweises ihrer nationalliberalen Anhänglichkeit in der Behandlung der Arbeitslosenfrage zu erwehren. Sie baut eine unaußere Polemik auf der wahrheitswidrigen Behauptung auf, daß „die Socialdemokratie die Zurückführung eines Theiles der beschäftigungslos gewordenen Arbeiter aufs platte Land höchst unerwünscht“ sei, und erhebt den gewissenlosen Vorwurf, daß wir die Arbeitslosen für „politische Speculationen“ mißbrauchen wollen.

Zu Wahrheit sagten wir gestern ausdrücklich: „Es ist selbstverständlich, daß jedem Arbeitslosen, der aus der Landwirtschaft gekommen und in der Lage ist, zu ihr zurückzukehren, dies letztere sehr dringend empfohlen werden muß.“

Wir haben allerdings nicht, gleich der „National-Zeitung“, gemeint, allein durch diesen für die weitaus größte Zahl der Arbeitslosen untuglichen Rathschlag dieses furchtbaren Problem lediglich zu lösen. Nur erbärmliche Nothet geistiger Epizentren vermag durch solch wohlfeile Wendung die socialpolitische Aufgabe der Vinderung des Arbeitsloseneleuds erlebigt zu glauben. Wir haben vielmehr gemahnt, daß eine Fülle ernster Reformen nötig sei, um diese Vinderung anzubahnen.

Wir haben die Pflicht der Gesellschaft betont, größere kulturelle Werke, Eisenbahnbauten, Kanalbauten, Bau von Arbeiterwohnungen und dergleichen in Angriff zu nehmen, damit in dieser Zeit der Krise vermehrte Arbeitsgelegenheit seitens des Staats und der Gemeinden geschaffen werde. Die „National-Zeitung“ meint, solche Vorschläge seien entweder nicht neu oder zur Zeit nicht durchführbar. Koch weniger neu aber ist der Vorschlag der „Nat.-Ztg.“, die Arbeitslosen dem platten Lande wieder zuzuführen, und wenn unsre Mahnungen unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht zur sofortigen Durchführung reif sind, so ist die Weisheit der „Nat.-Ztg.“ vollendete Utopie.

Wir haben weiter die Reform des Arbeitsnachweises und die Dringlichkeit der Verkürzung der Arbeitszeit in den Vordergrund dieser Diskussionen gestellt. Wir haben ein System von ineinander greifenden Reformen in Vorschlag gebracht, durch dessen Zugriffnahme und Ausbau, soweit es in der liberalen Gesellschaftsordnung der „National-Zeitung“ möglich ist, Vinderung des Arbeitsloseneleuds zu erzielen ist. Wahrscheinlich erklärt die „National-Zeitung“ alle Vorschläge gleichfalls für nicht neu und nicht durchführbar. Sie sind allerdings nicht neu, denn der kapitalistische Widerstand gegen jede gründliche Socialreform hat sie all werden lassen, und sie sind gegenwärtig nicht durchführbar, weil — die Partei der „National-Zeitung“ neben andern arbeiterfeindlichen Parteien ihre Durchführung verhindert.

Wir erkennen freilich an, daß den Fälschungen, welche die „Nat.-Ztg.“ an unsren Anschauungen und Vorschlägen unternimmt, mildernde Umstände zuzubilligen sind, denn eine wahrheitsgemähe Darstellung hieße die Socialdemokratie als ernste Löserin des Arbeitslosenproblems und die Partei der „Nat.-Ztg.“ als Beschönigerin und Erhalterin des Elends erweisen, aus dessen Qualen die Herrlichkeiten des der „Nat.-Ztg.“ dreimal geheiligten Kapitalismus entstehen. —

Ein Dementi, das nicht dementiert. Der „Reichs-Anzeiger“ sagt heut in seinem nichtamtlichen Teile:

Von der Presse werden angebliche kaiserliche Aussagen über wirtschaftliche Fragen verbreitet und besprochen. Wie haben von diesen Ausstellungen bisher keine Notiz genommen, weil die sogenannten kaiserlichen Äußerungen so unwahrscheinlich klingen, daß es sich nicht lohnte, dieselben ernst zu nehmen. Da jedoch aus den Kommentaren selbst ersterer Blätter hervorgeht, daß sie die Seine Majestät in den Mund gelegene Aussprüche für echt halten, so sind wir in der Lage, zu erklären, daß sie von Anfang bis zu Ende erlogen sind.

Man könnte vermuten, es solle behauptet werden, der Kaiser habe nicht gesagt: Minimaltarif ist Unsinns, er habe nicht gesagt: Ich schlage alles kurz und klein, wenn Handelsverträge nicht zu stande kommen!

Aber der „Reichs-Anzeiger“ enthält sich jeder näheren Zeichnung der angeblichen kaiserlichen Äußerungen, welche er meint und welche er beirret.

Es ist daher keinerleiklärung geschaffen, ob die oben bezeichneten Äußerungen zu denjenigen zählen, die das Dementi umfassen will. Ja, es scheint, als wolle der „Reichs-Anzeiger“ gerade diese Äußerungen ausdrücklich von seinem Dementi ausschließen, denn es soll sich um durchaus „unwahrscheinliche“ Äußerungen handeln. Es wäre aber nicht abzusehen, warum es so völlig unwahrscheinlich sein sollte, daß der Kaiser jene Äußerungen gethan haben könnte, die nur den Anschauungen entsprechen, die er in früheren Jahren vertrat, als er den Abschluß der Capriovischen Handelsverträge als rettende That feierte und den Protestanten vor sich wies. Oder meint der „Reichs-Anzeiger“, es sei unwahrscheinlich, daß ein Herrscher Ansichten beibehalten könne, wenn die mächtige Klasse des Junkertums in wildem Lärm gegen diese Ansichten anstürmt? —

**Furcht vor der Wahrheit.** Aus Weimar wird berichtet: Herr v. Brandt, der ehemalige Gesandte in Peking, wollte am Dienstag im hiesigen „Volkshochschulverein“ einen Vortrag über China halten. Der Vorstand sah sich aber genötigt, den Vortrag ausfallen zu lassen, weil er fürchtete, daß der Unwille gegen Herrn v. Brandt bei dieser Gelegenheit sich äußern werde.

Herr v. Brandt hat sich wiederholt sehr kritisch gegen das Verhalten der Europäer in China gewandt und der Vorstand des „Volkshochschulvereins“, der nichts gemein hat mit dem Inhalt seines Namens, befürchtet nun, daß etwas Wahrheit über China seine hummischen Pfleglinge schwer entkräften werde. —

**Ein interessanter Wahlkampf** wird sich in Schweinitz-Bitterberg abspielen, wo an Stelle des verstorbenen Abg. v. Siemens der „Deutschen Tageszeitung“ zufolge von der Freisinnigen Vereinigung der Abg. Dr. Barth aufgestellt werden soll. Die Agrarier werden zweifellos alles aufbieten, dem Führer der Freisinnigen Partei das Mandat streitig zu machen, das v. Siemens seiner Zeit nur mit geringer Majorität eroberte. —

**Als „Studienkopf“**, nicht als Siegestrophäe sollte bekanntlich der Kopf En Hais, des Mürders des Freiherrn v. Ketteler, mit nach Deutschland verschleppt worden sein. Diese Lokart ist jetzt von seinem Erben Herrn v. Firpij befristet worden. Der Staatssekretär des Reichs-Marine-Amtes hat nämlich einem Mitarbeiter der „Münchener Neuesten Nachrichten“ folgende Mitteilung zugesandt:

„Der Hochwohlgeborene teilte ich unter Bezugnahme auf das an das Stationskommando Wilhelmshaven gerichtete Telegramm vom 19. Oktober ergebens mit, daß dasselbe hier abgegeben ist. Unter Hinweis auf die Euer Hochwohlgeborenen seitens des Stationskommandos erfolgte Benachrichtigung vervollständigte ich die selbe dahin, daß der Kopf des Mürders des Freiherrn v. Ketteler von einem Arzt privatim zu eignen wissenschaftlichen Zwecken und in der Absicht mitgebracht ist, ihn dem Pathologischen Institut zu übergeben. Eine Verurteilung der Geschichte, daß der Kopf seitens der Behörde nach Deutschland transportiert worden sei, wäre wünschenswert.“

Interessanter wäre es schon gewesen, wenn der betreffende Arzt sich selbst als den glücklichen Besitzer des präparierten Kopfes gemeldet und den Laien darüber aufgeklärt hätte, weshalb gerade der Kopf dieses Opfers militärischer Subordination sich besonders zu Studienzwecken eignet. —

### Die Leipziger „Steuerreform“.

Leipzig, 20. Oktober. (Fig. Ver.) Die vom Rat der Stadt Leipzig geplante „Steuerreform“ gilt bereits als gescheitert. Sicher ist, daß die projektierte Biersteuer auch im Stadtverordneten-Kollegium abgelehnt wird, nachdem der betreffende Ausschuss sie verworfen. Damit fällt das ganze schöne Steuerbouquet über den Haufen. Es scheinen übrigens zwischen den Spitzen der Stadt und der sächsischen Regierung Auseinandersetzungen über Steuerfragen flottgefunden zu haben, denn für die Ablehnung der Biersteuer wird jetzt die Finanzlage resp. die bevorstehende Steuerreform im Reich und in Sachsen geltend gemacht. Die Führer der bürgerlichen Fraktionen haben Wink erhalten, wie die Regierung sich die Ausnutzung der Steuerquellen durch Reich, Staat und Gemeinden denkt. Demgegenüber verhandelten diese Führer, daß dem Reich die Massenartikel zu schärferer Besteuerung überlassen werden müßten, der Staat Sachen dagegen die direkten Steuern reformieren werde — wie ja in der That eine Vermögenssteuer sowie eine Revision der Einkommensteuer den nächsten Landtag beschäftigen wird — und daß den Gemeinden die Grundsteuer und eine Gewerbesteuer (Warenhaus- oder Umlaufsteuer etc.) zur Ausbeutung freigelassen werden soll.

Zweifellos wirkt aber bei der Ablehnung des Leipziger Biersteuer-Projektes der scharfe Protest mit, der aus Interessenten- und Arbeiterkreisen laut wurde. Man mag übrigens darüber denken, wie man will, es ist von Bedeutung für unser Gemeinwesen, wenn der Rat mit indirekten Steuern auf Lebensmittel abdickt. Daß er, sobald infolge des Quellen Wachstums der Stadt höhere Ansprüche an sie herantreten, bei späterer Steuerprojekten auf indirekte Steuern nicht verzichten wird, ist vorauszusetzen. Dann aber bleibt der jetzige Vorgang der Bürgerchaft Fingerzeige, wie man dergleichen Projekten begegnen muß. Wir brauchen hier kaum noch zu betonen, daß die sozialdemokratische Fraktion im Stadtverordnetenkollegium sich auf den prinzipiellen Standpunkt der Partei stellte, d. h. gegen alle indirekten Steuern Front machte. Das kam auch in den gestern stattgefundenen, leider sehr mäßig besuchten drei Protokollverhandlungen zum Ausdruck, die von der sozialdemokratischen Partei veranlaßt waren. Mit welchen neuen Steuern man nun die Einwohnerschaft Leipzigs bedenzen will, werden wir ja sehen. —

### Ein geheimes Aktenstück.

Man schreibt uns aus Dresden:

Die Dresdener Stadtverordneten haben in ihrer Sitzung vom 17. Oktober ihren früheren Beschluß auf Errichtung städtischer Wärmehallen fallen lassen und sich damit begnügt, 600 M. dem Verein Volkswohl für seine Wärmehallen zu überweisen.

Welche Gründe das Kollegium zu seiner ablehnenden Haltung veranlaßten, blieb der Öffentlichkeit unbekannt. Maßgebend für die Ablehnung war ein Gutachten des Dresdener Polizeipräsidenten, das nicht zur Verlesung gelangte, weil der Verfasser Geheimhaltung wünschte. Wir sind in der Lage, aus dem Aktenstück die markantesten Stellen zu veröffentlichen:

Der Präsident

der künigl. Polizei-Direktion Dresden, 8. Februar 1901.

**Geheim!**

An den Rat zu Dresden, Armenamt

hier selbst.

In obigen habe ich zu der beabsichtigten Errichtung von öffentlichen Wärmehallen, deren Wohlthaten und Vorteile ich gewiß nicht verleugne, vom sicherheitspolizeilichen Standpunkte aus nicht

unerhebliche Bedenken geltend zu machen, wobei ich mich in dieser Beziehung auf die Erfahrungen in andern Städten, insbesondere in Leipzig, stützen möchte.

Es ist durch die Errichtung solcher Wärmehallen erfahrungsgemäß zu befürchten, daß die Zahl der arbeitssuchenden Personen eine starke Vermehrung erleiden wird. Bei dem Mangel gewärmter Unterkunftsräume suchen auch solche Arbeitslose, welchen das Arbeiten aus Hungers Not Mühseligkeiten schwer fällt, Beschäftigung zu erhalten. Steden solchen Personen aber den ganzen Tag über gewärmte Aufenthaltsräume zur Verfügung, so werden sie in kurzer Zeit das für die billige Kost in den Wärmehallen erforderliche Geld zusammenbesseln und sich die übrige Zeit in den Hallen herumtreiben.

Weiter aber glaube ich, daß die Wärmehallen von anständigen Personen, für welche sie doch ebenso bestimmt sind, sehr bald nicht mehr aufgesucht werden würden, weil sie in kurzer Zeit der Sammelpunkt der schlechtesten Elemente, der Bettler, Mühsiggänger, Feinde und Verbrecher sein werden, die den wirklich Bedürftigen den Aufenthalt dafelbst verleiden müssen. . . .

Weiter aber werden diese Wärmehallen nicht nur der Sammelpunkt schlechter Elemente aus Dresden, sondern auch derjenigen der nahen und weiteren Umgebung werden.

Hieraus aber wird unabweisbar folgen, daß die Bürgerchaft Dresdens, die noch dazu die Kosten der Wärmehallen trägt, durch die Vermehrung der schlechten Elemente, mit Bettelien, Ausschreitungen auch in erhöhtem Maße beunruhigt und die Stadtverwaltung durch Zunahme der Unterstützungsbefürftigten und obdachlosen Personen in höherem Grade zu Unterstützungen herangezogen werden wird. . . .

### Le Maître.

Wenn dieser enghegige Polizeistandpunkt schon in Zeiten geregelter Arbeitsverhältnisse eine große Härte für das Proletariat gewesen wäre, so wird er jetzt in den Tagen der Krise geradezu eine Grausamkeit. Tausende und Abertausende arbeitsfähiger Arbeiter sind durch die zahllose Bankrotte auf das Pfloster gesetzt worden. Nicht an Arbeitsloft fehlt es ihnen, sondern an Arbeitsgelegenheit. Auch sie werden vielleicht in die Lage kommen, in dem arbeitslosen Winter, dem sie mit Schrecken entgegensehen, als Obdachlose auf den Straßen umherzuwachen. Wehe ihnen, wenn sie dabei der Polizei in die Finger geraten. Für die Dresdener Polizei ist jeder Arbeits- und Obdachlose von vornherein als arbeitslos verdächtig, wenigstens geht das aus dem obigen Schreiben hervor. Obdachlosigkeit ist aber unter Umständen strafbar. Das Strafgesetzbuch stellt dem Sünder eine ganze Reihe Strafen in Aussicht: Fast bis zu sechs Wochen, Ueberweisung an die Landespolizeibehörde, Einweisung in ein Zwangsarbeitshaus bis zu 2 Jahren. Diese Strafbestimmungen hat der Polizeipräsident wahrscheinlich im Auge gehabt, als er die Obdachlosigkeit als ein strafwürdiges Verschulden der Obdachlosen charakterisierte.

Aber es giebt auch noch andere hierher gehörende Gesetzesbestimmungen, an die der Polizeipräsident nicht gedacht hat. In der sächsischen Armenordnung vom 22. Oktober 1840 verpflichtet der Staat die Organe der öffentlichen Armenpflege, denjenigen, die trotz ihrer Bemühungen ein Obdach nicht verschaffen können, weil sie weder Geld noch Arbeitskraft noch sonstige Mittel hierzu besitzen, ein Obdach zu gewähren. Schon aus dieser Bestimmung geht die Verpflichtung der Gemeinde den Obdachlosen, den Opfern der bürgerlichen Produktionsweise Wärmehallen zu bieten hervor. Wenn aber auch eine rechtliche Verpflichtung nicht bestehen würde, so läge eine Verneinung der unzureichenden Wärmehallen dennoch im Vorteil der Gemeinde. Können die Obdachlosen in öffentlichen Wärmehallen nicht unterkommen, so werden sie in Schlupfwinkeln, notwendigen Schlafstellen, Bänken usw. ihre Zuflucht suchen. 1000 fanden in Dresden 28018 Obdachlose in den vier dortigen Asyl-Unterkünften. Unter ihnen wurden 5753 Frauen und 599 Kinder gezählt. Diese Klasse sind aber unzureichend. Zwei werden von philanthropischen Vereinen und eines vom Gewerkschaftskartell unterhalten. Das vierte Asyl ist ein städtisches Obdach in Pieschen. —

### Ausland.

#### Der Boykott Englands.

Das Amsterdamer Komitee berichtet, daß bis zum 28. Oktober in folgenden Hafenstädten Komitees gebildet wurden, die mit dem geplanten Boykott sympathisieren und ihre beste Kraft für dessen Zustandekommen einsetzen wollen: in Holland zu Amsterdam, Dordrecht, Willemstadt, Ter Neuzen, Rotterdam und Delfzijl; in Belgien zu Antwerpen, Brüssel und Gent; in Deutschland zu Hamburg, das es auf sich genommen hat, für das ganze Reich zu sorgen; in Frankreich zu Rouen und Havre, das die Agitation für die ganze Nordwestküste übernommen hat; in Norwegen zu Kristiania, in Dänemark zu Kopenhagen und in Schweden zu Göteborg. — Aus Bordeaux wird gemeldet, daß sich dort auch ein Subkomitee gebildet hat. — Wie aus Arnhem berichtet wird, hat dort am Montag eine von Männern und Frauen aus allen Kreisen und Parteien besuchte Versammlung eine Sympathieerklärung für den Boykott angenommen und die weitgehendste moralische und finanzielle Unterstützung in Aussicht gestellt. Auch dort wurde ein Komitee gebildet. —

Das Amsterdamer Komitee hat die Reeder in Deutschland, Dänemark, Schweden, Norwegen und Rußland schriftlich gewarnt, ihre Schiffe nicht einfrieren zu lassen, da für sie Geld zu verdienen sei infolge des Boykotts der englischen Schiffe. —

Ueber die Rotterdamer Versammlung, in der die Bildung des Komitees beschlossen wurde, schreibt der hiesige Korrespondent von „Der Volk“ unter anderem: „Die erste Zusammenkunft, die sich mit der Boykottbewegung befaßt, ist ganz dem Zwecke entsprechend, für den sie einberufen war, verlaufen. Dieser Zweck war: mit den Leitern der Arbeiter-Organisationen eine Aussprache darüber herbeizuführen, wie wir uns dem großen Plan gegenüber verhalten sollen. Daß wir nicht sofort den Plan gutheißen konnten und mit allen Kräften in die Propaganda dafür eintreten konnten, das wird jedem begrifflich sein, der bedenkt, was für Folgen diese Bewegung für Rotterdam haben kann, und wie es hier mit der Organisation der Hafenarbeiter bestellt ist, und wie die allgemeine Stimmung unter ihnen ist. — Bekannt darf nicht werden, daß nach den äußeren Kennzeichen zu urteilen die Hafenarbeiter hier im allgemeinen dem Plan nicht günstig gestimmt sind. Aber auf der Versammlung haben doch drei Personen — zwei Vertreter der Hafenarbeiter und ein Vertreter der Schiffarbeiter — sich in sehr sympathischer Weise für den Boykott ausgesprochen.“ — Es ist auch die Verneinung gemacht worden, die Hafenarbeiter dürfen nicht dafür sein; sobald sie dafür Propaganda machen wollten, würden sie ihre Arbeit verlieren. — Das ist eine Verhöhnung dessen, was ich seiner Zeit schrieb: die Unternehmer lähnen ihre Plage jetzt auf diese Art, daß sie Personen, die etwas thun außerhalb der Arbeitszeit, was ihnen nicht gefällt, brotlos machen. Und unter dem Eindruck dieser Voraussicht muß die Stimmung wohl so sein, wie sie jetzt ist.“

Stockholmer „Socialdemokraten“ sympathisieren sehr mit der Idee des Boykotts, der zu einem wichtigen Moment in der praktischen Friedenspolitik der internationalen solidarischen Arbeiterklasse werden kann, erinnert aber daran, daß die Arbeiterklasse Schwedens selbst vor einem großen Kampf steht und alle Energie auf die Wahlrechtsfrage konzentrieren muß, um im kritischen

Augenblick gerüstet zu sein, und daß die schwedischen Arbeiter aus diesem Grunde nicht in hervorragender Weise an einer internationalen Aktion von so umfassenden Dimensionen, wie die vom Amsterdamer Komitee geplante, teilnehmen können.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird noch aus Amsterdam vom 31. Oktober gemeldet: Von 88 Arbeitervereinen, die das hiesige Arbeiterssekretariat eingeladen hatte, waren gestern Abend Vertreter von 88 Vereinen erschienen, aber teilweise ohne Mandat. Man nahm einen Antrag eines freisocialdemokraten an, der dem Plane eines Boykotts der englischen Schiffe kräftige Hilfe verspricht, jedoch erklärt, daß hiermit keineswegs eine Kundgebung gegen die englischen Arbeiter ausgesprochen sein soll. Nur ein Vertreter, auch ein freisocialist, nahm gegen diesen Plan Stellung, vor allem, so lange nicht die englischen Hafenarbeiter sich zustimmend erklärten. In acht Tagen soll eine neue Versammlung über die Errichtung eines Subkomitees aus den Delegierten aller Arbeitervereine beschließen. —

### Frankreich.

#### Eine Flottendemonstration in den türkischen Gewässern?

Die „Agence Havas“ veröffentlicht am Mittwochabend folgende Meldung aus Toulon: Der Kommandant des Mittelmeer-Geschwaders Admiral Maigret erhielt die Ordre, die Lebensmittel an Bord zu ergänzen und sich für die Abfahrt bereit zu halten. Nachmittags um 2 Uhr ging das Geschwader nach verschiedenen Richtungen in See, um Übungen vorzunehmen. Von mehreren Blättern wird mit Bestimmtheit behauptet, daß nur ein Teil des Geschwaders an den Übungen teilnehmen werde und daß der eigentliche Zweck eine Demonstration im Orient sei, um die Regelung des türkisch-französischen Konflikts zu beschleunigen. — Der „Figaro“ will wissen, daß die vom Konteradmiral Gaillard befehligte Schiffsdivision, welche zu dieser Demonstration bestimmt sei, aus drei Panzerschiffen und zwei Kreuzern bestehe. An Bord dieser Schiffe befanden sich angeblich 2000 Mann Landungstruppen. Das Blatt giebt unter Vorbehalt zu, daß das Ziel dieser Abteilung Saloniki oder vielmehr Mytilene sei, welches die Einfahrt zu den Dardanellen und zum Golf von Saloniki beherrsche. Gaillard habe Ordre erhalten, die Hafenzölle mit Beschlag zu belegen, falls Frankreich nicht sofort Gemüthigung erhalte. — Der „Figaro“ beglückwünscht die Regierung, daß sie sich zu der von der öffentlichen Meinung geforderten Aktion entschlossen habe. — „Ego de Paris“ meldet, gestern habe zwischen Delcassé und Constant eine längere Unterredung stattgefunden, deren Inhalt geheim gehalten werde.

Das Vonsifacio (Corfua) wird vom Donnerstag noch gemeldet: Das Mittelmeer-Geschwader operiert auf offener See. Nach den Mandaten wird ein Teil nach Les Salins d'Hyères zurückkehren. Die unter dem Kommando des Admirals Gaillard stehende Division hat Befehl erhalten, weitere Anweisungen abzuwarten. Diese werden möglicherweise dahin lauten, daß sie sich von dem Geschwader zu trennen und nach den türkischen Gewässern zu begeben hat. —

**Gegenvisite Loubets in Rußland.** In Paris will man wissen, daß Loubet im Mai oder Juni des nächsten Jahres in Begleitung des Generalissimus Rubjow Rußland seinen Gegenbesuch abstatten und nach Petersburg und Moskau kommen werde. Das französische Geschwader werde Libau oder Kronstadt anlaufen. —

### Belgien.

Die Kammer hatte in ihrer Sitzung vom 29. Oktober eine Eisenbahndebatte. Der Minister für öffentliche Arbeiten hatte ein Dekret erlassen, das ganz in zitiellerischer Art die Eisenbahnverwaltung zum Sparen aufforderte. Die Regierung sollte erstet werden durch eventuelle Entlassungen von Unterbeamten und Arbeitern. Der Liberale-Vogel hatte eine Interpellation eingebracht, zu welcher er und die sozialistischen Abgeordneten Delportio und Anseele sprachen. Danach scheint in Belgien so ziemlich das gleiche Sparsystem zu herrschen, wie bei den preussischen Eisenbahnen. Der Minister trat den Mühsig an; er behauptete, das betreffende Rundschreiben sei nicht in dem Sinne aufzufassen, wie es die Interpellanten ihm und gab die Versicherung ab, daß keine Entlassungen stattfinden würden. Eine in diesem Sinne gehaltene Tagesordnung wurde mit 57 gegen 29 Stimmen und 10 Stimmenthaltungen angenommen. —

### England.

#### Politik und Gewerkschaften.

London, 29. Oktober. (Fig. Ver.) Ein liberaler Abgeordneter über die gegenwärtige Lage. Wie an dieser Stelle bereits mitgeteilt wurde, hat die „Socialdemokratische Föderation“ aus Anlaß der Lords-Entscheidung einen Aufruf an die Trades-Unionisten erlassen. Auf die Zusendung dieses Aufrufs gab Mr. Thomas Burt, liberales Parlamentsmitglied und Sekretär der Vergleute von Northumberland, folgende Antwort: „... Der Aufruf ist vorzüglich geschrieben und maßvoll gehalten. Ich stimme nicht ganz damit überein . . . , ausgenommen in den zwei wichtigsten Punkten: 1. Ich habe immer geglaubt, daß Trades-Unionisten ihren Einfluß in der Politik geltend machen müßten. Unsere eigene Organisation — nicht eine der größten — hat seit einer Generation nach dieser Richtung hin gearbeitet. Sie unterstützt zwei Parlamentsmitglieder, von denen der eine 28 Jahre, der andere 18 Jahre an der Legislatur teilnimmt . . . 2. Ich bin tief unzufrieden mit dem existierenden industriellen System und habe nach meinem besten Wissen gearbeitet, es zu ändern . . . Wir stimmen also in vielem wesentlich überein, obwohl wir uns in der Methode unterscheiden.“ Die „Socialdemokratische Föderation“ hat außerdem noch eine große Zahl von Briefen aus gewerkschaftlichen Kreisen erhalten, die dafür sprechen, daß die Lords-Entscheidung nicht ohne Eindruck geblieben ist. Es wäre aber auch zu wünschen, daß die Socialdemokraten mehr politisches Geschick und weniger theoretische Unschicklichkeit an den Tag legten. —

### Rußland.

Eine unerhörte Beleidigung der russischen Studentinnen hat sich die vom Fürsten Reichsberthold redigierte, in Petersburg erscheinende konservative Zeitung „Glaschdanin“ in ihrem gegen die höhere Frauenbildung gerichteten Leitartikel vom 23. Oktober erlaubt. Wird es Euch in Europa irgendwo vorkommen — lesen wir in diesem Artikel —, daß Studentinnen sich erlauben, den Studenten gegenüber familiär zu werden? Wie und wann mehr! Bei uns dagegen erinern die Orte, wo Studenten sich mit Studentinnen auskennen, sehr oft an die Gräben des Lasters.“ Diese niederträchtige Verleumdung der russischen Studierenden Frau hat einen Sturm der Entrüstung in der russischen Gesellschaft hervorgerufen. Alle anständigen Blätter enthalten Einwendungen von geachteten Professoren, Juristen usw., in welchen dem Wilschen über die Schandthat des „Glaschdanin“ Ausdruck gegeben wird. Ueber die Erregung, welche sich aus diesem Anlaß der Petersburger Studentenschaft zu bemächtigen begann, entnehmen wir einem uns zur Verfügung gestellten Privatbriefe aus Petersburg die folgende Mitteilung: Heute, am Montag, den 28. Oktober, wurde ein vom „Verein der Studenten der Universität“ herausgegebenes lithographisch hergestellter Abdruck des Artikels des „Glaschdanin“ verbreitet, an den eine Aufforderung angehängt wurde zu einer Demonstration vor der Redaktion dieser Zeitung, gegen alles, was die Existenz der Herren Reichsberthold so viele Jahre bei uns möglich macht.“ Von 12—1 Uhr lasen die Studenten auf der Plattform vor der Festaula gruppenweise den Artikel des „Glaschdanin“, um 1 Uhr erschien der Rektor und ernannte die Studenten, sich zu zerstreuen, mußte sich

aber ohne Erfolg entfernen. Die Studenten, deren Zahl 2000 erreichte, begaben sich in die Mensale, in der bald der Rektor wieder in der Begleitung des Kurators des Petersburger Lehrbezirks Kurep erschien. Der letztere wendete sich an die Studenten mit der folgenden Ansprache: „Wo weiß ich, meine Herren, Sie regen sich über den Artikel im „Grafenboten“ auf. Es ist das ein niederträchtiger Artikel. Aber was ist dagegen zu thun? Gebären Sie nicht durch Ihre Aufregung das Zustandekommen der Universitätsreform! Darauf entfernte er sich, obwohl die Studenten ihn bat, zu bleiben und sie anzuhören. Es wurde nun beschlossen, die Studentenvorstellung auf morgen zu versetzen. Der Rektor hatte mit dem Vorsitzenden der Studentenvorstellung ein privates Gespräch, in welchem er auch bat, die Studenten sollten sich nicht aufregen und das Zustandekommen der „Reform“ nicht verhindern, er versprach auch noch heute abend zum Minister zu fahren, um die Erlaubnis für zwei Studentenvorstellungen zu erbitten. Die höheren Frauenkurie und das Technologische Institut sind auch von der Wägung erfasst. Die Studenten der Forstakademie haben in einer kleineren Versammlung beschlossen, die Angelegenheit in einer großen Versammlung zu behandeln. Die Erregung ist sehr groß.“

### Wie der Friedensjar abrückt.

Im Herbst 1899 — kurz nach dem Erscheinen des Friedensmanifestes — hat die russische Regierung 104 000 000 R. (90 Millionen Rubel) für die Marine und 237 600 000 R. (110 Millionen Rubel) für die Rekrutierung der Armee bewilligt. Es folgten später noch kleinere Beträge für denselben Zweck. Im Jahre 1899 sind nicht weniger als zwei und zwanzig neue Fahrzeuge für die Marine vom Stapel gelassen; dann folgten — kleinere Beträge. Zur Zeit werden auf den „Newski mechanischen Werksstätten“ 10 Torpedoboote gebaut. In der nächsten Zeit wird auf den russischen Werften mit dem Bau von fünf Linien-Panzerkreuzern gleicher Größe von je 12 000 Tonnen Wasserverdrängung und 19 Knoten Geschwindigkeit begonnen. Auf dem „Baltischen Schiffbauwerk“ wird einer von diesen — „Fürst Suwarow“ — und außerdem einer von einer Geschwindigkeit von 26 Knoten in der Stunde und ausschließlich mit Schnellfeuer-Kanonen ausgerüstete Kreuzer in Bau genommen. — Unsere Zusammenstellung erhebt durchaus keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Vor kurzem fand auf der „neuen Admiralität“ mit großem Pomp der Stapellauf des Linien-Panzerkreuzers „Vorobino“ statt. Dabei ereignete sich ein Unfall. Eine schlecht befestigte Rahne stürzte aus der Höhe herunter und tötete drei Mann, darunter auch den wohlbelannten Genarmee-Hauptmann Piramidow, der im Jahre 1897 aus Odessa nach Petersburg mit dem Auftrag versetzt worden war, die russische Arbeiterbewegung aus der Welt zu schaffen, und über dessen eifrigste und — im ganzen genommen — ergebnislose Bemühungen in dieser Richtung der „Vorwärts“ öfter berichtet hatte. —

### Afien.

**Unterstellung Weithalweis unter englische Verwaltung.** Das Reutersche Bureau meldet vom 30. Oktober aus Weithalweis: Der englische Gesandte Entow ist gestern hier eingetroffen. Sein Besuch hängt dem Vernehmen nach mit der Frage der Verwaltung der Stadt Weithalweis zusammen, die ein Zuständigkeitsfeld für Weithalweis der schlimmsten Art und eine Bruchstätte des Aufruhrs ist. Die Verwaltung der Stadt durch die Engländer wird als sehr wünschenswert erachtet, da sie im Mittelpunkt des englischen Gebietes liegt. Zu der Verwaltung der Stadt hat England ja auf Grund des im Juni 1898 mit China abgeschlossenen Vertrags, der nach berühmten Mustern Weithalweis auf 99 Jahre „pachtete“, zweifellos das Recht.

### Australien.

**Die australische Arbeiterpartei und die Einwanderung der Farbigen.** Die Arbeiterpartei von Australien will dieses Insektreich bekanntlich den Weißen vorbehalten wissen und den Farbigen keinen Einfluß gewähren. Dieser Standpunkt ist von sozialistischer Seite vielfach als ein Verstoß gegen die Prinzipien des Sozialismus bezeichnet worden. Dies veranlaßt die „Justice“, das Organ der englischen Socialdemokratie, zu folgenden Anmerkungen: „Die Australier haben ein vollkommenes Recht, sich gegen die schädlichen Folgen der Einwanderung asiatischer und anderer farbiger Arbeiter zu schützen, genau so gut, wie die Arbeiter überall das Recht haben, sich des Streikbrechertums zu erwehren. Es ist nicht Sache des Sozialismus, die Anstrengungen, die im Interesse des Kapitals gemacht werden, die Lebenshaltung der Arbeiterklasse herabzudrücken, zu begünstigen. Wie der Sozialismus auf der einen Seite gegen Imperialismus und Rassen-Unterschied protestiert, so ist er auch gegen die Vernichtung der Unabhängigkeit von Rassen und Nationen. Menschliche Solidarität bedeutet nicht das Zusammenwachsen aller menschlichen Rassen und nicht die Vernichtung aller Unterschiede der Rasse, der Farbe und des Charakters, sondern sie bedeutet die internationale Verständigung aller Rassen, nach einem gemeinsamen Ziel zu streben und die Freiheiten jeder einzelnen zu respektieren. Föderalistisches Nebeneinander, nicht kapitalistische oder imperialistische Herrschaft oder Zusammenführung ist das Ziel der Socialdemokratie.“

### Die Pest.

Infolge des Auftretens der Pest in Liverpool befinden sich dort gegenwärtig 10 Personen in Isolierung. Die hier angelegten Nachforschungen haben ergeben, daß außer den amtsbekannt gegebenen Todesfällen an Pest noch drei bis vier Todesfälle verdächtigen Charakters vorgekommen sind.

In Konstantinopel ordnete infolge der Pest drei Tage lang Krankheitsfälle in Watum, von denen einer tödlich verlief, der Oberste Sanitätsrat eine zehntägige Quarantäne für die Passagiere aus Watum an. Die Herkunfts- und Liverpool werden einer ärztlichen Untersuchung unterworfen. —

## Der Boeren-Krieg.

### Eine englische Niederlage?

Nach im Haag eingetroffenen Meldungen hat Delarey am 24. d. M. über General Methuen einen Sieg davongetragen. Die ganze englische Munition und auch der Proviant, sowie vier Kanonen wurden erbeutet. 150 Engländer sind tot und verwundet, viele gefangen genommen.

Die Bestätigung der Meldung bleibt allerdings einzuweilen abzuwarten.

### Das Staudrecht.

Aus Brugg wird vom 29. Oktober gemeldet: Zwei Anführer wurden heute hingerichtet; 18 andre wurden zu Strafen von fünf Jahren bis zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt.

## Ein China-Prozeß.

Stuttgart, 30. Oktober.

Ein sehr interessanter politischer Prozeß wird am Freitag die Strafkammer des hiesigen k. u. k. Landgerichts beschäftigen. In Nr. 1 des Stuttgarter „Beobachter“ vom 2. Januar d. J. waren zwei Artikel enthalten, von denen der eine die Überschrift: „Der Antritt des neuen Jahrhunderts“, der zweite: „Der Aufruhr in China“ trug. In dem ersten Artikel hieß es:

„Wie eine Herde wilder Tiere, die auf eine Beute losgelassen werden, sich mit Drängen und gegenseitigen Anstößen und Räuberweisen die besten Stellen der Beute vorwegknappen, so fielen die „verbündeten“ Heere, allen voran mit Schamotte muß man es nennen, die Deutschen, in China plündernd, feigend und brennend, mordend und stehend ein, und fast täglich kam zu uns die furchtbare Kunde von all dem Schrecklichen, was sich dort ereignete. Ganze große Gebiete sind ausgeraubt; wo Millionen fleißiger Hände ihr arbeitsreiches Leben zugebracht, herrscht jetzt grauenhafte unheimliche Leere, nur unterbrochen vom Klaffen ausländischer Hunde und dem

Strahlen raublisterner Geier. Der Zug, der zur Befreiung der Gefandtschaft unternommen wurde, hat sich in den schlimmsten Mordzügen und Raubzügen verhandelt, den die Erde je gesehen hat.“

In dem zweiten Artikel wurde die Hinrichtung des Mörders des deutschen Gesandten in China, Freiherrn v. Ketteler, behandelt und u. a. bemerkt: „Diese Hinrichtung ist ganz und gar ungerechtfertigt und eine in der That schändliche Handlung. In der Rote an die sibirische Regierung wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Ermordung des deutschen Gesandten der Regierung zur Last falle und auf Befehl höherer Offiziere ausgeführt worden sei. Jener Unteroffizier ist also nicht der Möörder Kettelers, sondern einfach Vollstrecker eines Befehls seiner Oberen! Hätte er diesem Befehl nicht Folge geleistet, so wäre er wohl gar von seinem Vorgesetzten getödtet worden! Und diesen Mann, der also nur seine Pflicht gethan und der in Deutschland ja so berühmten blinden Disziplin gehorcht hat, will man zum Sühnopfer für das vergossene Blut hinschlachten. Das ist kein Recht, sondern ganz infame Willkür, und das Blut dieses Mannes, wie so vieler unschuldiger Chinesen, kommt auf das Haupt jener Führer, die wie die Pöbel, und schlimmer als solche, in China jetzt haufen. Und aber grant vor diesen blutbesiedelten Leuten, und wir sehen mit Schrecken dem Tage entgegen, wo sie wieder zu uns zurückkehren werden, denn da können wir uns auf mancherlei nicht gerade erfreuliches gefaßt machen.“

Dieser beiden Artikel wegen stellte das deutsche General-Kommando in China gegen den verantwortlich zeichnenden Chefredacteur des „Beobachter“, den württembergischen Landtags-Abgeordneten Karl Schmidt wegen Verleumdung des General-Kommandos und der deutschen Truppen in China Strafanklage. Während des Untersuchungsverfahrens trat jedoch der württembergische Landtag zusammen, und dieser beschloß, daß das Verfahren bis nach Schluß der Landtags-Session zu ruhen habe. Kammere ist die Anklage gegen Schmidt auf Grund der §§ 185 und 186 des Strafgesetzbuches erhoben worden. Inzwischen hat sich Redacteur Freund als Verfasser der Artikel gemeldet. Die Anklage ist daher auch auf diesen ausgedehnt worden. Die Herren Schmidt und Freund haben sich nun am Freitag vor eingangs bezeichnetem Gerichtshof zu verantworten. Sicherem Vernehmen nach hat die Staatsanwaltschaft den Kommandeur des Deutsch-Ostasiatischen Expeditionscorps, Generalleutnant v. Kessel, als Zeugen geladen. Seitens der Angeklagten sollen mehrere frühere Unteroffiziere des Deutsch-Ostasiatischen Expeditionscorps als Zeugen geladen worden sein.

## Kommunales.

### Stadtverordneten-Versammlung.

33. Sitzung vom Donnerstag, den 31. Oktober, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Dr. Langerhaus eröffnet die Sitzung um 1/2 5 Uhr. Die Besetzung des Saales ist eine nur mäßige. Auf der Tagesordnung stehen neben kleineren Vorlesungen nicht weniger als sieben Auswahlsberichte, darunter diejenigen über die Aufhebung der Biermark-Steuerstufe und über die restierenden Anträge Singer zur Wohnungsfrage.

Zu die Deputation wird Stadtv. Daber (A. L.) an Stelle des ausgeschiedenen Windler gewählt.

### „Grundsätze für die Berücksichtigung fremder Dienstzeit bei der Pensionierung und Renteversorgung von besoldeten Magistratsmitgliedern“

hat der Ausschuss zugestimmt, den weitergehenden Antrag Dinsel jedoch abgelehnt, wonach vornehmenden Falls auch andern in höheren Stellen befindlichen Angestellten der Stadt diese Vergünstigungen zu teil werden sollten. Ueber die Verhandlungen des Ausschusses berichtet der Vorsteher-Stellvertreter Nischele. Der Antrag Dinsel sei gefallen, da der Ausschuss darüber klar geworden sei, daß sich die Frage so generell nicht regeln lasse. Man werde sich von Fall zu Fall zu entscheiden haben.

Ohne Debatte tritt die Versammlung den Ausschussbeschlüssen bei. Mit Stimmenmehrheit ist bekanntlich diesmal im Ausschusse der Magistratsantrag, die

### Einommensteuerstufe von 4 M. aufzuheben,

angenommen worden, indem die Stimme des Vorsitzenden Kremling den Ausschuss gab. Bei der Abstimmung fehlte der Stadtv. Bamberg, der nachträglich erklärte, daß er auch für die Aufhebung votiert haben würde; die Vorlage hat also diesmal im Ausschusse thatsächlich eine Mehrheit gefunden. Für die Pensionierung, die nun heute endlich vor sich gehen kann, liegt der Antrag Wallach vor, die Vorlage abzulehnen und folgende Resolution zu beschließen:

Die Versammlung ersucht den Magistrat wiederholt, in Bezug auf die Einziehung der 4 Mark-Steuerstufe Reformen einzutreten zu lassen durch Beobachtung einer milderen Praxis bei Einziehung und Beitreibung der Steuerbeiträge, Erlass der Steuer in geeigneten Fällen u. c. und ihr eine bezügliche Vorlage zugeben zu lassen. Sie ersucht ferner den Magistrat nochmals, dem Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom 18. Juni d. J., wonach der Entwurf des Gemeindebeschlusses über Aufhebung der Einkommensteuer-Ordnung lauten soll: „Nr. 4. Das Ergebnis seiner Veranlagung wird jedem Steuerpflichtigen durch eine besondere, zugleich eine Belehrung über das Rechtsmittel des Einspruchs enthaltende Aufschrift bekannt gemacht.“ beizutreten.

Ausschussreferent ist Stadtv. Dr. Preuß. Derselbe führt aus, daß die Vorlage aus dem durchschlagenden Gesichtspunkte angenommen werden müsse, daß der preussische Staat trotz aller Freiheit von Sentimentalität die Besteuerungsgrenze des Existenzminimums bei 900 M. gezogen habe, welchem Beispiel eine große Anzahl großer wie mittlerer Städte und die Vororte Berlins gefolgt seien, und sodann aus dem nicht minder durchschlagenden Grunde, daß der Betrag dieser Stufe zu 50 Proz. durch die Erhebungskosten verzehrt werde. Der Hinweis auf das Wahlrecht verfehle nicht; es handle sich ja gar nicht um eine Neu-Ordnung des Wahlrechts und das Einkommensteuer-Gesetz gewährte ja die Erhaltung des Wahlrechts auch bei Erlass der Steuer. Die Steuer diene deswegen zu konvertieren, weil die Angehörigen dieser Stufe jetzt wahlberechtigt sind, sei ein unhaltbarer Standpunkt, umsonst, als sich unter diesen Umständen fast ein Viertel weibliche Steuerzahler befinden, die also mitbieten müssen, ohne mitzutreten zu dürfen. Diese Stufe sei politisch unhaltbar und feierlich abzurufen. Der Antrag Wallach beweise eine erfreuliche Entwicklungsfähigkeit des Antragstellers, denn er beschränke jetzt die besondere Berücksichtigung jedes Censiten, gegen die er sich früher ganz besonders lebhaft ausgesprochen habe. Falls der Magistratsantrag, so müsse allerdingstens diese Berücksichtigung erfolgen. Der Magistrat dagegen wolle aus verwaltungsrechtlichen Gründen nicht darauf eingehen, diese 180 000 Censiten einzeln zu berücksichtigen. Der übrige Teil des Antrages sei ja früher schon von der Versammlung angenommen worden, aber mit diesem Beschluß räumte man diese Steuerstufe nur noch mehr, weil sie schließlich nur noch von jenen gezahlt werden würde, die Lust dazu haben, weil sie zuletzt gar nichts mehr einbringen würde, während das Odium der Erhebung dieser Steuer auf der Stadt haften bleibe. Da sei der völlige Verzicht durchaus vorzuziehen.

Stadtv. Wallach (A. L.) wiederholt, daß er und seine Freunde den rein bürokratischen Standpunkt des Magistrats und besonders des Kammerers nie und nimmer anerkennen können, sondern daß für sie das Princip ausschlaggebend ist: Wer nicht mitbietet, soll auch nicht mitraten (Heiterkeit); wer Rechte ausüben will, muß auch Pflichten haben. (Stadtv. Borgmann: Hat er auch, und viel zu viel!) Das neue Schlagwort von dem Existenzminimum sei erst recht eine Phrase. Der Hausdiener, der unverheiratete Handlungsgeldhilfe sei doch mit 900 M. Gehalt ein Kräftig gegen den Arbeiter, der Frau und fünf oder sechs Kinder mit 1200 Mark er-

nähren solle. Und die Frauen, auf welche man verweise, hätten doch auch thatsächlich Rechte, wenn sie Kinder in die Schule schicken und dergleichen. Und die 20 000 Beamten, Lehrer, Offiziere u. c., welche mit einem Male steuerfrei werden, da sie nur mit der Hälfte ihres Einkommens kommunalsteuerverpflichtig sind, übergehe man in dieser Debatte geflissentlich ganz. Nixdorf brauche doch nicht ein Pfister für Berlin zu sein. Redner erklärt, von den Steuerzahler besser zu denken, als die Freunde des Magistratsantrages; die 4 Mark würden von den meisten gern gezahlt, denn sie könnten dann mit Recht sagen, die Leistungen der Stadt gefäßen auch mit ihrem Gelde. Mit solchen Maßnahmen ziele man bloß immer mehr auswärtige Elemente in die Stadt; immer neue Erleichterungen und Vergünstigungen sollten gewährt, aber alle Rechte gleichzeitig erhalten werden; wo sollte das schließlich hin? Habe der Magistrat so viel überflüssiges Geld, um 300 000 M. zu entnehmen, so habe er die Gewerbesteuer teilweise auf, denn die sei eine der ungerechtesten Steuern — gerecht ist ja überhaupt keine. (Heiterkeit.) Damit würde der Mittelstand wirklich entlastet werden. In der „Kommunalen Praxis“ des Dr. Südekum sei ausgeführt, daß auf der Konferenz der socialdemokratischen Gemeindevertreter Brandenburgs Dr. Freundberg folgende Forderungen aufgestellt habe, daß selbst seine Genossen betroffen gewesen seien und gefragt hätten, woher das Geld dafür kommen solle. Der Artikel-schreiber setzte hinzu, das Geld aufzubringen, sei Sache der Gesamtheit. Das sei ein offenes Bekenntnis: Ihr Bourgeois könnt zahlen, wir werden schon nehmen! (Große Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Die Gegner der Aufhebung würden selber auch in einem Teil der sogenannten liberalen Presse als rüch-schuldig bezeichnet; in einem dieser Blätter sei er (Redner) als „Hauspacha mit drei Hofschweinen“ hingestellt worden. (Sehr gut! und große Heiterkeit.) Er müsse den Vorwurf auf sich nehmen, bleibe aber unentwegt bei seiner Gegnerschaft. Die Vorschläge des Magistrats seien auffälligerweise auch auf Vermutungen und „Annahmen“ gegründet; das sei doch kein Standpunkt einer Verwaltung, es müsse eine gründliche Untersuchung stattfinden. Wenn die Steuererheber sich weigerten, die Quittungen einzuziehen, dann müsse der Dezent, der so wenig Autorität über seine Beamten habe, durch einen andern ersetzt werden. (Stadtv. Singer: Man kann ja die Einziehung den Grundbesitzer-Vereinen übertragen!) (Heiterkeit.) Der Magistrat habe sich seine Sache viel zu leicht gemacht. Mit der schriftlichen Benachrichtigung jedes Einzelnen sei er persönlich noch heute nicht recht einverstanden; es handle sich hier um eine Konzeption seiner Reaktion an die Gegner.

Stadtv. Tourbié: Der Magistrat hat nicht erklärt, daß die Steuererheber die Quittungen nicht einziehen wollten; hier liegt ein Mißverständnis vor. Die Steuererheber bringen nach der Präsentation im ersten Quartal zahlreiche ärztliche Bescheinigungen über schwere Krankheiten der betr. Censiten, welche die wiederholten Präsentierungen höchst zweifelhaft in ihrem Erfolge erscheinen lassen. Die Steuererheber erhalten für 100 Präsentierungen 1,50 M., wollen Sie es dafür übernehmen? Reichen werden Sie sich auch nicht danach! (Stürmische Heiterkeit.) Der Antrag Wallach ist ganz unbrauchbar; er spricht von Reformen, aber so lange man politisch denkt, versteht man unter Reformen etwas andres. (Erneute Heiterkeit.) Die Censiten müssen mithalten, sie müssen Krankenlastenbeiträge bezahlen, die Hauswirte haben es dagegen in der Hand, die Grundsteuer auf die Mieten abzuwälzen u. c. (Anruhe.) In den Köpfen der Gegner der Vorlage spukt etwas von Leistung und Gegenleistung. (Stürmische Heiterkeit.) Das richtige Prinzip ist die Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit, wie der Magistrat es will. (Zustimmung und Widerspruch.) In der heutigen Zeit ist es doch nur angemessen, wenn die Kommune Berlin die Widerstandsfähigkeit der Massen bei unangünstiger Konjunktur möglichst stärkt. (Zustimmung.) Die Gegner kommen ja aus den Widersprüchen gar nicht heraus; wenn die Steuer nicht ernsthaft genommen werden soll, dann erparen Sie uns doch die Justizung. Reichen Sie also nur ruhig die Vorlage an! (Stürmische, andauernde Heiterkeit.)

Stadtv. Bruns (Soz.): Der Stadtrat hat den Gegnern der Vorlage so drastisch die Wahrheit gesagt (lebhafter Widerspruch und Zustimmung), daß nicht mehr viel zu sagen bleibt. Herr Wallach ist ja doch nicht ganz so verbohrt... (große Heiterkeit) Ich wollte sagen unangenehm zu sein für bessere Belehrung, das beweist sein Zugeständnis in der Zustellungsfrage. Wenn aber Herr Wallach von dem Existenzminimum noch nicht weiß, so möchte ich doch die Einrichtung einer obligatorischen Fortbildungsschule für die Kaufmannskinder der Steuerpolitik für ihn und seine Freunde vorschlagen. (Heiterkeit.) Das Reichs-Gesundheitsamt hat ein Vorschlags herausgegeben, welches sich über diese Frage ganz ausführlich verbreitet und den Beweis für die Notwendigkeit der Befreiung der Einkommen unter 900 M. dadurch ganz schlüssig führt. Der Herr Wallach greift unsere Kollegen Freundberg an, aber er hat nicht genügend den angeführten Artikel studiert. Der erwähnte Einwand gegen die Forderungen Freundbergs wurde von dem Vertreter einer der ärmsten Arbeitergemeinden, Kowalows, erhoben. Die Gewerbesteuer aufzuheben, haben wir ja gar kein Recht; übrigens würden meine Freunde in diesem Punkte mit sich reden lassen. Auch jetzt klingt wieder der Ton durch, der in seiner ganzen Vortragsart in den Versammlungen der zweiten Wählerklasse in der jetzigen Wahlbewegung zu herrschen scheint, der nämlich, daß die Arbeiterklasse für die erwiesenen „Wohltaten“ „dank schön“ sagen müsse, aber auch das nicht thue. Auch diese Kerntzen müssen ja u. a. Krankenlasten-Beiträge zahlen. Eine große Reihe von Schlafburden zahlen 4 M. Steuer, ohne wahlberechtigt zu sein; die Zahl derjenigen, welche zahlen, ohne mitraten zu dürfen, wächst also damit noch höher. Im Ausschusse hat man sich sogar das Argument geleistet, daß man die 4 M., welche man nicht mehr als Steuer abzuführen brauchte, in Schnaps mischen würde. (Hört! hört!) Mit solchen Gegnern ist nicht ernsthaft zu diskutieren. Wie der preussische Staat, sollte auch die Kommune die Steuerfreiheit bis zu 900 M. erstrecken. Als politische Partei fänden wir es ganz gewiß lieber, wenn der Magistratsantrag fiele und die Resolution Wallach durchginge; aber wir haben hier das Interesse der Allgemeinheit, auch der Ärmsten, wahrzunehmen. Eine liberale Versammlung kann nicht anders als anerkennen, daß ein Einkommen von 900 M. bis 900 M. zur Steuer nicht herangezogen werden darf. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Stadtv. Ulrich II (Vürgerpartei): Die bisherige Debatte befestigt allerdings die Ueberzeugung, daß die Gegner sich nicht überzeugen können. Ich stehe heute wie vor zwei Jahren auf dem Standpunkt der Vorlage. Die Grenze von 900 M. für das Existenzminimum ist äußerst bescheiden, man könnte sie gewiß wohl noch erhöhen. (Rachen.) Wenn Herr Wallach nur über das Einkommen von 600—900 M. verfügte, würde er sich auch nicht darum reihen, davon noch 4 M. Steuer zu erlegen. Da auch die Beitreibungskosten unverhältnismäßig hoch sind, so kann man von einer rationellen, ersparnisberichtigten Steuer wirklich nicht sprechen. Es reißt sich auch niemand darum, Steuern zahlen zu wollen; sie sind ein notwendiges Uebel. Auch eine sehr große Anzahl von Nichtsocialdemokraten steht mit dem Magistrat auf dem Boden der Vorlage. Wenn unser Magistrat auch noch nicht so zusammengefaßt ist, wie er es ungenügend in der schönen Kaiserstadt Wien ist (Stürmische Heiterkeit), so muß ich ihn doch wenigstens gegen den Vorwurf socialdemokratischer Tendenzen in Schutz nehmen.

Stadtv. Hlstein (A. L.) sucht dem Stadtv. Wallach klarzumachen, daß der Verzicht des Existenzminimums weder neu noch ein Schlagwort sei. Der „zahlreiche“ Familienwater des Herrn Wallach werde durch die Steuererhebung ohnehin verdrängt. Nichts könne verdrängter auf den Censiten wirken als das Bewußtsein, daß von seinem Steuerbetrag die Hälfte auf die Erhebungskosten draufgeht. Aber ganz allein schon aus socialen Rücksichten sollte man die Aufhebung beschließen.

Stadtv. Gassel (A. L.) kann die Ausführungen des Stadtrats Tourbié, die der Magistrat sicher nicht teile, nicht ohne Widerspruch lassen. Herr Tourbié wolle eine Steuer, die ihm viel Arbeit und Unannehmlichkeit mache, los werden. Im Jahre 1902 habe sich der Kammerer lebhaft gegen die Aufhebung der zweiten Stufe gewendet

und das unter lebhafter Zustimmung des Herrn Singer. (Redner verliest die begünstigten Stellen des stenographischen Verichts.) Herr Singer habe damals auch die Wahlrechtsfrage mit dem Erfolg in Verbindung gebracht, obwohl schon damals die Gesetzgebung die Aufhebung erlaubte, ohne daß an dem Wahlrecht etwas geändert zu werden brauchte. Herr Singer habe ebenso wie auch die Herren Kreitzing und Genossen seitdem ihre Ansicht gründlich geändert. Dagegen habe er an sich nichts, aber er müsse doch konstatieren, daß vor 8 Tagen, als es sich um die Verlegung des Gegenstandes handelte, einer der Unterzeichner des Antrags Kreitzing von 1894 auf Ablehnung der Aufhebung sich den Zwischenfall „Wahlmandatverlei“ geleistet habe. Auf den Ton des Stadtrats Tourbió einzugehen, verbiete ihm die Selbstschätzung; die sachlichen Ausführungen des Herrn müßten die Vermutung regeln machen, daß er von den Bestrebungen und der Thätigkeit der städtischen Behörden nicht die leiseste Ahnung habe. Vor dem früheren Beschluß der Versammlung habe der Stadtrat jeden Respekt vernichten lassen. Man müsse vom Magistrat verlangen, daß die Anregungen der Versammlung ernsthaft geprüft und ausgeführt werden. Gehe man auf dem vorgeschlagenen Wege weiter, so fehle es schließlich an jedem Recht und Grund zur Steuerauslegung. Die Versammlung habe doch erst für die das gleiche Wahlrecht an einen gewissen Censur binden zu wollen erklärt, und die Gesetzgebung konnte sehr wohl auch an dem bestehenden Wahlrecht zu Ungunsten der untersten Stufen ändern. Darin liege doch eine große Gefahr; auch würde die angeführte Aufhebung der drei Klassen dadurch gefährdet. Die überwiegende Mehrheit der Älten Linken wird an ihrer alten Auffassung unbedingt festhalten.

**Oberbürgermeister Kirschner:** Die Ausführung, daß die Versammlung die allgemeinen Gedanken anzugeben und der Magistrat dieselben auszuführen habe, trifft nicht zu; der Magistrat hat diese Gedanken nur dann auszuführen, wenn er sie billigt und ihnen beigetreten ist.

**Rämmerer Maas:** Die „Anzapfung“ des Herrn Cassel geht gegen eine Auffassung, die ich vor zehn Jahren gehabt habe. Ich habe in diesen zehn Jahren gelernt, habe mich überzeugt, daß diese Steuer ein Ballast ist für die Verwaltung, der kaum noch zu bewilligen ist; ich habe praktisch denken gelernt.

**Stadtv. Dr. Neumann** erklärt, er hoffe und wünsche, daß die Vorlage nicht durchgeht, denn er erkläre in der Befreiung der Biermärkte eine sociale Degradation derselben.

**Stadtv. Singer:** Ich bedauere lebhaft, mich mit unserm verehrten Senior im Widerspruch befinden zu müssen. Wenn er eine Petition aus diesem Kreise vermisst, so kann er sich doch einen lebhafteren Protest als den durch Nichtzahlung nicht wünschen; das muß ihm doch allein schon beweisen, daß etwas faul ist. Der von ihm proklamirte Grundjah führt dahin, daß derjenige der geachtete Name ist, der die meisten Steuern zahlt. Diese Konsequenz wird er doch selbst nicht ziehen wollen. Herr Cassel hat mit großer Leidenschaftlichkeit gesprochen und besonders lebhaft gegen mich polemisiert. Als ich 1892 die Frage ganz kühl und nüchtern behandelte, habe ich unter dem Eindruck gestanden, daß dieser Erfolg das Wahlrecht doch alterieren könnte, deshalb habe ich das Erstgeburtsrecht der Wahlberechtigung für das Pauschalrecht des Viermark-Erlasses nicht verkaufen wollen. Auf diesem principielle Standpunkt haben wir stets gestanden. Inzwischen hat sich doch die Gesetzgebung auf diesem Gebiete entwickelt. 1892 hatte ich ein volles Recht, auf meinem Standpunkt zu beharren, weil ich der Gewährleistung des Wahlrechts nicht sicher war. Damals war das Einkommensteuer-Gesetz zwar schon erlassen, es trat aber erst 1893 in Kraft. Herr Cassel hätte auch die Wandelbarkeit seiner eignen Freunde erwähnen sollen, denn 1894 haben gerade wir nach der absoluten Sicherstellung des Wahlrechts durch die Gesetze von 1891 und 1893 die Aufhebung der zweiten Stufe beantragt und sie ist beschlossen worden. Der damalige Beschluß der Mehrheit wäre ja ein Verzicht an ihren Principien gewesen, wenn ihre heutige Stellungnahme maßgebend sein soll. Die Frage darf aber gar nicht im Zusammenhang mit dem Wahlrecht behandelt werden, sondern der socialpolitische Gesichtspunkt ist maßgebend. Uebrigens sind die Daten der Censuren der zweiten Stufe so hervorragend, daß sie sie nicht erst durch die Steuer zu beweisen brauchen. Wenn alle männlichen Angehörigen dieser Stufe nach Belieben auswandern, glauben Sie, es würde die Berliner Industrie etwa ruhig weitergehen? Die Steuerzahler der untersten Stufen machen die Steuerzahler der höheren Stufen erst steuerfähig. Der bornierte Standpunkt, daß die Steuerzahler der untersten Stufen nur alles haben wollen, ohne „danke schon“ zu sagen, der dazu führt, daß die Herren zu befehlen und die Arbeiter nur zu gehorchen haben, ist erstens nicht einer andern Auffassung gewichen. Nun stigmatisirt man die Vorlage als socialdemokratisch. Davon ist gar keine Rede, aber sie ist wenigstens von einem socialen Empfinden diktiert. Es ist eigentlich bedauerlich, daß man einen Magistrat, der diese Anfänge socialen Empfindens zeigt, erst noch vor Angriffen aus dieser Versammlung verteidigen muß. Redner wendet sich dann gegen die sachlichen Ausführungen des Stadtv. Wallach.

Nur vollständige Unkenntnis der Verhältnisse kann behaupten, daß 1 M. im Vierteljahr für eine Arbeiterfamilie bedeutungslos ist. Ganz unerwähnt sei bisher geblieben die wirtschaftliche Situation, der starke Rückgang aller Erwerbsverhältnisse, die Zunahme der Arbeitslosigkeit, man gebe vielleicht Kostenscheitungen entgegen und da müsse alles vermieden werden, was die Ernährungsfähigkeit der Bevölkerung, wenn auch nur um diesen Steuerantrag, vermindert. Der drohenden Arbeitslosigkeit müsse auf alle Weise entgegengetrieben werden, und den ersten Schritt dazu wolle man ablehnen? Der Magistrat führe doch ausdrücklich an, daß auch die Rücksicht auf das Existenzminimum ihn leite; weshalb wolle Herr Cassel ihm dieses Motiv nicht glauben? Redner schließt: Ich hoffe, daß heute die Aufhebung beschlossen und damit den Censuren ein Dienst erwiesen wird. Die Befürchtung, daß das Wahlrecht doch einmal tangirt werden könnte, braucht uns heute nicht zu schrecken; kommt es dazu, dann wird Herr Cassel gewiß sich mit größter Energie an der Abwehr beteiligen. Aber der preussische Landtag kann allerdings sehr reactionäre Befehle machen und er wird das um so lieber thun, wenn er durch Andeutungen à la Cassel so zu jagen mit den Fingern darauf gestochen wird, wie man auf diesem Wege das Wahlrecht einschränken könnte. Kommt es dahin, dann hätte gerade Herr Cassel den größten Teil der Schuld daran zu tragen. (Gelächter.) Mit dem Aufhebungsbeschluß würden die Herren wenigstens einmal beweisen haben, daß sie sich nicht nur freiwillig nennen, sondern es auch wirklich sind.

**Stadtv. Nathan (R. L.)** polemisiert gegen einige Ausführungen von Singer und Wallach und empfiehlt die Aufhebung im Interesse der Stadt, im Interesse des Liberalismus und im Interesse der Kultur, die verlangt, daß wie man gegen Brot- und Fleischgölle kämpfe, man auch nicht 4 M. Steuern erheben dürfe, wenn sie nicht absolut notwendig seien.

**Stadtv. Kreitzing (R. L.):** Herr Cassel hat mich heute wieder für meine Ausführungen von 1894 angezapft. Ich war damals Ausschussreferent. Den erwähnten Antrag habe ich lediglich mit Rücksicht auf die Beforgnis gestellt, daß das Wahlrecht dennoch gefährdet sein könnte.

**Stadtv. Cassel:** Herr Kreitzing hat damals jenen Standpunkt nicht als Referent, sondern auch rednerisch vertreten. Jetzt kommen in jeder Wahlversammlung Anfragen, ob man einen Anhänger der Älten oder der Neuen Linken wählen soll und es wird nach der Stellung zu dieser Frage geforscht. Da soll ich verschweigen, daß 1894 Herr Kreitzing und 13 Genossen den Antrag auf Befreiung der Aufhebung gestellt haben? Herr Singer hat mich nicht widerlegt; gegen seine Deduktion bezüglich der Wahlrechts-Einschränkung muß ich entscheidendste Verwahrung einlegen. Daß die Abschaffung des Dreiklassen-Wahlrechts durch solche Vorschläge wie die Aufhebung der Steuerstufe ernstlich gefährdet wird, ist das punctum saliens. Der Oberbürgermeister hat mich zu Unrecht relativirt, er hat übersehen, in welcher Saloppen, unerhörten Weise Stadtrat Tourbió unsere früheren Beschluß als einen konfusigen charakterisirt hat.

**Oberbürgermeister Kirschner:** Nach meiner Auffassung war die Behauptung, gegen die ich Verwahrung einlegte, ganz bedingungslos hingestellt.

**Stadtv. Singer:** Es ist ein gentilliches Verfahren, Herrn Stadtrat Tourbió mit dem Magistrat in Gegenwart zu bringen. Wir haben keine Veranlassung, der Respektlosigkeit nach Herrn Cassel zu folgen, es kommt nicht darauf an, ob ihm die Ausführungen des Stadtrats gefallen, sondern darauf, ob sie richtig sind; und seine Erregung zeigt, daß die Ausführungen des Herrn Tourbió so getroffen haben (Große Heiterkeit), daß er nicht weiter wußte, als zu persönlichen Ausfällen überzugehen.

Damit schließt die Debatte. Es folgen persönliche Bemerkungen. Stadtrat Tourbió verachtet sich gegen die ihm widerfahrene Kritik und stellt mehrere seiner Aeußerungen nochmals richtig.

Unter gespannter Aufmerksamkeit geht nach dieser fast dreistündigen Debatte die namentliche Abstimmung über den Magistratsantrag vor sich. Diefelbe ergibt die **Ablehnung** mit 57 gegen 56 Stimmen. Für die Aufhebung stimmen mit den Socialdemokraten und der Neuen Linken von der Alten Linken u. a. Stadtv. Eard, Fr. Goldschmidt, Hauer, Kuhlmann, Liebermann, Metel, Relfe; von der Fraktion Mommsen u. a. Stadtv. Mischelet, Reichow und Seeger; ferner Stadtv. Ulrich II. Nach der Befreiung des Ergebnisses tritt eine andauernde fast tumultuarische Erregung ein; die Versammlung nimmt noch den Antrag Wallach an und bricht um 9 Uhr die Sitzung ab.

### Aus Industrie und Handel.

**Die Allgemeine Electricitäts-Gesellschaft** giebt in ihrem Bericht über das verfloffene Geschäftsjahr, das mit dem 30. Juni abschließt, den Reingewinn auf 9 738 428 M. an, gegen 10 715 220 M. im Vorjahre. Die Dividende ermäßigt sich von 15 Proz. im Vorjahre auf 12 Proz. in diesem Jahre. Reichliche Zurückstellungen für den Reservefonds erhöhen diesen auf die Hälfte des Grundkapitals, die Gesellschaft hat mithin einen ganz respektablen Profit erzielt. Wichtig erscheint, was der Bericht dieses großen Unternehmens über die Ausblicke der Electricitätsindustrie sagt. Man könne über die künftige Gestaltung des wirtschaftlichen Lebens schwer ein Urteil gewinnen, heißt es, aber man müsse damit rechnen, daß ein Aufschwung gleich dem der letzten Jahre, dem die Elektrotechnik ihre Größe verdankt, sich nicht sogleich erneuern werde. Dielectricität haben Unternehmungen, welche in der Hochflut der Konjunktur ohne innerer Notwendigkeit entstanden und mit ungenügender Sachkenntnis geleitet waren, das Vertrauen in die Ergebligkeit unserer Industrie erschüttert. Es wird die Aufgabe der auf solider Grundlage errichteten und mit genügendem Verständnis geleiteten Werke sein, dieses Vertrauen wieder herzustellen. Aber hierdurch allein wird die Schwierigkeit der Lage, die teilweise auf notorischer Ueberschuldung der Fabriken beruht, nicht beseitigt. Die mangelhaften Verhältnisse werden schwinden, und die deutsche Elektrotechnik ihre Macht und Bedeutung, welche sie im Wettbewerbe der Nationen in Chicago und Paris gezeigt hat, erfolgreich auf dem Weltmarkt behaupten, wenn neue Handelsverträge, wie wir hoffen unsere Waren die Mächte befreundeter Nationen offen; halten und wenn die kräftigeren Unternehmungen durch zweckmäßige Organisation und rationelle Arbeitsteilung die Verfalls-, Fabrikations- und Verkaufspreise auf das geringste Maß herabmindern.

Weiter wird dann dargelegt, daß, wie schon erwähnt, mit einer größeren Gesellschaft (Squidert) Verhandlungen angebahnt sind, ob und inwieweit ein wechselseitiges Ergänzen oder Zusammenarbeiten möglich ist. Ueber Einzelheiten des Projectes erfahren wir auch hier nichts, wohl weil man zu einem Abschluß noch nicht gekommen ist. Die Annäherung dieser beiden maßgebenden Electricitäts-Gesellschaften wird durch die ungünstige Konjunktur gefördert, sie treibt zu einer Konzentration des Kapitals, in welcher Form es auch sei und bringt die Ueberlegenheit des Großbetriebes stark zur Geltung. Ein gemeinsames Zusammenarbeiten dieser großkapitalistischen Betriebe, selbst wenn es nicht die Form des Trusts oder Syndikats annehme, muß für die konkurrierenden kleineren Betriebe eine unangenehme Gegenwart bilden, die ihre Existenzfähigkeit bedroht und schließlich die Anregung zu weiteren Anschlüssen und engeren Verbindungen des Großkapitals geben. Jede wiedergehende Konjunktur zeichnet sich ja dadurch aus, daß sie die Schwachen beiseite wirft und für die Großen auf Kosten der untergehenden Existenzen den Aufstieg begünstigt.

**Deutschlands Bedarf an Getreide.** Die Fachzeitung „Getreidemarkt“ berechnet nach einzelnen Staaten und Landesteilen für Deutschland auf Grund von 5000 Umfragen den diesjährigen Ernteertrag an Weizen auf 2 470 000 Tonnen, an Roggen auf 8 145 500 Tonnen, an Sommergerste auf 3 021 800 Tonnen und an Hafer auf 7 105 000 Tonnen. Das würde der offiziellen Ernteertrag pro 1900 gegenüber einem Winterertrag von 1 837 500 Tonnen bei Weizen und von 405 200 Tonnen bei Roggen, einen Mehrertrag von 205 000 Tonnen bei Hafer und 20 000 Tonnen bei Gerste bedeuten. Nach den Ziffern des Vorjahres würde sich daraus für das laufende Erntejahr ein Importbedarf Deutschlands an Weizen von 3 Millionen Tonnen, an Roggen von einer Million Tonnen berechnen.

**Amerikanischer Außenhandel.** Die Ausfuhrstatistik der Vereinigten Staaten zeigt für September den geringsten Wert gegenüber irgend einem Monat dieses Jahres, mit Ausnahme des Juni. Der Rückgang gegenüber dem September 1900 beläuft sich auf 9 007 000 Dollar. Der Exportwert betrug 106 895 000 Dollar (gegen 115 992 000 Dollar im Vorjahre), dem ein Import von 67 800 000 Dollar (59 569 000 Dollar) gegenüber steht, so daß der Ueberschuß des Exports über den Import sich auf 39 595 000 Dollar (gegen 56 323 000 Dollar) beliefert. Der Export in den ersten neun Monaten erreichte 1 046 223 000 Dollar (1 031 984 000 Dollar), der Import 648 958 000 Dollar (624 467 000 Dollar), so daß der Export-Ueberschuß 399 270 000 Dollar gegen 407 497 000 Dollar in den ersten neun Monaten 1900 beträgt. Ein Drittel des Rückgangs der Ausfuhr im September entfällt auf verringerten Export an Produkten, zwei Drittel auf Industrie-Erzeugnisse. Der Export von Weis hat um 7 871 559 Bush., von Hafer um 4 212 928 Bush., von Mehl um 92 288 Barrels abgenommen. Die Ausfuhr von Weizen stieg um 6 012 913 Bush., die von Baumwolle um 5139 Ballen.

### Sociales.

**Erhebungen über die Arbeitslosigkeit** hat das Ministerium des Herzogtums Coburg-Gotha in einem Erlaße an die Städte und Landräthe angeordnet. Vom Stadtrat in Gotha ist die Kommission für den Arbeitsnachweis damit beauftragt worden. In einer Sitzung am Montag wurden, wie das „Volkswort“ berichtet, die vorläufigen Schritte hierzu beschlossen. Man verheißt sich jedoch nicht, daß zur Zeit eine solche Erhebung noch kein richtiges Bild ergeben würde, da die Weihnachtsarbeiten noch manche vorübergehend beschäftigten, die später arbeitslos sein werden. Ferner sind auch noch Leute an Bauarbeiten beschäftigt, die aber in 14 Tagen beendet sind. Auch sind viele Arbeiter nicht direkt arbeitslos, wohl aber arbeiten viele mit verkürzter Zeit. Auch die meisten in eine Notstandsstatistik aufgenommen werden, soll sie der Wahrheit nahe kommen. Allgemein wird gewünscht, daß bereits geplante öffentliche Arbeiten baldigst in Angriff genommen werden.

**Die Wohnungsfrage in München.** Der Münchener Magistrat beschloß in seiner Sitzung am Mittwoch die Bildung einer Wohnungs-Kommission, die vorläufig bestehen soll aus einem der beiden Bürgermeister, dem Referenten, je einem Vertreter der Polizeidirektion, der Lokalbaukommission und des statistischen Amtes, dem Bezirksarzt, den Vorständen der neu zu bildenden 5 Bezirksausschüsse und einigen Hausbesitzern und Mietern. Unser Parteigenosse, Magistratsrat E. d. Schmid stellte den Antrag auf Vornahme einer Wohnungs-enquete, der indessen mit allen gegen 6 Stimmen abgelehnt wurde. Die Gegner des Antrages motivierten ihre Abstimmung durch die Behauptung, in München seien die Verhältnisse nicht so schlimm, wie in anderen Großstädten; es seien „nur“ 3000 überfüllte Wohnungen vorhanden.

**Wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften** standen am Mittwoch der Redacteur der Wochenchrift „Pflanzertier“, Adolf Goey, der Schriftsteller Herr Seyffert und der Verlagsbuchhändler A. Dressel vor der I. Strafkammer des Landgerichts I. Unter der Devise: „Pflanzertier nicht frivol“ bespricht die genannte Wochenchrift mit rücksichtsloser Offenheit allerlei skandalöse Vorgänge, die sich in Berlin abspielen. Zwei derartige Skizzen, die nach der Behauptung des Verfassers Seyffert den Zweck haben sollten, vorhandene Mißstände zu hebeln, keineswegs aber die Sinnlichkeit zu erregen, haben zur Erhebung der Anklage Veranlassung gegeben. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Der Angeklagte Goey wurde zu 100 M. Geldstrafe, Seyffert zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt, der Angeklagte Dressel aber freigesprochen, da er nachweisen konnte, daß er zur Zeit des Erscheinens der Artikel krankheitshalber außerhalb Berlins weilte.

**„Väter Otto“**, der seiner Zeit wegen Verdachts der Teilnahme an Vernauer Morde zwei Monate in Untersuchungshaft gefesselt hat und alsdann mit dem Richter Gayle wegen Mangels an Beweisen wieder freigelassen worden ist, stand gestern in der Person des Vaders Carl Otto Delze wegen schweren Diebstahls vor der I. Strafkammer des Landgerichts I. Mit ihm war der Maler Julius Thiel angeklagt. Die Verhandlung ergab, daß Delze ein sehr gefährlicher Einbrecher ist, der inzwischen schon wieder einmal wegen Verdachts des schweren Diebstahls verhaftet gewesen ist, aber wiederum wegen Mangels an Beweisen auf freien Fuß gesetzt werden mußte. Am 9. September gegen 5 Uhr morgens sah der Nachtwächter, der bei dem Hause Niederwallstraße 27 vorbeiging, durch die Glasscheibe des Hausflures einen Schatten sich hin- und herbewegen. Er glaubte zuerst, daß es der Schatten seines eignen Körpers sei und ging, um sich zu vergewissern, noch einmal an der Thür vorbei. Da er sich überzeugte, daß es nicht sein eigener Schatten war, schloß er die Thür auf und erkannte, daß er Einbrecher bei der besten Arbeit überrascht hatte. Sie hatten das Lager des Cigarrenhändlers Brandtzy vollständig ausgeräumt und die Diebesbeute stand, in einer großen Kiste wohl verpackt, zum Wegschaffen bereit auf dem Hausflur. Der Wächter sah in einer Ecke einen Menschen lauern, der bei seiner Annäherung reichlich nahm und entkam, während sein Komplize in der Person des Angeklagten Delze festgenommen werden konnte. Er war auch geständig, den Diebstahl mit einem andren Verbrecher ausgeführt zu haben, weigerte sich aber beharrlich, den Namen des letzteren zu nennen. Auf Grund längerer Observation des Delze hatte ein Kriminal-schuppmann festgestellt, daß dieser mit dem zweiten Angeklagten Thiel in regen freundschaftlichem Verkehr stand, und es lag daher die Vermutung nahe, daß Thiel sein Komplize bei dem Einbruch gewesen sein möchte. Als man Thiel dem Wächter vorführte, erklärte dieser, daß er ihn mit aller Bestimmtheit als den Mann wiedererkenne, der an jenem Morgen in der Ecke des Hausflurs gelauert habe. Er blieb auch im gestrigen Termin bei dieser Behauptung und erklärte jeden Irrtum seinerseits für ausgeschlossen. Dagegen bestritt Thiel lebhaft jede Schuld und behauptete, daß ein gewisser „Schlesier-Knappe“ den Delze bei dem Einbruch geholfen haben dürfte. Letzterer bestätigte dem Thiel, daß er jedenfalls nicht geholfen habe, hätte sich aber über die Person seines Komplizen in Schweigen. — Bei dieser Sachlage hielt es der Gerichtshof für angemessen, trotz der bestimmten Recognition des Wächters den Thiel freizusprechen. Delze wurde zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

**Aus der Praxis eines Winkelkonsulenten** bot die Verhandlung, die gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I stattfand, ein wenig anheimelndes Bild. Der Inhaber des Rechtsbureaus „Moabit“ Woller Deter wurde aus der Strafanstalt Plötzensee, wo er zur Zeit eine längere Freiheitsstrafe verbüßt, vorgeführt, um sich wegen Betruges und Unterschlagung zu verantworten. Am 17. März lernten zwei Landleute aus der Gegend von Schwerin an der Barthe in einem Schauffolal in der Nähe des Kriminalgerichts ein. Sie hatten eine Verwandte befehlt, die sich wegen Diebstahls in Untersuchungshaft befand. In dem Schauffolal fragten sie den Woller, ob er ihnen nicht einen tüchtigen Rechtsanwalt nachweisen könne. Deter, welcher zugegen war, meinte sich in die Unterhaltung und erbot sich zur Beforgung eines Anwalts. Vertrauensvoll offenbarten die Landleute ihm ihre Verhältnisse. Zunächst erklärte Deter, daß es bewirkt werden müsse, die Verhaftete auf freien Fuß zu bekommen. In den allgemeinsten Ausdrücken verfaßte er ein diebsbezügliches Gesuch und ließ sich dafür 8 M. zahlen. Sodann verpflichtete er sich, einen Anwalt zu besorgen, der die Verteidigung für ein Honorar von 30 M. übernehmen würde. Schon zwei Tage später erhielten die Verwandten der Angeklagten von dem Rechtsbureau ein Schreiben, worin sie zur Zahlung von 50 M. aufgefordert wurden. Die Adressaten sandten der Verabredung gemäß vorläufig nur 30 M. Dann erhielten sie einen zweiten Brief mit der Aufforderung, sofort 150 Mark zu schicken, es sei eine „schwere Strafkammerache“, die eine umfangreiche Verteidigung erfordere. Die Mahnung fand kein Gehör, den Auswärtigen war inzwischen Aufklärung darüber geworden, mit wem sie es zu thun hätten. Sie wandten sich an einen tüchtigen Rechtsanwalt und dadurch kam die Sache zur Kenntnis der Polizei. Der Angeklagte wurde verhaftet, 25 M. von dem erhaltenen Gelde zurückzuschicken, 5 M. durfte er für Ankosten und Bemühungen für sich berechnen. Der Gerichtshof war mit dem Staatsanwalt der Ansicht, daß es auf eine betrügerische Ausbeutung unerschaffener, in Not befindlicher Personen abgesehen war. Das Urteil lautete auf eine Freiheitsstrafe von neun Monaten Gefängnis, während der Staatsanwalt ein Jahr beantragt hatte.

### Teile Nachrichten und Depeschen.

**Zur Flottendemonstration gegen die Türkei.**  
**Paris, 31. Oktober. (W. Z. V.)** In betref der Flottendemonstration gegen die Türkei wird von gutunterrichteter Seite berichtet, daß die französische Regierung nötigenfalls entschlossen sei, einen bedeutenden Hafenort und ein größeres Gebiet zu besetzen, um die reklamirten Beträge in möglichst kurzer Frist zu erlangen. Konteradmiral Gaillard werde die hierauf bezüglichen endgültigen Instruktionen erst in den türkischen Gewässern, vielleicht in der Nähe der hircanischen Küste, erhalten. — Das „Journal des Debats“ schreibt, es könne weder für die Türkei, noch für sonst jemand ein Zweifel darüber bestehen, daß das Einvernehmen zwischen Frankreich und Rußland in diesem Punkte wie in allen andren ein vollständiges sei. Es sei unter diesen Umständen schwer zu glauben, daß die Pforte ihren Irrtum nicht einsehen werde, bevor es zu spät sei.

**Paris, 31. Oktober. (W. Z. V.)** Der Dampfer „Italie“, aus Buenos Aires kommend, ist mit 300 Passagieren an Nord eingetroffen. Derselbe rettete im Golf von Valencia ein Boot, welches dem Segelschiffe „Tosug“ angehörte, das infolge Sturmes gesunken war. In dem Boote befanden sich der Kapitän und 18 Mann der Besatzung.

**Toulon, 31. Oktober. (W. Z. V.)** Die Panzerkreuzer „Gaulois“ und „Charlemagne“ sowie die Panzerkreuzer „Potheau“ und „Gangy“ und drei kleinere Schiffe haben sich von dem Mittelmeer-Geschwader getrennt und sind in östlicher Richtung abgedampft. Ueber ihre Bestimmung herrscht noch Stillschweigen.

**St. Etienne, 31. Oktober. (W. Z. V.)** In Maueranschlägen, die auf rotes Papier gedruckt sind, wird die Bevölkerung zum Generalstreik aufgefordert und den Arbeitern angelockt, daß heute abend eine große Volksversammlung zur Besprechung des Ausflandes stattfinden wird.

**Beking, 31. Oktober.** (Meldung der Agence Havas.) Der Vicepräsident des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten Hsüichung Peng ist gestorben. — Wuhung-Tschung ist schwer erkrankt. — Prinz King ist heute nach Kien-feng abgereist, um mit dem Kaiser zusammen zu treffen.

Partei-Nachrichten.

Protest gegen den Hungerlohn. Im hamburgischen Staatsgebiete haben nach genauer Zählung 206 662 Personen unsere Petition gegen den Hungerlohn unterzeichnet. Die Einwohnerzahl betrug am 1. Dezember 1900 768 849 einschließlich der Schiffsbevölkerung.

Im Reichstags-Wahlkreis Sorau-Nord wurden 17 180 Unterschriften gegeben bei reichlich 114 000 Einwohnern.

Das Fürstentum Reuß j. L. gab bei 189 000 Einwohnern 21 593 Unterschriften ab.

Zur rechten Würdigung dieser Zahlen muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß die unter 18 Jahren alte Bevölkerung über 40 Proz. der Gesamt-Einwohnerschaft ausmacht.

Die Parteigenossen Mannheim erledigten in ihrer letzten Versammlung am Dienstag den Bericht über den Lühder Parteitag. Zur Budgetfrage erklärte Dreesbach, ihn binde der Beschluß des Lühder Parteitages, in normalen Verhältnissen das Budget abzulehnen, in anormalen dasselbe anzunehmen, insoweit, daß er sich das auch in dem Nachlag der diesbezüglichen Resolution gewährte Recht vorbehalten, vor der Abstimmung über das Budget darüber zu befinden, ob man sich in normalen oder anormalen Verhältnissen befinde, um danach seine Entscheidung zu treffen, für oder gegen das Budget zu stimmen.

Fast einstimmig wurde darauf folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden.“

Inbesondere spricht sie ihre Zustimmung zu dem Beschluß in der Endgebetsvorschlagsfrage aus. Sie erwartet bestimmt, daß die Parteigenossen in den Landtagsfraktionen dem gefassten Beschlusse wie den ihm bedingenden Grundanschauungen der Partei vollstän dig Rechnung tragen werden, und daß auf diese Weise Konflikte zwischen den Parteigrundsätzen und vermeintlichen Erfordernissen der Taktik vermieden werden.

Die Versammlung erklärt sich auch mit den beiden zur Frage der Accordmaurer gefassten Beschlüssen einverstanden. Sie betrachtet Gewerkschaften und Partei als zwei Glieder des einen Befreiungsheeres der Arbeiterklasse und verurteilt alle Bestrebungen, die beiden zu trennen, gestützt auch auf die guten Erfolge, die das enge Zusammenarbeiten von Gewerkschaften und Partei in Mannheim erzielt hat.

Gegen die Tätigkeit des Delegierten Genossen Pfeiffle hat die Versammlung nichts einzuwenden.“

Zur badischen Folgeabstimmung lesen wir in der „Mannheimer Volksstimme“ folgende Erklärung:

Auf Wunsch des Genossen Adolf Sed bestätigte ich demselben, daß er vom 7. April 1900 bis 19. Juni 1900 — Krankheitshalber — dauernd von Karlsruhe abwesend und deshalb auch nicht in der Lage war, der Abstimmung über das Finanzgesetz (28. Mai 1900) wie auch der unmittelbar der Abstimmung vorangehenden Fraktions scheidung beizuwohnen.

Mannheim, den 30. Oktober 1901. Aug. Dreesbach.

Gegen Legendensbildung.

Die „Deutsche Bergarbeiter-Zeitung“ brachte in ihrer Nr. 42 vom 28. Oktober einen Artikel, worin behauptet wurde, Gen. Dillwiel in Eisen hätte im „Vorwärts“ abfällige Kritik am Bergarbeiter-Verbande geübt. Wir teilen darauf der Redaktion des Blattes mit, daß diese Behauptung unzutreffend sei. Weder Genosse Dillwiel noch sonst jemand habe im „Vorwärts“ abfällige Kritik am Bergarbeiter-Verbande geübt. Zugleich fragten wir an, welche Artikel des „Vorwärts“ die „Bergarbeiter-Zeitung“ damit meinte.

In ihrer neuesten Nummer (43) nimmt nun die „Bergarbeiter-Zeitung“ von unserer Mitteilung Notiz, bleibt aber dabei stehen, daß der Verband im „Vorwärts“ angegriffen worden sei. Das soll geschehen sein durch unsere erste Notiz über den bekannten Fall Weis in der Nr. 215 vom 14. September. In dieser Notiz ist nun zwar davon die Rede, daß die „Bergarbeiter-Zeitung“ eine unrichtige Darstellung der Vorgänge auf der Vorkamer Kreisversammlung gegeben habe, mit keinem Worte wird aber der Bergarbeiter-Verband genannt und es befindet sich in der Notiz keine Wendung, die irgend wie als auf den Bergarbeiter-Verband gemünzt gedeutet werden könnte.

Wir haben den Bergarbeiter-Verband noch niemals angegriffen oder abfällig kritisiert und haben dazu auch noch keine Veranlassung gehabt. Wir halten es für notwendig, das ausdrücklich zu konstatieren, um Legendensbildungen von vornherein entgegenzutreten.

Neber den Prozeß Epifcinus läßt sich das Badische Nachrichten-Bureau aus Pforzheim melden:

In diesem socialistischen Kreise wird die bestimmte Hoffnung gehegt, daß die von dem Abgeordneten Epifcinus gegen das Urteil der Strafkammer eingeleitete Berufung von Erfolg begleitet sein werde und zwar mindestens insofern, als ihm die Berechtigung zur Velleidung öffentlicher Ämter wieder zugesprochen wird. Ob in diesem Falle eine Niederlegung des Mandats erfolgt, soll noch zweifelhaft sein.

Dazu bemerkt die „Mannheimer Volksstimme“: Soweit wir unterrichtet sind, wird Genosse Epifcinus sein Mandat niederlegen ohne Rücksicht auf den weiteren Verlauf des Prozesses. Er will damit bezwecken, daß der Wahlbezirk, der ihn zu seinem Vertreter erwählte, im Landtage keinen Augenblick unvertreten bleibt, obwohl die Schuld nicht an ihm liegt, daß der Bezirk seinen erwählten Abgeordneten verlieren soll.

Ein katholischer Pädler. In Weilon (Arnberg) war, wie wir schon berichteten, Genosse Hoffmann aus Diefeld aus einer Centrumsversammlung hinausgeworfen und mit einem Knüttel über den Kopf geschlagen, daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Hoffmann hatte in der Versammlung kein Wort gesprochen und überhaupt nichts getan. Der Leiter der Versammlung, Herr Dr. Broedhoff, jagte, als die Centrumshelden nach vollbrachter That wieder in den Saal zurückkehrten, etwa folgendes:

„Wir wollen durch diesen Zwischenfall die Ruhe und nicht rauben lassen. Wir wollen doch von dem Drecksler (Genosse Hoffmann) aus Weilon, der anfragte, ob Hoffmann würde reden dürfen und dafür auch mit hinausgeworfen wurde, ist Dreckslermeister) und nichts vordrehen lassen. Der mag anderswo mit ruhig weiter drehen, das sind ja doch nur Eisenklauen. Solche Leute kommen da mit Belocipedes und mit Beinen auf dem Rücken, um ihre Lehren in Flugschriften an den Mann zu drücken. Wenn sie wieder in eure Häuser kommen sollten, so schlägt sie, (mit Nachdruck) schlägt sie, schlägt sie so lange, bis der letzte aus Weilon und überhaupt aus dem ganzen Saurelande vertrieben ist.“

Dreht, dreht, dreht! so lautet der Schlächterruf des Antisemitentrafen. Schlägt, schlägt, schlägt sie! ist jetzt die katholische Kampparole. Ist, ist, ist, ist! ist jetzt die sozialistische Kampparole. Ist, ist, ist, ist! ist jetzt die sozialistische Kampparole.

Die socialistische Bewegung in Portorico wird, wie wir im „Hamburger Echo“ lesen, in einem Artikel der neuen amerikanischen socialistischen Monatschrift „Comrade“ geschildert. Noch nicht zehn Jahre alt, hat die socialistische Partei auf der Insel sowohl unter spanischer als unter amerikanischer Herrschaft schwere Verfolgungen

zu bestehen gehabt. 1894 kam ein spanischer Socialist, Santiago Iglesias, von Stuba nach Portorico und widmete sich zwei Jahre hindurch unermüdet der socialistischen Agitation; am 1. Mai 1897 erschien als erstes Zeichen des Erfolges ein socialistisches, von Iglesias redigiertes Blatt „Ensayo Obrero“. Von den wenigen Genossen, die von nun an mit Iglesias die Agitationsarbeit teilten, wurde einer, Ferrer, bald von den spanischen Gerichten wegen eines Artikels zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Demnach wurde Iglesias ohne Prozeß dreimal eingekerkert. Im März 1898 wurden sämtliche führenden Socialisten verhaftet, mit Ausnahme von Iglesias, dessen man erst einen Monat später habhaft wurde. Erst die Occupation Portoricos durch die Amerikaner im Oktober befreite die Gefangenen. Nun glaubten manche, unter amerikanischem Geheiß würde mehr Agitationsfreiheit sein. Aber gerade wie die Socialisten von den spanischen Beherrschern unterdrückt worden waren, wurden sie jetzt von den amerikanischen Herren unterdrückt. Ihre Versammlungen wurden aufgelöst und wie einst der „Ensayo Obrero“ von den Spaniern, so wurde sein Nachfolger „El Porvenir Social“ nun von den Amerikanern unterdrückt; Iglesias und andre, die dagegen opponierten, wurden ins Gefängnis gesteckt. General Brooke, der amerikanische Diktator, sagte zu Iglesias: „Sie betreiben revolutionäre Agitation und das muß aufhören. Entweder müssen Sie damit ein Ende machen, oder wir machen mit Ihnen ein Ende!“ Unvorsicht berief sich Iglesias auf die verfassungsmäßigen Rechte. Auch eine Probe amerikanischer Freiheit! Indessen machte trotz alledem der 1898 von Iglesias gegründete „Freie Verband“ Fortschritte und 1900 konnte schon ein Generalstreik gegen die Lohnreduktion bei Einführung der amerikanischen Währung gewagt werden. Die Vorstandsmitglieder der socialistischen Partei und die Führer der Gewerkschaften wurden zwar verhaftet, doch trotzdem erlangten die Arbeiter erhebliche Erfolge. Auf Portorico sind die Gewerkschaften meistens socialistisch und die meisten hervorragenden Führer derselben sind Socialisten. Bald nach dem Streik gab es Wahlen, aber wie! Nur eine Partei wurde offiziell zugelassen, die Republikaner; nur ihre Kandidaten kamen auf den amtlichen Stimmzettel. Föderalisten wie Socialisten kamen nicht auf den Zettel; die Republikaner sagten einfach: „Die republikanische Partei ist gut genug für Portorico.“ Dabei sind 44 von 66 Stadtverwaltungen von den Föderalisten besetzt! So ist die amerikanische Freiheit auf Portorico. Vor kurzem noch wurden zwei Socialisten — Alwin Hascher, ein Deutscher, und S. Raines, ein Amerikaner — ins Gefängnis gesteckt, weil sie gegen amerikanische Brutalitäten gegen Arbeiter protestiert hatten.

Mohs Fauquez.

Neber den verstorbenen Genossen, dessen Tod wir bereits meldeten, schreibt man uns noch aus der Schweiz: Mohs Fauquez in Lausanne war seit längerer Zeit krank, doch konnte man angesichts des noch nicht hohen Alters sowie der kraftstrotzenden Gestalt deselben wohl auf Biedergenesung hoffen; diese Hoffnung hat sich nun leider nicht erfüllt und die so überraschend gekommene Nachricht von seinem Ableben hat daher wohl bei allen Genossen das schmerzlichste Bedauern erweckt. Genosse Fauquez ward am 1. Juni 1859 in Nyon geboren und ist daher nur 42 Jahre alt geworden. Seit einer Reihe von Jahren betrieb er in Lausanne die Advokatur. Der Socialdemokratie schloß er sich vor Jahren schon an und seine Innerlichkeit und Energie wie sein Wissen wiesen ihm ganz naturgemäß seinen Platz an der Spitze der Partei als Führer, die er übrigens eigentlich erst schenkte. In voller Würdigung der Bedeutung der Presse gründete er „Le Grillo“, dessen Redaktion er bis zu seinem Tode beibehalten und das von schweizerischen Größten als offizielles französisches Vereinsorgan anerkannt wurde. Seit Jahren gehörte er mit mehreren andern Genossen dem Kantonsrat und dem Großen Stadtrat von Lausanne an und in beiden Parlamenten hatte er im Kampfe mit der hier herrschenden Plutokratie manchen hartem Strauß auszusuchen, wobei er mit aller Rücksichtslosigkeit den abgebräunten Geldadventurern radikalster wie konservativer Couleur entgegentrat und sich dadurch deren ganzen Haß zuzog, der dann auch in schamloser Weise der Vorkamerpresse gegen unsern Genossen seinen widerlichen Niederschlag fand.

Dem Komitee des internationalen socialistischen Sekretariats in Basel gehörte Fauquez neben dem Genossen Fährholz-Solothurn als Vertreter der schweizerischen Socialdemokratie an. Sein Tod bedeutet für unsre Partei, namentlich für die Genossen im Kanton Waadt, einen ganz empfindlichen Verlust und die geringste Lücke dürfte längere Zeit fühlbar sein. Wenige Tage nach dem Tode unseres unvergeßlichen Karl Birli nun der Tod unser Genossen Fauquez, die beide so hervorragende und erprobte Führer waren! Möge der schmerzliche Verlust bewirken, daß die Phalanx unserer Partei enger geschlossen und auf der ganzen Linie volle und ungetrübte Einigkeit hergestellt werde, um das begonnene Werk der verstorbenen beiden Führer fortzusetzen und zu siegreichem Ende zu führen!

Politisches, Gerichtliches u. v.

Die Minderjährigen-Vorschrift des sächsischen Vereinsgesetzes, die bekanntlich nur für politische Versammlungen gelten soll, wurde jetzt in der Chemnitzer Gegend direkt gegen eine gewerkschaftliche Versammlung angewendet. In Riedermark war eine Metallarbeiter-Versammlung, in der ein Metallarbeiter sprach über das Thema: „Die Entwicklung der Industrie und der Aufgaben der Gewerkschaften“. Trotzdem erhielt ein Minderjähriger, der in der Versammlung anwesend war, von der Amtshauptmannschaft Döbeln ein Strafmandat über 5 M. und der Vorsitzende der Versammlung ein solches über 10 M. Beide beantragten gerichtliche Entscheidung, weshalb das Schöffengericht in Roswein über die Sache zu verhandeln hatte.

Der Zeuge, Gendarm Paffier, meinte, die Versammlung sei von einer politischen nicht zu unterscheiden gewesen. Warum, konnte der Herr Gendarm aber nicht sagen, denn er war nicht einmal im Stande, Auskunft über das Referat selbst zu geben. Der als Zeuge erschienene Gemeindevorstand Lorenz gab an, daß über die Entwicklung des Handwerks und die Großindustrie gesprochen worden sei; ferner über die Alters-, Unfall- und Invalidenversicherung, sowie im allgemeinen über die Lage der Arbeiter. Zum Schluß habe der Referent zum Beitritt in den Metallarbeiterverband aufgefordert. Dies war das ganze Ergebnis der Beweisaufnahme und darauf verurteilte das Gericht den Vorsitzenden zu 25 M. und den minderjährigen Besucher zu 5 M. Geldstrafe.

Voreiliger Staatsanwalt. Ein Verfahren gegen Genossen Kläh in Breslau wegen angeblicher Verleumdung des Polizeipräsidenten in Posen ist eingestellt worden, weil, wie ihm der erste Staatsanwalt mitteilte, kein Strafantrag vorlag. Dabei ist Kläh schon richterlich vernommen worden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Glasarbeiter! Wegen Mahregelung von drei Kollegen in der Werkstatt Karl Hedert Nachf., Prinzenstr. 32, ersuchen wir, den Zugang fernzuhalten. Die Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Die Lohnbewegung der Hamburger Schlächtergesellen gestaltet sich zu einem immer schärfer auftretenden Konflikt zwischen Meistern und Gesellen, da der Vorstand der Schlächter-Zunft die Gesellen-Organisation sowie den Gesellenausschuß jetzt vollständig ignoriert. Hierdurch sowohl wie durch eine frühere gelegentlich der letzten Verhandlungen mit dem Gesellenausschuß gegebene Erklärung: Die Gesellen müssen sich erst bessern, ehe mit ihnen wieder verhandelt wird, ist in der Gesellenchaft

sehr viel Mißstimmung erregt worden. Die Lohnbewegung wird trotzdem mit aller Ruhe und Besonnenheit geführt. Infolge des passiven Verhaltens der Zunft haben sich die Gesellen nunmehr an die einzelnen Meister gewandt und diesen folgende Forderungen unterbreitet: 1. Anerkennung der Gesellen-Organisation. 2. Abschaffung des Schlichtens auf dem Schlachthofe an Sonn- und Festtagen. 3. Einführung der Sonntagsruhe, 8 Stunden Arbeit für Werkstatt und 5 Stunden für Ladengesellen sowie Freigabe jedes dritten Sonntags. 4. Besserung des Schlichterlebens.

Die Lohnbewegung der Schiffensticker in Plauen hat bis jetzt das Ergebnis gehabt, daß 15 Firmen den geforderten Lohnarif entweder vollständig oder teilweise bewilligt haben. In einer Anzahl Etüderbetrieben ist es am Montag, den 28. Oktober, dem Tage, an welchem der Tarif in Kraft treten sollte, zu einem Ausstand gekommen, der noch andauert. Die Zahl der Streikenden dürfte etwa 100 betragen. Nach Lage der Sache wird der Ausstand nur von kurzer Dauer sein. In den größeren Betrieben, die seither schon dem Tarif nachkommende Löhne zahlten, wird fast durchgängig weiter gearbeitet.

Beigelegt sind die Differenzen der Fischer bei Lehmann Nachf. in Breslau. Die Arbeit ist am Mittwoch wieder aufgenommen worden.

Ein gerichtliches Nachspiel zum Glasarbeiter-Streit. Wie in allen Glasfabriken, so fand auch in der Siemens'schen Glasblüte in Döhlen vor der Erklärung des Generalstreiks eine Zettelabstimmung darüber statt, ob der Streik erklärt werden solle oder nicht. Als in der genannten Glüte die Zettel zu diesem Zweck verteilt wurden, weigerte sich der polnische Arbeiter Valentowicz, an der Abstimmung teilzunehmen. Da er fast gar kein Deutsch versteht, so mochte er wohl nicht wissen, um was es sich handelte, und der Glasmacher Handrefale versuchte dem Polen die Bedeutung der Abstimmung begreiflich zu machen. Handrefale soll nun durch eine Drohung den polnischen Arbeiter veranlaßt haben, den Stimmzettel auszufüllen. Zum besseren Verständnis der Sachlage sei bemerkt, daß Valentowicz Mitglied des Glasarbeiter-Verbandes und als solches verpflichtet war, an der vom Verband beschlossenen Abstimmung teilzunehmen, wobei es ihm natürlich freistand, ganz nach Belieben entweder für oder gegen den Streik zu stimmen. Der Vorgang zwischen Handrefale und Valentowicz kam durch den letzteren zur Kenntnis der Fabrikleitung und durch deren Veranlassung zur Kenntnis der Polizei und dann vor das Schöffengericht, welches in der Handlungsweise Handrefales eine Drohung im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung erblickte und denselben zu einem Monat Gefängnis verurteilte. Die Drohung bestand darin, daß H. dem V. sagte, er halte sich ohne genügende Kopiere in Deutschland auf, und wenn diese Thatsache zur Kenntnis der Behörde gebracht werde, dann müsse er Deutschland verlassen, ob er nun streike oder nicht.

Angenommen, dies sei eine Drohung, so sollte dieselbe den V. doch nur veranlassen, an der Abstimmung — nicht an dem Streik — teilzunehmen. Die Voraussetzungen des § 153 der Gewerbeordnung liegen somit nicht vor. Offenbar wird das von der Verurteilung an die der Verurteilte sich wenden will, getürdigt werden.

Ausland.

Die Angestellten der Strassenbahn in Kopenhagen haben am Dienstagmorgen in ihrer Generalversammlung beschlossen, am 1. November auf sämtlichen Linien der Aktiengesellschaft „Die Kopenhagener Strassenbahnen“ in den Streik zu treten. Veranlassung hierzu gab die Entlassung von 24 Angestellten. Ursprünglich hatte die Gesellschaft 60 Angestellten gekündigt. Auf Veranlassung der Kommunalverwaltung, die ein kontrollfähiges seltgeleitetes Beaufsichtigungsrecht auch über die Arbeitsverhältnisse bei der Strassenbahn hat, mußten 34 dieser Kündigungen zurückgezogen werden. Man glaube allgemein, daß damit der Konflikt beigelegt sei. „Socialdemokraten“ nennt den Streikbeschlusse einen Abbruch.

Die Bergarbeiter von Südb-Wales — so meldet Wolffs Telegraphenbureau unter dem 31. Oktober — haben beschlossen, drei Tage lang die Arbeit einzustellen. Die Vereinigung der Bergwerkbefehrer von Cardiff hat infolge dessen gestern den Beschluß gefaßt, die einzelnen Arbeiter sowie den Verband der Bergarbeiter von Südb-Wales und den Verband der Bergarbeiter von Großbritannien gerichtlich zu verfolgen. 100 000 Arbeiter werden heute die Arbeit einstellen. Man glaubt, daß infolge dieser dreitägigen Arbeits-einstellung 400 000 Tonnen Kohle weniger produziert werden. Der Preis der Kleinkohle steigt in Voraussicht dieser Abnahme der Kohlenproduktion beträchtlich.

Da die Arbeitseinstellung, für welche die vorstehende Meldung keinen Grund angiebt, von vornherein auf drei Tage bemessen ist, so haben die betreffenden Arbeiter, für die die „gleitende Lohnskala“ gilt, wahrscheinlich die Absicht, durch Einschränkung der Förderung ein Sinken des Kohlenpreises und damit eine Herabsetzung ihrer Löhne zu verhindern.

Todes-Anzeige.

Allen Parteigenossen und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine Frau Minna Schröter geb. Schönefeld nach schweren Leiden sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet Sonntag nachmittag 3 Uhr, vom Kronenbadeplatz aus statt. 1532b Die trauernden Hinterbliebenen Bernhard Schröter nebst Kind.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungshilfe Berlin. Todes-Anzeige. Am 29. Oktober starb unser Mitglied, der Metallarbeiter Adolf Heinze im Alter von 60 Jahren. (121/70) Ihre treuen Anbeter! Die Beerdigung findet statt am Freitag, den 1. Nov., nachm. 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses am Urban aus, nach Mariendorf. Keine Beerdigung erwartet. Berlin, den 1. November 1901 Die Ortsverwaltung.

Am 29. Oktober entschlief sanft mein Mann, der Metallarbeiter Paul Klingelhöfer gen. Peter. Die Beerdigung findet Sonntag, 3. November, nachm. 3 Uhr, auf dem Seltigens-Sträßchen in Mariendorf statt. Auguste Klingelhöfer geb. Krause.

Berein socialdemokratischer Gast- und Schankwirte Berlin und Umgegend. Am 30. Oktober ist nach längerem Leiden die Frau unser Mitglied, Rosleggen Mar Logan, Frau Bertha Logan.

Die Beerdigung findet am Sonntag nachmittag 1 1/2 Uhr von der Halle des Central-Friedhofs in Friedrichs-felde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand. 70/2

Statt jeder besonderen Meldung die traurige Nachricht, daß meine innigstgeliebte Frau und Mutter Bertha Logan

geb. Beler, verstorben. Folgt nach schwerem Leiden am Mittwoch früh 10 1/2 Uhr verstorben ist.

Dies geht tiefbetruft allen Freunden und Bekannten an 26773 Max Logan.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 3. November, nachm. 1 1/2 Uhr, von der Halle des Central-Friedhofs in Friedrichs-felde aus statt.

Für Maurer, welche sich im Lehren, Unterrichten sowie allen technischen Berufen etc. zum Vollen ausbilden wollen, bietet sich günstige Gelegenheit, an dem Winterkurs (Abendstunden und Sonntag) teilzunehmen. Carl Karras, Maurermeister, 26662 Busselstr. 71.

Orts-Krankenkasse für das Bierbrauer-Gewerbe zu Berlin. Am 30. Oktober verstarb plötzlich nach achtjähriger Tätigkeit der Kassendeckner 15-12 Herr Michael Seischab. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 3. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Koenen-Rydsdorfer Kirchhofs in der Rudowstraße aus, statt. Der Vorstand. J. A.: Otto Wolf, Vorsitzender.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**

Freitag, 1. November.  
**Cyrenhaus.** Samson und Dalila. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schauspielhaus.** Der kommende Mann. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues Opern-Theater (Kroll).** Geschlossen.  
**Schiller.** Die Braut von Messina oder: Die feindlichen Brüder. Anfang 8 Uhr.  
**Deutsches.** Johannes. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Berliner.** Nacht und Morgen. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Leipzig.** Haus Rosenhagen. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Residenz.** Die Wildente. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues.** Das Enig-Weibliche. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Deutsches.** Der Jägerbaron. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Secessionstheater.** Dassel Villen-ronde Bunte's Dreil. Anfang 8 Uhr.  
**Central.** Die Puppe. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Thalia.** Ein tolles Geschäft. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Luisen.** Maria Stuart. Anfang 8 Uhr.  
**Carl Weisk.** Der Märchenbrunnen. Anfang 8 Uhr.  
**Friedrich-Wilhelmsstädtisches.** Die Sandkammer. Anf. 7 1/2 Uhr.  
**Welfen-Alliance.** Frey Reuter. Anfang 8 Uhr.  
**Casino-Theater.** Berlin W. Berlin N. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.  
**Metropol.** Spezialitätenvorstellung. Schön war's doch. Anfang 8 Uhr.  
**Apollo.** Spezialitäten-Vorstellung. Frau Emma. Anfang 8 Uhr.  
**Palast.** Spezialitäten-Vorstellung. Weibliche Barbier. Anfang 8 Uhr.  
**Passage-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.  
**Passage-Panoptikum.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** Taubenstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Ueber den Wolken.  
**Jubiläumstraße 57/62.** Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.

**Schiller-Theater**  
(Wallner-Theater).

Freitagabend 8 Uhr:  
**Die Braut von Messina**  
 oder:  
**Die feindlichen Brüder.**  
 Ein Trauerspiel mit Chören in 4 Akten von Friedrich Schiller.  
 Sonnabendabend 8 Uhr:  
**Jugend.**  
 Sonntagnachmittag 3 Uhr:  
**Helmat.**  
 Sonntagabend 8 Uhr:  
**Hans Hucklebein.**

**Sanssouci**

Kottbuserstr. 4 a.  
 Wiederanstreben von **Adolf Hoffmann.**  
 Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag **Hoffmanns Norddeutsche Sänger**  
 Nach jeder Sotree: Tanz. Anfang Sonntag 7 Uhr, von 5-7 Uhr Konzert. Entree 50 und 75 Pf. Wochentags Anfang 8 Uhr, Entree 30 u. 50 Pf. Wochentags Vereinsbüchets gültig und Tanz frei. Alle andern Tage bleiben die Bühle zu Festlichkeiten und Versammlungen frei.

**Urania.**

Tauben-Strasse 48/49.  
 Im Theater um 8 Uhr:  
**Ueber den Wolken**  
 Invalidenstr. 57/62.  
 Tägl. Sternwarte.

**Castans Panopticum.**  
 Friedrichstr. 165.  
**Horwarths wunderbare 6 Liliputaner**  
 mit ihren kleinsten Pferden der Welt und Pracht-Equipage!

**Central-Theater.**  
 Heute Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Die Puppe.**  
 Operette in 3 Akten von Audran.  
 Im zweiten Bilde Einlage: „Die freie Kette“, von Erik Neuber. Gefunden, gefungen von Wia Weiber.  
 Morgen, Sonnabend: Zum erstenmal in prächtiger Ausstattung: **Der Seekadett.** Operette in 3 Akten von Richard Genée. Im 2. Akt: Lebendes Schachspiel, dargestellt von 32 Kindern.

**Metropol-Theater.**  
**Schön war's doch!**  
 Gr. Berliner Ausstattungssoppe mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern.  
**Emil Thomas a. G.**  
**Joseph Josephi a. D.**  
**H. Bender. G. Kaiser.**  
**E. de Veré. Frid-Frid.**  
 Urmomische Parodie  
**Bender als Saharet!**  
 Anfang 8 Uhr.  
 Rauchen überall gestattet.

**Thalia-Theater.**  
 Dresdenstr. 72. Heute u. folg. Tage:  
**Ein tolles Geschäft.**  
 Große Ausstattungssoppe mit Gesang und Tanz in 4 Bildern. Paula Worm in 8 Verwandlungen. Guido Thielscher in 11 Verwandlungen. Fritz Holmarding als Wolzogen. Jankermann, Boß. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Carl Weiss-Theater.**  
 Große Frankfurterstr. 132.  
 Anfang 8 Uhr! Anfang 8 Uhr!  
 Revität.  
**Der Märchenbrunnen.**  
 Große Berliner Ausstattungssoppe mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Kurt Junge. Musik von Ad. Wäber. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**W. Noacks Theater.**  
 Brunnenstraße 16.  
**Maria Stuart.**  
 Trauerspiel in 5 Aufzügen von Friedr. v. Schiller.  
 Sonnabend:  
**Keine Vorstellung.**

**Apollo-Theater.**

Mit glänzender Ausstattung von Kostümen, Dekorationen und Lichteffekten.  
 Zum 3. Male:  
**König Aqua.**  
 Ausstattungs-Burleske in 1 Akt und 4 Bildern von Max Novack. Musik von Reinhold Ehrke.  
 Im 3. Bilde:  
**Grosses Ballet** unter Mitwirkung des Luftballetts **Grigolatis.** Original Mönchsguter Fischertanz.  
 Vollständig neues Spezialitäten-Programm. 8 Debuts.  
 Anfang 8 Uhr.  
**Theater Schall und Rauch.**  
 Unter den Linden 44.  
 Freitag, den 1. November 1901, abends 8 1/2 Uhr:  
**Neues Programm!**  
 In Vormundschaftssachen. Ein Gehelms. Don Carlos. Die Weber. Das Zahnweh.

**Passage-Theater.**  
 Heute, Freitag:  
**Premiere!**  
**Lotte Sebus.**  
**Marie Ellis.**  
**Ilka,** die lustige Schwiegermutter.  
**Die Egerländer.**  
 18 neue Nummern I. Rang.

**Palast-Theater**  
(früher Feen-Palast)  
 Burgstr. 22.  
 Direktion: Winkler u. Fröbel.  
 Das durchweg neue sensationelle **November-Programm.**  
 Um 9 Uhr. Novität. Um 9 Uhr.  
**Grossstadtzauber**  
 Ausstattungsburleske in Gesang in 2 Akten von W. Gerde, Musik v. K. Sommerfeld. Ballett-Arrangem. v. G. Schiebus. Neue Kostüme aus dem Atelier von H. Schaus.  
 Gugo Lustig. — Dir. Rich. Winkler.  
 Williams Circus. Wallenda-Truppe.  
 Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
 Sonnt. 7 Uhr.

**Reichshallen.**  
 Stettiner Sänger.  
 „Bosco“.  
 Meyss. Britton.  
 Anfang 8 Uhr.  
 Sonntag 7 Uhr.

**Freireligiöse Gemeinde**

(Zum Besten des Baufonds)  
**Sonntag, den 17. November 1901**  
**Kunter-Buntes-Theater!**  
 in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29.  
**Heber-Heberbreffl**  
 unter persönlicher Leitung des Direktors **E. von Ungezogen.**  
 Sämtliche Nummern des Programms sind von **Dichter-Fürsten** der Gegenwart und Vergangenheit! und werden dargestellt von den ersten Künstlern und Künstlerinnen der Zukunft.  
 (Ausgeführt ausschließlich von Kindern der Gemeinde.)  
 Dazu  
**Grosses Konzert**  
 vom **Berliner Sinfonie-Orchester**  
 unter persönlicher Leitung des Dirigenten Herrn **M. Fischer.**  
 Nachher:  
**GROSSER BALL.**  
 Anfang des Konzerts präzis 5 Uhr. Eintrittskarten 30 Pfennig, Kinder 15 Pfennig. Eintrittskarten erhalten Mitglieder an den bekannten Kassellen. — Abendkasse findet nicht statt. — Rauchen während der Vorstellung im Saal verboten! — Während der Vorzüge bleiben die Saaltüren geschlossen!

**Cirkus Renz-Konzert-Tunnel**  
 Karlstrasse.  
 Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige Spezialitäten. J. M. Hütt.  
 Sonntags 5 Uhr. Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

**Cirkus Busch.**  
 Freitag, 1. November, abends 7 1/2 Uhr:  
**Romischer Gala-Abend.**  
 Clown Waggi als Ringkämpfer mit seinem Gef. — Clown Daniels als Photograph. **Broses 5 Elefanten.** Die vorzüglichsten Kräfte. Zum Schluss: **Hio guet Brandenburg allewege.** Hr. Ritter u. Reiter-Schauspiel aus der furbrandens. Zeit zu Wasser u. z. Lande.

**Casino-Theater.**  
 Gottingerstr. 37.  
 Vollständig neues Programm.  
 In Berlin noch nie gegebene **erstklassige Spezialitäten**  
 Dazu auf dieselben Wunsch verlängert der Schläger **Berlin N. — Berlin W.**  
 Sonntagnachm. zu kleinen Preisen: **Die Grille.**  
 Montag: **Jubiläum.** 3. 50. Mal: Berlin N. — Berlin W.

**Cirkus Schumann**  
 Renz-Gebäude, Karlstrasse.  
 Freitag, 1. November 1901, abends präz 7 1/2 Uhr:  
**Große außerordentl. Vorstellung.**  
 Zum 21. Male:  
**A Travers Paris**  
 (Lauer durch Paris) mit dem Schlußact: **Nordseebad Scheveningen.**  
 Größte Ausstattungsburleske der Gegenwart in 8 Akten von René Louis und Marsan, Paris. Besondere Belustigung- und Wasser-Gefre.  
 Vorher: Ganz exquisites Programm und die neu engagierten Spezialitäten. Ferner Auftreten famill. Clowns und Auguste mit ihren für Berlin vollständig neuen Entrees u. Intermezzen. U. a. **Clown Adolf,** der Unverwundliche. — **Coco.** — **Razzoli.** — Original-Clown **Bojanowitsch,** der actionische Berliner. — **Freddy Fernandus.** — **Cottrell.** — **Tonitot** u. **Antoniet** etc. Dr. **Ad. Schumanns** neue Original-dressuren. Hr. **Stephans** Wunder-Stephanien. Sämtliche Tricks neu.

**Deutsche Konzerthallen.**  
 An der Spandauer Brücke 3. Vornehmst. Vergnügungsort! Täglich: **Internationale Konzerte.**  
 Spezialität: **Doppel-Vorstellung** von nur erstklassigen Kräften.  
**Special-Ausschank der Berliner Book-Brauerei.**  
 Vorzügliche Küche. Gut gepflegte Biere.  
 Zu kaufen gesucht: 20259\*  
**Protokolle**  
 der Socialisten-Kongresse: Mainz 1873, Koburg 1874, Gotha 1875, 1876, 1877, Witten 1880, Kopenhagen 1883 und andre ältere socialistische Bücher und Zeitschriften.  
**S. Calvary & Co.**  
 Berlin NW 7, Neue Wilhelmstr. 1.

**L. Löwenthal,** gegr. 1866.  
 Fabrik: Reichenbergerstr. 121.  
 Filiale: Jerusalemstr. 50 51.  
**Musik-Instrumente.**  
 Italien. Mandolinen.  
 Italienische Gitarren.  
 Bass-Gitarren, 8-, 10-, 12saitig.  
 Prim- u. Streich-Zithern.  
 Elege- u. Arion-Zithern.  
 Vorzögl. Konzert-Flöten.  
 Piccolos.  
 Clarinetten.  
 Glockenspiele.  
 Xylophone.  
 Becken, Meissner Porzellan-Okarinen, Tambourins, Castagnetten.  
 Anerkant billigste Preise.  
**Grösstes Lager Berlins.**  
 6 Schaufenster mit Neuheiten.  
 Detail-Verkauf zu Engros-Preisen.

**Hirschfleisch** 30, 40, 50, 60, 70, 80, 90, 100, 110, 120, 130, 140, 150, 160, 170, 180, 190, 200, 210, 220, 230, 240, 250, 260, 270, 280, 290, 300, 310, 320, 330, 340, 350, 360, 370, 380, 390, 400, 410, 420, 430, 440, 450, 460, 470, 480, 490, 500, 510, 520, 530, 540, 550, 560, 570, 580, 590, 600, 610, 620, 630, 640, 650, 660, 670, 680, 690, 700, 710, 720, 730, 740, 750, 760, 770, 780, 790, 800, 810, 820, 830, 840, 850, 860, 870, 880, 890, 900, 910, 920, 930, 940, 950, 960, 970, 980, 990, 1000.  
 Rehtulen u. Blätter.  
 Soßen - Kautschen.  
**Oberbruder Gänse 55, 58,**  
 auch andgeschlachtet.  
 Gähner, Enten, Tauben.  
**A. Mitschl, Dresdenstr. 61.**

**Charlottenburg.**  
**M. Scherberg** (24088\*)  
 Wilmersdorfer-Strasse 127,  
 Uhrmacher und Goldarbeiter.  
 Großes Lager von **Uhren und Goldwaren** zu außerst billigen Preisen.  
 Optische Artikel. Christlicher werden schmerzlos gesehen

**Goldwaren-Industrie Belmonte & Cie. Königstr. 46.**

Elektrischer Kraftbetrieb.  
 Grosshandel. — Export. — Versand nach allen Ländern.  
**Goldwaren • Uhren etc.**  
 Einzelverkauf Eingang A. und B.  
 In der sich den Verkaufsräumen anschliessenden Fabrik sieht man durch riesige Glaswände das Arbeiten der durch zwei elektrische Kraft-Motoren betriebenen Maschinen neuester Konstruktion, welche zur Herstellung von Goldschmuckwaren dienen.  
**14 kar. goldene Herrenketten** 20/1000 gestempelt, solide Panzerform, **Mk. 2 pro Gramm.**  
 Lange goldene **Damen-Uhrketten,** echt Gold, gesetzlich gestempelt, von **Mark 17,- an.**  
 Lange **Damen-Uhrketten,** Gold plattiert, von **Mark 3,- an.**  
 Für jede Uhr leisten wir  
**3 jährige schriftliche Garantie für guten Gang.**  
 Silberne Herren-Uhren von **Mark 9,- an.**  
 Goldene Herren-Uhren „ „ **25,-**  
 Goldene Damen-Uhren von **Mark 14,- an.**  
 „ „ m. Sprungdeckel **25,-**

Besichtigen Sie unsre über 30 Meter lange Auslage, enthaltend:  
**Juwelen • Goldene Ringe • Ketten • Moderne Schmuckgegenstände • Taschen-Uhren • Stand- und Wand-Uhren**  
 Silberne u. Alfenide-Schmuck- u. Tafelgeräte sowie sämtliche in die Gold-, Silber- und Uhren-Branche fallenden Artikel.  
**Preis und Qualität ist auf jeden Gegenstand deutlich aufgedruckt. — Bruchgold und Silber wird zu Kurspreisen in Zahlung genommen.**  
**Wichtige Information für den Einkauf von Juwelen, Uhren, Gold und Silberwaren.**

Die Garantie einer Taschenuhr, eines Juwels oder irgend eines Schmuckgegenstandes ist absolut wertlos, ausser sie wird von einer Firma von anerkannter Verantwortlichkeit und Integrität gegeben.  
 Viele Leute kaufen Schmucksachen von allerhand Gelegenheitshändlern von Hand zu Hand und meinen dann: „Es ist alles in Ordnung, ich habe deren Garantie.“  
 Unsere Garantie aber ist durch einen langjährigen Ruf gedeckt, denn grösseres Renommé bringt grosse Verantwortung mit sich.  
 Es gehören zwei Dinge zu „einem guten Kauf“ — Preis und Qualität.  
 Sieht man zu viel auf eines dieser beiden Dinge, dann kann man bei „einem billigen Kauf“ sehr schlecht fahren.  
 Denn das Notieren niedriger Preise, welche es den Kunden überlässt, anzufinden, dass sie minderwertige Qualität, schlechte Arbeit und Material repräsentieren, führt nicht zum Erfolg und gewinnt kein Vertrauen.  
 Wir haben durch Offerierung von strikt reellen Waren zu billigsten Preisen, zu welchen gute Qualitäten, gut gemacht, verkauft werden können, ein grosses Geschäft aufgebaut. Man kann sich darauf verlassen, dass die Waren so wie angegeben und von solcher Qualität und so hergestellt sind, dass sie empfohlen werden können.  
**Sonntags geöffnet 8-10 und 12-2.**

**Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.**  
Zahlstelle Berlin I.  
Sonntag, den 3. November cr., nachmittags 5 Uhr, im Lokal von Graumann, Rauchstraße 27:  
**Mitglieder-Verammlung mit Frauen.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. Referent: Genosse **Waldeck Hannasse.** 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 44/4  
Nach der Versammlung findet ein gemütliches Beisammensein statt. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich mit ihren Frauen zu erscheinen.  
**Die Ortsverwaltung.**

**Berein der Bauanschläger**  
Berlins und Umgegend.  
Sonntag, den 3. November, vormittags 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I:  
**Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vereinsangelegenheiten. 2. Verschiedenes.  
Neue Mitglieder werden aufgenommen. Mitgliedskarte legitimiert. Beiträge werden nur zwischen 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub>—11 Uhr angenommen.  
**Der Vorstand.**

**Achtung, Kabinenspanner u. Träger**  
Sonntag, den 3. November, nachmittags 3 Uhr:  
**Mitglieder-Verammlung mit Frauen**  
im Lokale des Herrn G. Jannaschik, Inselstr. 10.  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom letzten Quartal. 2. Vortrag des Genossen Walter über den Nutzen der Konsumvereine. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.  
Darauf: Gemütliches Beisammensein.  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.  
16485  
**Die Ortsverwaltung.**

**Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.**  
(Zahlstelle Berlin III.)  
Sonntag, den 3. November, vormittags 10 Uhr:  
**Mitglieder-Verammlung**  
im Lokal von Zimmermann, Badstraße 58.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag über Mißstände in unserem Beruf. 2. Diskussion. 3. Renouveau des ersten und zweiten Rosters. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Der wichtigsten Tagesordnung wegen erwartet pünktliches und zahlreiches Besuch.  
**Die Ortsverwaltung.**

**Tischler-Verein zu Berlin.**  
Sonntag, den 2. November, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr,  
im Lokal des Herrn Lipke, Melchiorstraße No. 15:  
**Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Herrn **Emil Rosenow.** 199/20  
2. Vereinsangelegenheiten.  
Sonntag, den 3. November, nachmittags 4 Uhr: Besuch der „Urania“, Landwehrstraße. Zur Aufführung gelangt: „Ueber den Wolfen“. Billets sind noch bei allen Vorstandsmitgliedern in der Versammlung zu haben.  
**Der Vorstand.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Heute Freitag, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr: 137/8  
**Sitzung der Orts-Verwaltung**  
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.  
**Konsum- und Produktiv-Genossenschaft Berlin-Kixdorf**  
(G. G. m. B. S.).  
**Heute Eröffnung**

**XI. Verkaufsstelle Stralauer Allee 20a.**  
Bisherige Verkaufsstellen:  
Berlin SO.: Bücklerstraße 31.  
" SO.: Falkensteinstraße 6.  
" O.: Stralauer Allee 20a.  
Kixdorf: Biethenstraße 31.  
" Hobrechtstraße 82.  
" Rosenstraße 4.  
Griß: Werderstraße 33.  
Trepow: Baumschulenstraße 36.  
Ober-Schöneeweide: Edisonstraße 4.  
Johannisthal bei Senftenleben.  
Steglitz: Schloßstraße 115.  
Demnächst werden Verkaufsstellen eröffnet in  
Groß-Lichterfelde: Dürerstr. 37.  
Berlin O.: Münchebergerstr. 32, am Rixdorfer Platz.  
Berlin (Moabit): Emdenerstraße 19 und in Friedrichsfelde.  
Aufnahmen werden in allen Verkaufsstellen entgegengenommen. Die Erlegung der Einschreibgebühr von 50 Pf. berechtigt zum Einkauf. Mitglieder-Anteil 30 Pf.  
Mitgliederzahl 3100. Die Genossenschaft arbeitet mit nur eigenem Kapital. 265/11  
**Der Aufsichtsrat. Der Vorstand.**

**Herren-Vortrag**  
Carl Bruckhoff, Friedrichstr. 10, über: „Sogenannte unheilbare Männerleiden“. Freitag, den 1. November, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.  
Nur Herren! (1487b) Eintritt frei  
**Dr. Schünemann,**  
Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9.  
Sprechstunden: 1/2, 12—1/2, 1/2, 6—1/2, 8.

**Herren-Anzüge, Paletots**  
nach Maß, eleg. Ausführung, 32 M. an  
**J. Kurzberg,** Landbergerstr. 13, parterre. 2658/8\*  
Empfehle allen Genossen mein  
**Lokal Bellealliance-Strasse 74a.**  
Achtungsvoll **Fritz Preuss.**

**Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin“.**  
Frühstunde fällt aus.  
Mittags punkt 1 Uhr: Kaffee mit Brantfurter- und Meiselerkräusen Gede nach Brantwürde (Mit-Landsberg). Zahlreiches Erscheinen unbedingt nötig. 13/8  
Auch werden die arbeitslosen Genossen gebeten, an diesem Tage sich beim 1. Fahrwart oder Genossen Stöckel zu melden. Guten Zweck halber.  
Donnerstag, den 7. November cr., **Versammlung** bei **Wierowich,** Andreadstraße 26.  
**Dr. med. Schaper**  
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. **Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.**  
Königsplatzstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

**Walzstrickler, Knäuelnd, für Blutarzt, Brustkrank, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2 Tonne; 3,50 exklusive. Nicht Flaschengast, Qualität entscheidet. Vorverkauferei Ringler Bernauerstraße 119. 134/2\***

**Herrn-Kragen,**  
rein leinen, garantiert 4 fach, sämtliche neue Façons, in allen Weiten Stück 15 Pf., so lange der Vorrat reicht.  
Geschlossene Kragen per Dutzend 3 M. u. 3 M. 50 Pf.  
Manschetten, prima, garantiert 4fach, 1/2 Dutzend 2,25 Mark, Oberhemden, Servietten, Krautwägen in größter Auswahl. Trikotagen, Strümpfe. Detailverkauf zu Engrospreisen. 2624 L.\*  
**Ernst Marcuse, Münzstrasse 23.**

Wegen drohenden  
**Abbruchs**  
des Hauses **Breite Strasse 20,** gegenüber dem Köllnischen Fischmarkt,  
löse ich mein seit 43 Jahren bestehendes Geschäft auf.  
**Gänzlicher Ausverkauf**  
der grossen Lager von  
**Crepischen Gardinen Portieren Steppdecken Schlafdecken Täufferstoffen**  
etc. etc.  
Verkauf von morgens 8 Uhr bis abends 8 Uhr nur gegen Kasse.  
Der **Ausverkaufspreis** ist auf jedem Gegenstand neben dem alten Preise mit Blaustift vermerkt.  
**A. Löwenthal**  
Breite Strasse 20  
Ecke Scharenstrasse.

# Kaufhaus Max Mannheim

Frankfurter Allee 89. **BERLIN.** Frankfurter Allee 89.

**Freitag, Sonnabend, Sonntag,**  
so weit der Vorrat reicht

**Ausnahme-Preise** bedeutend herabgesetzt  
für Damen- u. Kinder-Konfektion u. Knaben-Garderobe.

**Golf-Capes**  
Mk. 5,25 bis 7,50  
**Double-Jacketts**  
Mk. 5,50 bis 9,00  
**Blusen-Hemd**  
Mk. 1,75

**Homespun-Capes**  
Mk. 6,95 bis 10,50  
**Eskimo-Jacketts**  
Mk. 12,00 bis 16,50  
**Sammet-Blusen**  
Mk. 3,85

**Double-Capes**  
Mk. 7,50 bis 12,00  
**Mirza-Jacketts**  
Mk. 3,65, 4,15, 5,50  
**Seidene Blusen**  
Mk. 3,95

**Mädchen-Mäntel** \*

**Kinder-Mäntel** \*

**Mädchen-Sacco**

zu nie wiederkehrenden, sehr ermässigten Preisen.

**Kinder-Kleider**  
bedeutend ermässigt.  
**Matinees**  
aus Daunenstoff  
Mk. 6,50 u. 7,95

**Damen-Röcke**  
mit auslaufendem Volant  
**Homespun Cheviot**  
Mk. 5,85 Mk. 4,50  
**Morgen-Röcke**  
aus Daunenstoff  
Mk. 10,50

**Damen-Kleider**  
sehr chic und modern  
Mk. 15,00 bis 33,50  
**Pann-Blusen**  
einfarbig und gestreift  
Mk. 11,25 u. 12,50

**Knaben-Anzüge** \*

**Knaben-Paletots** \*

**Knaben-Hosen**

Um diese grossen Vorräte schnell zu räumen, sehr bedeutend im Preise herabgesetzt.



für Bitte ausgehen, man erhält auch zu billigen Preisen gute Sachen, wenn man die richtige Bezugsquelle kennt. (53944) Knabenblühde, 0,75-3 Pf. Herrenblühde, weiß 1,75-5,25, rot 2,00-5,25. Cylinderhüte, 4,00-12,00. Chapeaux claires, 8,00-10,00. im Einzelverkauf bei Arnold & Eggert, Süd-Engros-Geschäft, Waldeymarstr. 44, part., Kein Laden.

**Bühne 2 M.** 10 Jahre Garantie. Volkstümlich (Schmerzlos). Zahnziehen 1 Pf. Bomben 1,50 Pf. Zeißig 1 Pf. Zahnarzt Wolf, Sehligerstr. 130. Epr. 9-7.

**Möbel-Fabrik** u. Lager kompletter Wohnungs-Einrichtungen zu Fabrikpreisen - Eigne Werkstätten - empfiehlt **Julius Apelt, Skaltzerstr. 6,** am Kottbuser **Franz Reinfeldt, Gr. Frankfurterstr. 105,** Uhrmacher, Gr. Frankfurterstr. 105, empfiehlt sein Patent in Uhren und Goldwaren. Reparaturen billigt unter Garantie. 29012

**Puppen-Fabrik** Otto Kreyszig Brunnenstrasse 110, Laden und 1. Etage. **Grösstes Special-Geschäft für Puppen.** Geld! Wer Darlehen oder Doppelbrot sucht, ver-lange Prospekt von **H. Gittner u. Co.,** Hannover B. **Große Betten 12 M.** (Oberb. Unzerb. fert. Betten) mit gereinigtem neuen Federn mit Gutes Matras, Berlin S., Preis-klasse 46. Versandt in alle Teile. Anerkennungsgeld.

**II. Ziehung 4. Klasse 205. Kgl. Preuss. Lotterie.**

*(Ziehung am 28. October 1901, mittags. Nur die Gewinne über 232 Pf. sind den berechtigten Nummern in Klammern beigesetzt.)*

*(Oben Gewinne)*

74 195 236 338 (1000) 324 699 (1000) 714 70 870 88  
114 (1000) 271 291 628 467 2096 877 944 3006 385  
435 (500) 645 76 789 867 38 987 4297 73 301 635 734  
47 87 590 5149 338 75 494 167 (1000) 56 6208 22  
42 76 624 81 81 703 896 7121 88 229 75 384 (3000)  
91 591 987 932 34 8015 79 120 22 308 9199 237 634  
707 49

10319 56 442 506 98 600 54 61 763 877 988 92  
11039 (1000) 219 46 571 79 602 825 70 71 93 (1000)  
12095 123 94 252 (1000) 304 606 807 13007 788 346  
90 91 303 (5000) 682 96 789 (1000) 837 49 69  
14173 81 374 (1000) 485 69 702 819 (3000) 019 43 95  
15012 171 339 435 329 545 642 53 88 797 810 12  
16233 386 90 616 538 71729 235 436 92 921 18165  
80 498 715 43 94 824 925 19146 99 249 488 892 59 78

20000 86 145 234 49 347 457 502 96 73 75 634 747  
821 41 908 56 (1000) 84 89 21091 86 300 541 631 93  
701 83 75 859 982 22101 418 77 622 63 69 99 822  
30 91 980 23117 424 31 552 704 24037 139 49 90  
93 311 41 75 404 504 944 48 790 915 45 25093  
99 (500) 151 96 82 217 366 411 73 556 748 874 25121  
69 302 438 69 665 77 712 (500) 12 922 95 12 27026 286  
384 408 75001 520 704 817 803 69 28038 190 501 615  
734 29233 23 374 (500) 483 619 63 700 91 835 926 53

30015 48 84 122 335 484 87 542 617 727 88 898  
31014 65 77 104 239 40 88 99 434 544 637 53 978  
32144 89 331 478 819 (1000) 41 754 33099 103 323  
(5000) 52 97 454 575 58 646 829 24023 80 (500)  
223 34 61 304 617 897 870 85 (1000) 87 35092 136  
227 (1000) 43 336 80 801 628 62 94 736 87 92 914  
30090 111 305 98 99 495 612 83 719 971 37142 253  
371 18 61 177 700 815 38263 82 301 591 96 832 914  
30039 291 412 93 388 604 39 70 826 42 50 918

40019 90 94 120 65 79 426 41040 98 107 456 338  
71 797 8 45 48 97 832 (1000) 54 42004 104 394 447  
67 531 988 43064 67 108 233 388 596 637 884 41089  
146 283 (5000) 283 432 743 (1000) 854 84 48140 93  
211 12 68 406 537 (500) 55 (5000) 774 46084 335 509  
739 839 982 93 47302 985 48291 411 53 538 678  
(500) 42046 92 140 90 672 73 726 895 98

50078 88 281 397 410 697 743 888 51011 15 125  
48 285 342 (1000) 52152 107 294 69 94 941 53252 91  
382 440 696 30003 87 788 832 845 67 88 98 54032  
(10000) 60 103 213 29 302 70 99 671 797 55000  
(500) 144 204 36 429 506 81 82 637 56 61 750 (500)  
923 84 56192 447 85 011 26 94 706 69 811 78 57081  
90 182 96 367 609 (500) 05 834 833 80 68112 28 96  
245 153 35 457 602 3 691 816 988 59199 228 38 46  
648 983

60079 (3000) 168 93 214 315 44 455 (1000) 95  
61303 458 60 (500) 763 62012 198 236 71 701 459  
15001 565 66 685 856 63068 88 (1000) 172 205 313  
462 655 87 992 950 (5000) 64507 37 (500) 41 89 65008  
258 328 162 530 71 761 (1000) 951 66224 416 (500)  
605 72 74 86 835 88 67013 58 150 279 609 832  
68281 (3000) 457 841 (500) 635 65 833 69035 167  
94 385 99 479 514 778

70047 179 366 539 98 691 71010 406 693 782 972  
72037 201 329 363 403 533 79 683 705 7 42 95 821  
130001 73 930 73051 71 260 396 97 494 566 731  
74006 65 81 138 315 545 672 790 82 926 75919  
92 129 29 89 431 43 619 (500) 66 (1000) 739 (500) 22  
130004 962 76118 28 205 72 481 706 77007 72 234  
79 69 299 447 695 (1000) 775 85 811 (1000) 33 82  
78074 203 312 401 373 637 (3000) 636 80 89 70132  
232 89 381 445 335 606 86 739 940 47

80028 255 413 516 622 754 866 989 81299 302 39  
39 73 555 724 826 943 822176 78 88 531 (1000) 797 832  
991 83401 542 708 396 84405 68 702 29 48 858 59  
83035 188 412 58 301 41 645 86 733 808 86 944 86600  
9 249 334 559 609 9 51 87010 181 390 354 462 327 66  
636 41 83 885 982 88108 (5000) 343 630 80 89 938  
80008 101 269 421 33 64 823 941 779 973

90064 430 580 638 728 80 828 84 98 91072 107 29  
289 325 428 84 577 600 781 824 979 92174 205 (500)  
73 (500) 84 338 89 415 628 717 61 859 903 56 98 93094  
284 319 (500) 22 (500) 93 465 773 888 94187 300 42  
51 67 70 81 335 638 98 876 95448 540 45 47 629 65 756  
90005 447 64 821 48 52 646 (3000) 812 85 944 45 97306  
247 642 694 745 78 98021 71 (3000) 139 (500) 249  
90 236 88 (3000) 454 586 701 38 04 994 99222 388 94  
408 789 863 904

100005 80 223 454 585 692 730 36 99 936 81 101927  
33 78 192 304 10 352 68 467 84 548 941 (500) 795 102074  
333 408 605 915 103009 399 408 44 642 729 64 889 62  
(3000) 892 61 82 (500) 104007 192 98 378 448 679 815  
28 983 92 105165 297 317 433 (500) 52 84 90 591 617  
82 860 912 105612 48 974 107028 70 142 63 85 (500)  
352 68 462 706 891 91 108000 429 676 99 617 9 725  
32 836 109008 195 98 353 489 835 (500)

110176 354 69 402 34 693 835 (800) 92 111005 12  
19 246 51 634 768 88 815 112929 78 139 263 70 404  
34 534 714 113007 199 331 71 407 (500) 524 36 615 22

**II. Ziehung 4. Klasse 205. Kgl. Preuss. Lotterie.**

*(Ziehung am 28. October 1901, mittags. Nur die Gewinne über 232 Pf. sind den berechtigten Nummern in Klammern beigesetzt.)*

*(Oben Gewinne)*

67 704 114191 635 820 49 62 (500) 99 115097 381  
995 889 116083 (3000) 143 317 590 636 826 67 940 52  
117012 (500) 223 936 118046 58 81 180 81 345 677  
765 896 938 (1000) 119129 51 617 707 43 75 893 45

120099 104 22 30 68 294 420 95 535 684 97 761  
121070 206 304 38 583 676 898 (3000) 932 83 122304  
476 644 81 739 805 908 68 123003 (500) 59 123 217 39  
620 788 917 54 (500) 124071 87 332 73 509 74 604 17  
50 750 872 81 125080 103 68 339 412 63 501 611 751  
(1000) 71 840 126126 82 252 370 727 805 982 (1000)  
127064 184 (500) 96 474 588 617 48 703 74 994 128094  
235 376 89 619 (1000) 822 (1000) 24 984 129011 45 63  
224 399 829 82 671

130431 62 73 626 703 (1000) 934 (5000) 131194  
231 499 657 797 836 989 92 132120 27 88 323 88 404  
594 26 00 999 133288 627 735 134062 122 44 257 76  
79 304 52 463 546 629 794 135078 304 635 69 716 50  
871 94 47 136070 112 41 282 349 67 432 65 99 699 863  
137112 53 450 623 78 774 814 138093 112 110027 2  
200 (500) 512 837 28 901 139090 405 73 (500) 650 825  
140096 92 300 88 94 654 (1000) 67 82 99 723 (500)  
866 141223 32 300 49 623 63 (5000) 142555 632 61 811  
85 143004 305 36 (1000) 539 63 683 772 803 86 144099  
237 814 835 56 616 (3000) 737 145080 233 24 44 91  
508 (500) 642 888 (5000) 940 84 146008 366 96 441  
620 21 91 (3000) 911 64 79 147037 708 60 65 225 53 61  
464 506 715 148027 138 245 384 405 556 670 782  
140102 317 31 451 658 845 (1000) 73 990 71

150001 46 177 96 239 306 65 875 151132 45 75  
218 27 88 396 761 877 87 152155 67 446 85 533 867  
961 66 89 153126 51 238 (1000) 333 705 812 23 87  
154126 518 904 97 (1000) 726 (500) 74 890 79 933  
79 155024 307 21 467 83 580 68 682 762 85 156151  
212 19 37 64 88 412 687 742 82 157330 418 88 158069  
(500) 82 200 482 675 731 924 159002 37 118 448 81  
368 628 61 85 97 714 53 91 806 (1000) 88 65 (1000) 72

160337 65 71 89 112 61 327 88 779 889 969 161234  
91 332 62 974 94 628 710 32 90 968 162222 935 735  
49 54 808 97 163026 182 315 117 425 556 696 748 911  
164046 173 294 311 493 779 898 882 165051 258 66  
411 500 (1000) 655 89 746 65 (1000) 72 166071  
94 501 235 83 322 77 429 56 597 (500) 913 167036  
44 65 (5000) 192 262 676 825 906 168012 50 55 (500)  
158 91 (500) 290 500 623 774 (1000) 80 899 169000  
162 219 333 779 477 607 676 834

170101 22 277 319 462 856 (500) 908 59 171067  
228 333 856 (1000) 622 172071 129 561 677 717 835  
53 941 173159 76 756 73 874 174709 25 36 69  
175017 164 243 76 573 877 925 (500) 176001 75  
169 222 (500) 82 847 519 27 83 91 670 713 24 39 949  
(500) 94 177664 73 459 531 62 666 721 77 857 178006  
169 9 719 308 438 754 179001 89 97 98 307 25 66 476  
640 50 817 (1000) 33 631 88 66

180027 92 178 297 329 50 97 620 629 (3000) 44  
56 87 818 (3000) 938 181006 226 388 567 757 182083  
195 (3000) 250 612 56 98 888 (1000) 183040 72 186  
95 340 608 703 63 870 (1000) 96 (5000) 99 934 184044  
184 260 339 185105 33 234 41 42 59 338 34 96 95  
626 70 6 802 186010 49 240 94 325 50 415 502 27 854  
187012 152 273 354 495 590 689 751 188065 236  
365 440 531 736 820 189157 440 533 627 757 829 937  
190079 (500) 150 63 483 597 636 53 801 30 84  
191003 44 132 (500) 281 347 68 631 (1000) 62 756  
49 (500) 863 90 852 192852 271 320 352 821 193006  
101 33 206 (500) 9 22 76 206 711 14 32 87 917 (1000)  
194123 206 505 781 195108 27 83 217 80 539 48 694  
98 734 196631 (500) 54 117 26 308 519 20 24 79  
683 93 727 (500) 851 197079 274 343 408 526 612 731  
844 375 198296 501 721 (500) 936 199049 646 50  
624 723 805 14 797

200027 194 797 815 201181 362 455 61 768  
202000 74 327 31 464 616 52 65 (500) 726 63 (500)  
881 (500) 59 203031 (500) 135 (3000) 246 338 56 57  
204041 238 (3000) 69 499 668 77 205138 (3000) 266  
12 (3000) 766 91 63 97 913 88 90 206004 51 74 334  
67 427 87 706 31 814 53 955 (300) 207059 107 40 48  
89 257 93 308 509 644 708 879 208053 (3000) 151 205  
430 80 508 868 61 910 63 209157 374 442 629 79 828  
34 76 (1000)

210000 110 203 66 82 336 (1000) 514 727 847  
211075 97 206 62 394 426 75 84 89 88 614 755 1007  
88 848 82 212901 41 147 90 473 788 867 213183 84  
209 21 (500) 28 34 12 (1000) 453 582 99 802 214002  
56 89 292 366 457 (1000) 618 754 877 963 215005  
247 328 694 871 999 216032 312 64 89 512 611 67 906  
(3000) 949 217021 226 92 341 497 326 61 723 936  
218007 106 45 599 604 84 881 219034 71 206 (1000)  
462 38 741 43 962

220003 485 536 55 96 638 726 49 870 (3000) 941 74  
37 221014 34 87 264 308 (500) 419 909 93 222099  
30 61 314 553 702 18 335 38 75 628 223439 45 528  
46 601 (500) 7 15 865 74 639 87 224038 64 (500) 149  
69 90 259 594 636 43 809 94 882

*Im Gewinnliste verzeichnet: 1 Gewinn in 500 000 Mark,  
1 in 200 000 Mark, 3 in 100 000 Mark, 1 in 100 000 Mark,  
2 in 50 000 Mark, 6 in 25 000 Mark, 21 in 10 000 Mark,  
81 in 5000 Mark, 484 in 2000 Mark, 669 in 1000 Mark, 1297 in  
500 Mark.*

**II. Ziehung 4. Klasse 205. Kgl. Preuss. Lotterie.**

*(Ziehung am 28. October 1901, mittags. Nur die Gewinne über 232 Pf. sind den berechtigten Nummern in Klammern beigesetzt.)*

*(Oben Gewinne)*

4 (5000) 124 314 413 37 (500) 879 111 477 536  
(500) 45 875 900 2017 42 138 (1000) 283 308 40 421  
522 48 615 (500) 746 3008 195 323 92 526 724 823  
64 82 851 88 74 4054 183 387 362 708 818 914 73  
97 5037 93 595 76 888 71 83 922 95 6080 255 99  
396 448 571 (500) 663 860 7010 68 83 265 66 91 383  
488 881 717 8197 255 356 77 (1000) 728 (500) 69  
832 44 9037 108 303 403 663 761 870 901 (3000) 79 (500)  
10181 399 433 69 389 672 772 890 919 11693  
162 67 237 411 658 729 (500) 949 12205 539 81  
77 134 64 56 272 (1000) 96 384 466 582 624 785  
872 99 14128 288 424 641 70 779 926 15385 582  
(500) 664 733 845 46 (1000) 927 16169 276 419 55  
57 61 699 955 17345 69 98 877 683 734 18406 617  
93 19448 513 (1000) 726 890

20012 29 33 308 (1000) 446 524 30 83 639 95  
21003 301 49 479 707 909 83 22211 13 33 (500)  
87 462 (1000) 754 812 (1000) 23899 189 (3000) 210  
509 750 863 97 24283 397 491 506 86 757 (1000)  
874 25018 315 539 716 938 40 26172 518 21 49  
57 99 629 728 82 802 38 59 982 27167 (3000) 433  
759 91 633 28910 237 328 82 539 682 870 29042  
235 347 91 605 15 26 74

30004 124 424 (3000) 520 21 32 51 696 717  
31183 (30000) 250 81 (1000) 566 621 32 321213  
249 48 61 82 304 27 455 512 64 33178 (500) 291  
(500) 324 671 88 735 831 34010 19 146 269 379 510  
29 94 626 743 977 35094 254 391 535 509 929  
35 (500) 36096 (1000) 112 14 43 200 50 85 317 414  
707 38 85 803 10 980 96 37124 83 405 324 50 81 618  
82 97 994 (500) 81 927 76 38022 69 156 94 223 433  
512 26 847 900 39199 223 26 355 69 406 55 627 762  
314 88

40005 206 42 320 645 93 783 811 59 41165 70  
370 509 179 824 949 42035 36 109 296 (15000)  
301 (500) 457 59 531 908 67 (1000) 43098 164 225  
41 291 689 832 58 337 44098 184 98 357 572 282  
79 732 323 39 45334 941 46698 200 889 (500) 646  
47 740 801 924 24 26 38 51 47174 229 52 250 494 321  
85 48322 163 307 (1000) 488 588 614 829 49200 396  
(500) 481 53 696 656 748 991

# Arbeiter, Handwerker, Parteigenossen!

Agitiert mit ganzer Kraft für einen Sieg der **Socialdemokratie** bei den am **Mittwoch, den 6. November**, erfolgenden **Stadtverordneten-Wahlen**. Es gilt dem auf der Ungerechtigkeit des Dreiklassen-Wahlsystems beruhenden Freisinn für seine schmähliche Vernachlässigung der socialen Pflichten einen Denkfzettel zu geben, es gilt ihn daran zu erinnern, daß es im kommunalen Leben der Reichshauptstadt noch andres zu thun giebt, als Reverenzen nach oben zu machen und die Interessen der Geldsacks-Privilegierten zu fördern. Parteigenossen! Müht die Säumigen auf, belehrt die Unentschiedenen, damit der Wille des arbeitenden Volkes am nächsten Mittwoch so imponierend, wie es unter dem Dreiklassenwahl-Unrecht möglich ist, zur Geltung komme!

## Berliner Partei-Angelegenheiten.

**Zweiter Wahlkreis.** Die Mitglieder des Wahlvereins können heute ab in den Wahlstellen die Protokolle über die Verhandlungen des Parteitag zu Läden gratis in Empfang nehmen, sofern sie für Monat November den Beitrag gezahlt haben.

**Sechster Wahlkreis.** Den Parteigenossen zur Nachricht, daß am Sonntag früh 8 Uhr eine Flugblatt-Verbreitung stattfindet. Die Genossen wollen sich in folgenden Lokalen einfinden: Für Moabit bei Johann Parr, Buttlischtr. 10. Gefundenbrunn bei Brinmann, Prinzen-Allee 21; Gustav Herrmann, Putzmeister 45. Rosenthaler Vorstadt bei Rosa, Ruppinerstr. 42; Wachgänger, Schweinminderstraße 24. Schönhauser Vorstadt bei Richard Augustin, Schönhauser Allee 73, und in allen bekannten Lokalen. Die Vertrauensleute des sechsten Kreises: S. Raschke.

**Charlottenburg.** Sonntag früh 7 1/2 Uhr findet zu den Stadtverordneten-Wahlen eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen und Genossinnen werden gebeten, sich frühzeitig und zahlreich einzustellen. Die Flugblätter sind in Empfang zu nehmen: 1. Bezirk: Bache, Potsdamerstr. 44; 2. Bezirk: Leder, Bismarckstr. 74; 3. Bezirk: Kant, Charlottenburger Ufer 2; 4. Bezirk: Dörre, Ballstr. 90; 5. Bezirk: Percid, Seidenmeisterstr. 1; 6. Bezirk: Fischer, Pestalozzistr. 84; 7. Bezirk: Röttger, Leibnizstr. 8; 8. Bezirk: Drelow, Ansbacherstr. 31.

## Tokales.

### Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Die Biermark-Steuer bleibt — das war das Ergebnis der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung. Nach zweieinhalbstündiger, heftiger Debatte hat die Versammlung in namentlicher Abstimmung mit 57 gegen 56 Stimmen den Beschluß gefaßt, der Magistratsvorlage, die die Nichterhebung der Biermark-Steuer forderte, ihre Zustimmung zu verweigern. Die um Cassel, Jacobi usw. diesen die einmal fast allein den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, diesen allem socialen Empfinden hohnsprechenden Beschluß doch noch einmal durchgedrückt zu haben. Die Redeschlacht war besonders dadurch bemerkenswert, daß der Vertreter des Magistrats, Stadtrat Loubis, der unsocial denkenden Mehrheit der Versammlung für die Herr Wallach das Wort führte und in beamer Weise auf die Arbeiter (Schimpfe) mit einem Freimut die Wahrheit sagte, wie man das bisher von dieser Stelle aus noch nicht gehört hat. Wie vortrefflich die Hiebe sahen, die er ausstellte, das bewies die Mut, mit der sich Herr Cassel nachher gegen ihn wandte. Von socialdemokratischer Seite sprach für die Vorlage Genosse Bruns, der die Härte und Ungerechtigkeit dieser Steuer geißelte. Herr Cassel veruchte übrigens in seiner gegen Stadtrat Loubis gerichteten Erwiderung unter anderem auch unseren Genossen Singer anzukempfen, wurde aber von Singer wirksam abgefeuert. — Auf den Beschluß, den der Kommunal-Freisinn gestern gefaßt hat, wird die Berliner Bevölkerung am 6. November die Antwort geben. Sie wird eingedenk sein der von Herrn Cassel mit erhobener Stimme abgegebenen Erklärung, es liege in der freisinnigen, fortschrittlichen Tradition, daß in der Gemeinde dem, der Rechte hat, auch Pflichten obliegen. Herr Cassel und seine Leute achten das, was die werksfähige Bevölkerung durch ihre Arbeit zum Nutzen ihres Gemeinweins beiträgt, für nichts und wollen nur dem das Recht des „Mitratens“ geben, der durch Zahlung von Steuern „mitbaten“ kann. Mit einer an Cynismus grenzenden Offenheit ist hier wieder einmal von einem Führer des Freisinn selber zugegeben und festgestellt worden, daß socialles Empfinden vor dem freisinnigen Prinzip halt zu machen habe.

Die diesjährigen Stadtverordnetenwahlen fördern die ergötzlichsten Dinge zu Tage, namentlich in der zweiten Abteilung. Hier wird bei der Wahl nicht über Prinzipien entschieden, vielmehr handelt es sich im gutsinnierten „Mittelstand“ nur um persönliche Zwistigkeiten der Kandidaten. Die freisinnigen um Jacobi haben aber doch einen schweren Stand. Ihnen ist infolge der Wahlreform, die für die dritte Abteilung nur eine geringe Bedeutung hat, ein Wegner in den Grundbesitzern erwachsen, die in ihrer Habgier ihre Interessen bis jetzt immer noch zu wenig in der Stadtverordneten-Versammlung gewahrt glauben. Was Geistes Kinder die Kandidaten sind, die sich da den Wählern offerieren, geht aus einem persönlichen Aufschreiben hervor, das in der zweiten Abteilung des 6. Wahlbezirks verbreitet wird. In dem Schriftstück sagt der Kandidat von sich:

„Ich werde mit der Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung für die Aufrechterhaltung aller Rechte der freien Stadtvertretung auf dem Boden der Verfassung sein; aber ich werde auch für jedes mögliche ehrenvolle Einvernehmen mit der Regierung eintreten, das die Interessen der Stadtverwaltung wahrt. Ich werde nie Seiner Majestät dem Könige die schuldige Achtung und Ehrerbietung versagen, auch dann selbstverständlich nicht, wenn ich, z. B. in Kunstfragen, anderer ästhetischer Ueberzeugungen bin, als Seine Majestät.“

Diese Auffassung von dem Wesen einer „freien Stadtvertretung“ wird allerdings gleich einigermaßen verständlich werden. War doch der sich so empfehlende Kandidat Redacteur der „Deutschen Tageszeitung“!

**Frauen in den Lesehallen.** Die städtischen Lesehallen werden von Frauen im allgemeinen nur selten besucht. Im Jahre 1900/01 hatten die sechs Lesehallen im ganzen 60 700 Besucher. Darunter waren 2513 weibliche Personen, im Durchschnitt aller Lesehallen war also erst jeder 24. Besucher weiblich. Für die einzelnen Lesehallen stellt sich aber das Verhältnis sehr verschieden. So wurden in der 2. Lesehalle (Meyers-Str.) unter 20 064 Besuchern nur 487 weibliche gezählt, hier war mithin erst jeder 43. Besucher weiblich. Weiblich war das Verhältnis in der 1. Lesehalle (Möhrenstraße), wo von überhaupt 15 838 Besuchern 442 weiblich waren, also erst jeder 36. Besucher. Dagegen waren weiblich: in der 4. Lesehalle (Glogauerstraße) von 6475 Besuchern 268, d. h. jeder 24. Besucher; in der 5. Lesehalle (Dunderstraße, erst am 13. November 1900 eröffnet) von 3205 Be-

suchern 162, d. h. jeder 20. Besucher; in der 3. Lesehalle (Wilmsstraße) von 11 072 Besuchern 840, d. h. jeder 13. Besucher; in der 6. Lesehalle (Möhlendammstraße, erst am 30. November 1900 eröffnet), von 3146 Besuchern 314, d. h. jeder 10. Besucher. Immerhin kamen aber selbst in denjenigen Lesehallen, die sich durch einen ungewöhnlich hohen Anteil des weiblichen Geschlechts an der Gesamtzahl der Besucher auszeichnen, auf den Tag durchschnittlich nur 2—3 weibliche Besucher.

Das Polizeipräsidium beabsichtigt, zur besseren Ueberwachung der sogenannten Haltefrauen, d. h. derjenigen Frauen, die fremde Kinder unter 4 Jahren gegen Entgelt, d. h. einmalige oder dauernde Zahlung von Unterhaltsbeiträgen, in Pflege haben, vorläufig zehn Helferinnen mit einem Jahresgehalt von je 500 M. anzustellen. Die hauptsächlichste Aufgabe einer solchen Helferin würde darin bestehen, jede in dem ihr überwiesenen Bezirke wohnhafte Haltefrau in bestimmten Zwischenräumen zu besuchen und dabei vorgefundene Missethate, zum Beispiel unzureichende Pflege des Haltekindes usw., dem Polizeipräsidium zur Anzeige zu bringen. Gebildete, rüstige Damen, nicht über 40 Jahre alt, die sich um eine dieser Stellen bewerben wollen, mögen sich unter Einreichung eines selbst geschriebenen Lebenslaufes schriftlich an Abteilung IIa des Polizeipräsidiums wenden. Nähere mündliche Auskunft in dieser Angelegenheit wird werktäglich vormittags zwischen 11 und 1 Uhr auf Zimmer 277 des Polizeipräsidiums (2. Stock) erteilt.

Das Abspringen von den Straßenbahnwagen. Aus dem Bureau der Straßenbahn erhalten wir folgende Zuschrift: Am 28. d. M. abends verunglückte ein junger Mann beim Abspringen von einem in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen und zog sich eine so schwere Gehirnerschütterung zu, daß er kurze Zeit darauf starb. Dieser durch eigene Unvorsichtigkeit verursachte Unglücksfall veranlaßt uns, darauf hinzuweisen, daß sich ähnliche Fälle, wenn auch zumeist mit weniger traurigem Ausgang, immer häufiger wiederholen. Wir möchten erneut auf die Gefährlichkeit des Abspringens während der Fahrt aufmerksam machen; schon beim Pferdebetriebe war dies nicht unbedenklich, beim elektrischen Betriebe sollte es aber womöglich ganz unterlassen werden. Keinesfalls sollte man von einem Vorderperson oder von einem Wagen abspringen, hinter dem noch ein Anhängerwagen kommt. — Eine große Reihe von Unglücksfällen könnte dann vermieden werden.

Wenn die Straßenbahn-Direktion hier den Tod des jungen Lindenbaum im Auge hat, über den wir gestern berichteten, so scheint sie im Irrtum zu sein. Denn wie gemeldet wurde, soll Lindenbaum nicht beim Abspringen verunglückt sein, sondern dadurch, daß er beim Stößen des Wagens aus Pfaster geschleudert wurde. Bei alledem ist die Warnung der Direktion natürlich angebracht.

Die Zahl der Opfer der „Großen Berliner“ ist im Oktober wieder erheblich gestiegen. Totgefahren wurden 3 Personen, gegen eine im Vormonate, während die Zahl der Schwerverwundeten nicht weniger als 19 beträgt gegen 13 im September. Unter den Schwerverwundeten befinden sich ein Straßenbahn-Schaffner, ein Straßenreinger und ein Schutzmann. Wagenbrände und Drahtbrüche sind im Abnehmen begriffen, indes die Zusammenstöße von Straßenbahnwagen untereinander oder mit andern Fahrzeugen noch immer nahezu täglich vorkommen. Die Hoffnung, daß sich der Straßenbahn-Betrieb glatter abwickeln wird, wenn erst „alles elektrisch“ ist, hat sich als trügerisch erwiesen, denn obwohl nur noch einige wenige Pferdebahnen kursieren, gab es mehrfach im Straßenbahnverkehr Betriebsstörungen größeren Umfangs. Diese waren zum Teil durch Zusammenstöße hervorgerufen, teils durch Reiben von Leitungs- oder Drahtstrahlen von Telephondrähten, in einem Falle auch durch Brand des Hauptspeiselaßels verursacht. Mit dem Anbringen der Schutzvorrichtungen geht es nur sehr langsam vorwärts.

Zur Affaire Jacobi. Herr Stadtverordneter Rechtsanwalt Marggraf teilt hiesigen Blättern mit, daß in einem (von uns nicht abgedruckten) Bericht über eine Versammlung des Vereins Franz Piegler vom Montag eine wesentliche Unrichtigkeit enthalten sei. Er, Marggraf, habe ausdrücklich hervorgehoben, daß sich Herr Jacobi bei der Beratung im Plenum an der Abstimmung über den Ankauf der Aktien der Siemens und Halske'schen Bahn nicht beteiligt habe.

In der Wohnung seiner Geliebten wurde gestern abend ein Agent Friedrich Tremmer verhaftet. Dieser war für ein Geschäft in Glogau tätig gewesen und wurde von der dortigen Staatsanwaltschaft wegen Unterschlagung, schweren Diebstahls und Urkundenfälschung seit mehreren Monaten strebriesslich verfolgt. Die Kriminalpolizei erfurh nun, daß Tremmer zu einem Mädchen, das jetzt in der Elbingerstraße wohnt, früher Beziehungen hatte, und vermutete, daß er zu seiner alten Liebe zurückkehren werde. Nach längerem Beobachtungen fand sie diese Vermutung auch bestätigt. Gestern abend nun klopfte bei dem Mädchen ein Kriminalbeamter an. Tremmer öffnete, bejahte ahnungslos die Frage, ob er Herr Tremmer sei, und wurde festgenommen.

Der junge Mann, welcher am 11. Oktober, nachmittags um 7 1/2 Uhr, an der Kanonen- und Mohrenstraßen Ecke von einer Kutsche überfahren worden ist, wird von der Staatsanwaltschaft ersucht, sich im Polizeipräsidium zur Sache 75 35 IV 8 01 in den Vormittagsstunden zu melden.

Aus dem Untersuchungsgefängnis zu Moabit entwichen ist der Schlosser Georg Schröter, ein Mann von 37 Jahren, der bereits verurteilt ist und in einer andern Angelegenheit vernommen werden sollte. Schröter wohnte früher bei seiner Mutter in der Voelchstr. 51 und hielt sich seit Ende Februar unangemeldet in Berlin auf, bis er Ende März bei einem Besuch seiner Mutter verhaftet wurde. Einem Geschäftsgenossen seines Schlägers, der eine Sachwarenhandlung besitzt, hatte er ein Fahrrad verkauft, das er aus einer Konfuzmasse billig erworben haben wollte. Zufällig aber hatte er es gerade einem Bekannten des Käufers gestohlen. So wurde der Diebstahl entdeckt und aufgefährt, sobald der Bestohlene den Bekannten mit seinem Rad sah. Die Ermittlungen ergaben nun, daß Schröter in Gemeinschaft mit andern den Fahrraddiebstahl in großem Umfange betrieben hatte. Er wurde daher wegen bandenmäßigen Diebstahls zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt und hatte noch bis Ende Dezember 1903 zu sitzen.

Kinderausführung. Der Schuldiener Kette, Lindenstr. 97/98, hat am Sonntagmorgen gegen 6 Uhr in der Einfahrt der Marktstraße in der Lindenstraße auf einem Handwagen ein etwa 14 Tage

altes Mädchen gefunden. Da die Mutter des Kindes bis jetzt noch nicht ermittelt ist, hat er das Kind bis auf weiteres in Pflege behalten.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in der Betriebswerkstätte der „Großen Berliner“ in der Badstraße. Der Tischler S. geriet mit der Hand in das Getriebe der Fraisenmaschine. Drei Finger wurden ihm vollständig weggerissen. Nach Anlegung eines Rotverbandes wurde der Schwerverletzte, welcher verheiratet und Familienvater ist, nach einem Krankenhause gebracht.

Obdachlos. Der 71 Jahre alte ehemalige Spritzenmann Carras, der seit August d. J. Witwer ist und für sich allein in dem Hause Meindendorferstr. 60 wohnt, traf gestern morgen auf einer Bank auf dem Kuppelplatz eine 47 Jahre alte Arbeiterin Witwe Delzig geb. Fuchs, die ihm sagte, daß sie seit acht Tagen arbeitslos und obdachlos sei und sich sehr unwohl fühle. Aus Mitleid nahm er sie mit in seine Wohnung, um ihr eine Tasse Kaffee zu kochen. Aber bevor diese fertig war, brach die Frau zusammen und starb. Die Leiche wurde von der Revierpolizei beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht.

Der Naturmensch Gustav Nagel ist gestern morgen aus Kauen hierher gekommen, um sich auf Empfehlung eines Arztes aus der Altmark wegen einer klinischen Vorstellung an Geheimrat Jolly, den Direktor der psychiatrischen und Nervenklinik der Charité, zu wenden. Nagel fuhr mit der Bahn bis zum Lehrter Bahnhof und wanderte vor dort in seinem Naturkosteln — dem und grauen Umhang, ohne Kopf- und Fußbekleidung — der Charité zu, seinen treuen Begleiter, einen Spitz, unter dem Arm. Auf dem ganzen Wege wurde er angestaut wie ein Wesen aus einer andern Welt. Eine ganze Menschenmenge zog hinter ihm her, und stellenweise mußten sogar die Schenkelle einsteigen, um sie ihm vom Leibe zu halten. Der stattliche blonde Mann, der nur von Obst und Feldfrüchten lebt und sich durch kalte Waschungen und Bäder auch gegen die Winterkälte gefeit hat, sieht vorzüglich aus. Ob Geheimrat Jolly ihn zur Vorstellung in seiner Klinik annimmt, sieht noch dahin.

Robbtsverbrechen. Ueber eine Brutalität ohne gleichen bringt ein hiesiges Blatt eine aufsehenerregende Mitteilung: Danach hat Herr Richard Hahs, der Inhaber des bekannten Porzellanlagers in Berlin, die Gemeindegeld von Schönow bei Jossen gepachtet und mit der Beaufsichtigung derselben den Förster Hübler betraut. Als dieser vor einigen Tagen mit einem englischen Pointer an der Grenze des Reviers gegen das Jagdgebiet von Werben entlang ging, sei auf diesem ein Schuß gefallen, worauf der Hund dahin lief. Dort sei der Hund von einem der Jäger, den Herren J. S. und R. aus Mariensfelde und B. aus Berlin, durch fünf Schüsse getödet worden. Als der Förster hierauf (ohne Waffe) die Jäger wegen Tötung des Hundes zur Rede stellte, sei er mit den Worten: „Wenn Sie nicht machen, daß Sie vom Revier kommen, gibt es was raus! abgewiesen worden. Als dann später der Förster an dem Gebäude an der Werben-Gaddorfer Landstraße vorbeigegangen sei, in welchem der obenbenannte Jagdpächter H. aus Mariensfelde eine Stube gemietet hat, sei dieser ihm nachgerannt und habe ihn zugerufen, er solle doch mal zurückkommen. Der Bericht sagt dann weiter: „Der Förster und Herr H. stellten sich gegenseitig vor, und in demselben Augenblick erhielt der Förster einen Faustschlag gegen den Kopf, der ihn einen Augenblick betäubungslos machte. Als er sich auftraufte, um seinen Hut aufzuheben, brachte ein Schuß, Herr H. trug einen geladenen und gespannten Drilling — ein dreifachiges Gewehr — bei sich. Die Kugel war dem unglücklichen Förster dicht bei der Wirbelsäule durch den Hals gegangen. Ohne sich des Schwereverletzten irgendwie anzunehmen, ging Herr H. in das Haus zurück, in welchem sich seine Fremde befanden. Der Förster schleppte sich in das Dorf bis zu dem Jagdhause des Herrn Hahs, wo er, durch den starken Blutverlust geschwächt, ohnmächtig zusammenbrach. Nachdem er einen Rotverband erhalten hatte, wurde der Unglückliche nach Jossen zu dem Dr. Reitzling gebracht, wo er sich noch in Behandlung befindet. Der Amtsanwalt aus Jossen, Dr. Wirth, hat bereits an Ort und Stelle den Tatbestand aufgenommen.“ Einer der Beteiligten soll ein Herr Haidmann aus Mariensfelde sein.

Strassenperrung. Der Große Weg der Charlottenburger Chaussee bis zum Restaurant Charlottenhof wird behufs Umpflasterung vom 4. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Im Apollo-Theater ist gestern eine neue Ausstattungsoperette gegeben worden. In diesem Theater ist es ein seltsames Wesen mit der Aufführung eines neuen Stückes. Das Premierensieber, das anderswo den Direktor wie den Autor todtankt macht, kennt man in der Friedrichstraße nicht; grundgütige Feen werden dem Komponisten leuchtende Kränze und sorgen für einen dreifachen Lauch, bevor noch eine Note seines neuen Wertes das Ohr erreicht hat. Graf Waldersee hat es auf seiner berühmten Reise nach China in Pankio Vorberren nicht besser gehabt als Herr Reinhold Erke, der Komponist des „König Aquas“, und gleich dem berühmten Herrn Linde, Hauskapellmeister des Apollo-Theaters. Aber auch der Dichter hat es gut an dieser Kunststätte. Er kommt wegen des Stoffs nicht in Verlegenheit. Frau Luna hat mit mehr denn 400 Aufführungen ungeahnten Erfolg erringt. Schön macht man daselbe noch einmal in Berlin. Und da Grün als Farbe des Seewassers gilt, so wurde aus dem Reiche im Reiche ein Reich der Meerestiefen, in das von Rügen aus dieselbe Gesellschaft hinabsteigt, die ebendem sich in den Luftballon schwingt. Nur die Regierung hatte sich dort unten einer kleinen Aenderung zu unterziehen. Fräulein Carola, die ehemalige Kronprinzessin, wurde ihrer großen Jugend halber für unmündig erklärt und erhielt einen Papa zugeteilt, eben den König Aquas, unter dessen Oberleitung das spannenverwirrende Sammelverium von Ballett und Beleuchtungs-effekten sich abspielt. All diesen Glanz und Schimmer zu beschreiben, ist unmöglich; so etwas muß man gesehen haben. Doch sei erwähnt, daß die Verfasser des neuen Stückes durch eine höchst poetische Idee sich ganz besonders verdient gemacht haben. Sie beschien das liebreizende Luftballett Origoletti auch für das neue Stück bei und sicherten ihn dadurch ohne weiteres ein gut Teil Erfolg.

Nicht ganz vorteilhaft ist dem Stück, daß das, was man an sich ja unzutreffend Handlung nennt, weit über Gebühr ausgedehnt ist. Die Notwendigkeit, die einleitenden drei ersten Akte und auch die erste Hälfte des letzten etwa auf den dritten, vierten Teil zusammenzuziehen, leuchtet um so eher ein, als trotz Robert Steidl der imponierenden Kollatur nur wenige vorhanden sind. Auch die acht Rügener Fischer und Fischerfrauen, die einen Nationaltanz „Schüttel de Dug“ aufführten, erschienen uns aus dem Grunde befremdlich, weil sie wirklich echt waren und zu dem raffinierten Tricotflitter, der sie umgab, in ihrer plattdeutschen Schlichtheit einen gar zu wunderlichen Kontrast bildeten. Die Autoren einer modernen Ausstattungsoperette sollten doch mit peinlicher Strenge darauf achten, daß niemand in dem Stück auftritt, der sich natürlich gebietet.

Ein paar Worte noch über die Kunst. So populär wie die Lindischen Schloßer, die im Grunde liegen, wird sie ja nicht werden. Aber von dieser und jener lustigen, leichtfüßigen Melodie werden Wilmsdorf und Halensee doch profitieren.

**Feuerbericht.** In der Nacht zum Donnerstag zerstörte der wohnungslose Kunstler Rudolph das Fenster des öffentlichen Feuerwehlers Gischinerstr. 12 und verursachte böswillig eine Alarmierung der Wehr. Offenbar hatte er es auf seine Festnahme abgesehen, die denn auch erfolgte. Kurz vorher brannte Wilowstraße 42 der Fußboden. Große Frankfurterstr. 7 mußte in einer Blumenfabrik ein kleines Schadfeuer beseitigt werden. Wegen eines Wohnungsbrandes, der verschiedene Möbelstücke einäscherte, hatte die Wehr Weidenweg 25 zu thun.

### Aus den Nachbarorten.

**Der Amtsvorsteher v. Oppen** ist, wie wir durch eine telephonische Nachricht aus Adlershof erfahren, gestern mittag dort nach fünfjähriger Krankheit an einer Brustfellentzündung gestorben. Oppen, der ein Alter von beinahe 64 Jahren erreicht hat, war früher Amtmeister und hatte seit 1874 die Funktion eines Amtsvorstehers am Orte ausüben. In diesem Mann verkörpert die Sozialdemokratie einen der vorzüglichsten Propagandisten; und wenn uns eine Hoffnung über den Verlust einer so schätzbaren Kraft tröstet, so ist es die, daß die 184 Rückschrittstimmen, die bei der Reichstagswahl von 1898 den 924 am Ort für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen noch gegenüber standen, sich nunmehr auf etwa Null reduziert haben mögen, und somit die Lebensaufgabe des Herrn v. Oppen erfüllt wäre. Dieser königlich preussische Amtsvorsteher verstand wie wenig andre Leute die Kunst, durch allerhand erbärmliche Chikanen, durch schändlichen Mißbrauch der Amtsgewalt, die die Opfer bis aufs Blut peinigen mußte, alle rechtlich denkenden Menschen mit Ingrimm gegen ein System zu erfüllen, das solcher Mittel zu seiner Erhaltung zu bedürfen schien. Wie arg es um das Regiment des Herrn v. Oppen stand, zeigt die Thatsache, daß er sowohl in unserem Blatt wie auch in öffentlichen Versammlungen mehrfach des vorfälligen Amtsmißbrauchs gedenkte wurde, ohne daß er die Courage fand, gegen diese schwerste Beschuldigung, die gegen einen preussischen Beamten erhoben werden kann, sich mit dem sonst in der Amtspraxis doch sehr beliebten Hilfsmittel der Weisheitsrede zu wehren.

Den Gipfelpunkt seines propagandistischen Wirkens erreichte Herr v. Oppen in dem berühmten Illuminationsprozeß, der 1898 deswegen auf sein Verreiben gegen 122 Adlershofer Einwohner angestrengt wurde, weil diese zum Andenken an den ruhmreichen 18. März 1848 ihre Fenster festlich erleuchteten hatten. Der Prozeß endete bekanntlich mit Freisprechung sämtlicher Angeklagten. Gewiß ist nicht zu verkennen, daß durch die feigen Chikanierungen, die der Verstorbenen unausgesetzt übte, einzelne Personen wirtschaftlich auf das schwerste geschädigt wurden. Aber dennoch empfinden wir fast ein Bedauern darüber, daß die Guten, die in seiner Manier für uns schaffen, neuerdings seltener zu werden scheinen.

**Neu-Weihensee.** Das selbstherrliche Regiment des Vorsitzenden der Orts-Krankenkasse, des Innungs-Obermeisters Büttner und seiner Sippe ist, hoffentlich für immer, durch die soeben besendeten Delegierten-Wahlen zur Orts-Krankenkasse beseitigt worden. Als Delegierte der Arbeitnehmer wurden sämtliche 119 von der organisierten Arbeiterschaft in letzter Stunde aufgestellten Kandidaten gewählt, durchgängig mit übergroßer Majorität. Der Sieg der von uns aufgestellten Kandidaten der Arbeiter wurde nur durch einen — unglücklichen Zug des Vorstandes vereitelt. Als es bei Eröffnung der Wahlhandlung offenkundig war, daß die Weihen des alten Regimes in der Minderheit sich befanden, wurde ohne weiteres der Beginn der Wahlen auf eine Stunde später anberaumt, so daß es möglich war, die unermüdlichen Schlepper in Thätigkeit treten zu lassen, worauf dann der Sieg mit ganzen acht Stimmen Majorität den Gegnern zufiel.

Ueber die Art der Geschäftsführung des bisherigen Vorstandes kursieren die abenteuerlichsten Gerüchte. So ist die Auszahlung des Krankengeldes an ein Mädchen, das aufrerzählich geboren hatte, verweigert worden, so lange als bis der Vater des Kindes dem Vorstande nicht mitgeteilt war — und andre derartige Uebergriffe mehr. Daß all dies nicht eher an die Öffentlichkeit gedrungen ist, liegt lediglich an der Interesslosigkeit, die von der Arbeiterschaft diesen hochwichtigen Dingen entgegengebracht wird. Hoffentlich wird es jetzt in dieser Beziehung besser.

**Aus Nixdorf.** In der Verwaltungsstreitsache des Magistrats zu Nixdorf wider den Ersten Bürgermeister in Nixdorf wegen Beanstandung eines Beschlusses, betreffend die Abwendung einer Petition um Abschluß langfristiger Pachtverträge, soll gegen das Erkenntnis des Bezirksauschusses zu Potsdam vom 8. Oktober d. J. das Rechtsmittel der Berufung eingelegt werden. Herr Stadtrat Büttner wird bevollmächtigt, den Magistrat in diesem Streitverfahren zu vertreten. — Zum Zwecke der Feststellung des gegenwärtigen Standes der Wohnungsverhältnisse in hiesiger Stadt sollen durch

die Vollziehungsbeamten statistische Erhebungen über die Zahl der leerstehenden Wohnungen zc. stattfinden.

## Versammlungen.

### Kommunalwähler-Versammlungen.

In einer zum Mittwochabend für den 4. Kommunalwählerbezirk (Tiergarten) im Fühlischen Lokal, Demerwischstraße, einberufenen Kommunalwähler-Versammlung wurde infolge des schwachen Besuchs der Vortrag des Genossen Jubel abgesetzt. Genosse Jentzel forderte die Erschienenen zur praktischen Mitarbeit bei der stattfindenden Flugblattverteilung und ebenso am Tage der Wahl zur Mitführung usw. auf.

**Für den 9. Bezirk** fand am Mittwoch eine Versammlung in Habels Brauerei statt. Dasselbst sprach Genosse Dr. A. Bernstein über die bevorstehenden Wahlen. Er unterzog vor allem das Krankenhauswesen und die öffentliche Gesundheitspflege der Stadt sowie den Mangel an Sänglingschutz einer sachverständigen Kritik und verurteilte die hier herrschenden traurigen Zustände auf das schärfste. Der Redner zeigte ferner, welche unheilbare Unfruchtbarkeit der zu Schweiswedel und Whantiniismus so sehr befähigte Freisinn auf allen Gebieten des städtischen Lebens, besonders aber auch auf dem der sozialen Fürsorge an den Tag legt, und wie jeder, dem das Wohl der Stadt am Herzen liegt und der das Wohl der Gesamtheit fördern will, dem sozialdemokratischen Kandidaten seine Stimme geben muß. — Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. — Zur Diskussion nahm ein kleiner Geschäftsmann das Wort, der sich in allen Punkten mit dem Referenten einverstanden erklärte, nicht aber mit der Haltung der sozialdemokratischen Vertreter in der Straßenhändler-Frage, und sich bitter über die Konkurrenz beklagte, die ihm von den Straßenhändlern gemacht wird. Ihm trat Genosse Jubel entgegen, suchte ihn darüber aufzuklären, daß doch auch diese Leute eine Berechtigung zu existieren haben und ein Verbot des Straßenhandels kaum zu einer Verminderung der Konkurrenz, wohl aber zu einer Erhöhung der Ladenmieten führen würde, und knüpfte daran noch eine Kritik der Zustände und Ereignisse auf den verschiedenen Gebieten der kommunalen Verwaltung. — Die Versammlung wurde mit der Aufforderung zu registrierter Agitation für die Wahl des Genossen Dr. A. Bernstein geschlossen.

**Im Berliner Prater** fand am Dienstag eine sehr gut besuchte Kommunalwähler-Versammlung statt, in welcher Genosse Paul Singer, an Stelle des plötzlich erkrankten Genossen Freudenberg, referierte. Einleitend erinnerte der Redner daran, daß die Thätigkeit der Sozialdemokraten im „Roten Hause“ seit 1884 datiert und daß das, was bisher erreicht worden ist, nur der angestrengtesten Thätigkeit derselben zuzuschreiben sei. In überaus feiselnder Weise übte Genosse Singer dann eine scharfe Kritik an den Thäten der Freisinnigen und meinte, der Typus des bornierten Freisinnigen charakterisiere sich am allerbesten in dem einen Ausspruch: „Für alle Wohlthäten, welche die Arbeiter empfangen, haben sie nicht einmal ein dankelndes Wort.“ Nachdem der Redner in ausführlicher Weise die sozialen Aufgaben, welche die Stadt Berlin zu erfüllen verpflichtet ist, erörtert hatte, ging er zur Besprechung der Bürgermeisterei-Frage und der Märchenbrunnenangelegenheit über. Hinsichtlich der ersteren, meinte Genosse Singer, können wir warten. Wir haben ja Zeit dazu. In der anderen Angelegenheit jedoch handelt es sich für die Stadt nicht nur um die Aenderung einzelner Figuren, sondern darum, ob mit dem Prinzip der Selbstverwaltung und der Selbstständigkeit Berlins gebrochen werden soll. — Die Ausführungen Singers wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Nachdem sich noch einige Redner in der Diskussion in demselben Sinne wie der Referent ausgesprochen hatten, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Appell an die Anwesenden, sich zu organisieren und im Sinne des hier Vorgetragenen zu wirken.

**Zu Gunsten der Konsumvereins-Bewegung** fand am Dienstag im „Elysium“ eine Volksversammlung statt, welche von der Agitationskommission für den Konsumverein Berlin-Nord einberufen war. Der Referent, Reichstags-Abgeordneter G. Rosenow, legte in einem beifällig aufgenommenen Vortrage den Nutzen der Konsumvereinsvereine für die Arbeiter dar. Er schloß mit einem warmen Appell an sämtliche Arbeiter und Frauen, der Konsumvereinsvereine Berlin-Nord beizutreten. Es wurden nun in einer kurzen Pause viele der Anwesenden als Mitglieder aufgenommen. Darauf gab die Kommission einen kurzen Ueberblick über ihre bisherige Thätigkeit.

**In der humanitären Gemeinde** Niederwallstr. 12 in der Aula der Friedrichswerderschen Ober-Realschule hält am Sonntag vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr Herr Dr. Rudolf Benzig den fünften Vortrag des Vortragszyklus: „Das Vaterunser. Was heißt Schuldvergebung?“ Damen und Herren haben freien Zutritt.

**Der Verein Berliner Wohnungsmieter** veranstaltet eine öffentliche Mieterversammlung Freitag, 1. November, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, in Dietrichs Hof, Brunnenstr. 24. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Vizepräsidenten Fr. Wolf über „Hausbesitzer und Mieter.“

### Eingegangene Druckschriften.

Die „Sozialistischen Monatshefte“ (Administration: Berlin W., Rügenstr. 86A) haben soeben das Novemberheft ihres 7. Jahres-

gangs erscheinen lassen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Dr. Eduard David: Rückblick auf Löhne. — Eduard Bernstein: Parteipolitik und Ueberzeugungstreue. — Friedrich Herz: Julia und Politik in Oesterreich. — Dr. G. B. Adams: Lehmann: Neue Geschichtsbücher. — Otto Lang: Der Sozialismus in der Schweiz. — Dr. Matthei Schwann: Der Weg der Civilisation. — Georg Schöpflin: Die sächsischen Landtagswahlen 1901. — Wilhelm Bölsche: Gedanken über die Schule. Rundschau. Der Preis des Heftes beträgt 80 Pf., pro Quartal 1,50 M.

### Marktpreise von Berlin am 30. Oktober 1901

nach Ermittlungen des kgl. Volkswirtschaftsministeriums.

Ware	Preis	Ware	Preis
Weizen, gut	13,95	Roggen, neue, D-Gr.	8,00
„ mittel	13,93	„ alte, D-Gr.	1,70
„ gering	13,91	„ do. „	1,40
† Roggen, gut	13,95	Schweinefleisch	1,80
„ mittel	13,93	„ do. „	1,80
„ gering	13,91	Hammelfleisch	1,60
* Weizen, gut	14,40	Butter	2,80
„ mittel	13,90	„ 60 Stk.	5,00
„ gering	12,80	„ 1 kg	2,20
* Hafer, gut	16,20	Kartoffeln	2,50
„ mittel	15,30	„ do. „	2,60
„ gering	14,50	„ do. „	2,00
Malzkorn	7,60	„ do. „	1,80
„ do. „	8,60	„ do. „	2,80
„ do. „	40,00	„ do. „	1,40
„ do. „	50,00	„ do. „	10,00
„ do. „	60,00	„ do. „	3,00

† ad Bahn. \* frei Wagen und ad Bahn. **Produktenmarkt vom 31. Oktober.** Der Getreidemarkt verkehrte bei Eröffnung in schwacher Tendenz und blieb auch im weiteren Laufe unruhig. Für die herrschende Geschäftslage wird in erster Linie das Stocken des Konsumbedarfs verantwortlich gemacht und dieses wieder auf den Niedergang der Industrie zurückgeführt. Namentlich werden aus dem Königreich Sachsen ernsthafte Klagen darüber laut, daß der sonst so lebhaft betriebene dortige Verbrauch in diesem Jahre fast ganz ausbleibe. Am heiligen Plage wurden seitens eines spekulativen Großunternehmers bedeutende Realisierungen vorgenommen. Weizen notierte  $\frac{1}{2}$ , Roggen  $\frac{1}{2}$  M. niedriger als gestern. Nur Weizen notierte seinen letzten Preis, auch Weizen war unverändert. Von den russischen Weizen notierten Amerika und England schwächer, Oesterreich-Ungarn etwas höhere Preise. — Hafer war still, Mais nominell gut behauptet. Rüböl ganz ohne Geschäft. Spiritus unverändert, 70er loco 32,90 M.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

**W. J. D.** Vorsitzender der Baugenossenschaft Freie Scholle ist Herr Baumhauer Wittenberg, Grob-Bücherfeld, Marihofstr. 5.

**W. R. 100.** G. M. 5. G. R.: Rein. — **Schöneberg, Hakenstraße 40.** Dem Arbeitnehmer steht nach Ihrer Schilderung ein Anspruch gegen den früheren noch gegen den jetzigen Arbeitgeber zu. — **G. M. 13a.** 1. Leider ja. 2. Paraphrasieren Sie bei dem Vorstand Ihrer Krankenkasse sich informieren, weil die Rechtslage nicht durchweg die gleiche ist. — **G. M. 7.** Rein. — **G. P. 1.** Weihensee. — **J. 1000.** Ja. **T. S.** Hosen hatte noch der letzte Volkszählung 117 100 Einwohner.

**Schulherr.** Gewerbetreibende, die einen offenen Laden haben, Gast- oder Spantwirtschaft betreiben, sind nach § 15a der Gewerbeordnung verpflichtet, ihren Familiennamen mit mindestens einem ausgeschriebenem Vornamen an der Außenwand oder am Eingang des Ladens oder der Wirtschaft in deutlich leetbarer Schrift anzubringen. Demnach genügt die von Ihnen an der Scheibe des Eingangs oder der Außenwand des Ladens angebrachte Bezeichnung. — **C. M.** Sie sind wahlberechtigt. Es sind alle diejenigen wahlberechtigt, die nach dem 30. Juli 1901 (dem Tage der Offenlegung der Wahlerlisten) Armenunterstützung erhalten haben. — **Waldow D. S.** „Arbeiterrecht“ S. 328, 329. Sind Sie unverheiratet, so ist Ihnen unbedingt zu raten, die von Hunderten vergeblich beantragte Aufnahme in ein Invalidenhaus nicht abzulehnen. — **J. 95.** Sie sind in Ihrem Recht. — **Frankfurter Alter 177.** 1. Selbstverständlich. Im öffentlichen Interesse liegt es, gegen solche Rohheit energisch vorzugehen. Sollte die Staatsanwaltschaft die Erhebung der Klage ablehnen, weil ein öffentliches Interesse nicht vorliegt, so beschweren Sie sich bei der Oberstaatsanwaltschaft beim Kammergericht, sobald beim Justizminister und teilen uns das Ergebnis Ihrer Bemühungen mit. 2. Sie können lediglich den Lohn bei der ermittelten Arbeitsstelle durch das Amtsgericht pfänden lassen. Zweck Ermittlung der etwaigen neuen Arbeitsstelle können Sie sich an den Wahlen und an das Vormundschaftsgericht wenden. Aber selten hat solches Ergebnis den gewünschten Erfolg. — **R. R., Urbanstr. 119.** Ein Anspruch auf Rückforderung des geschenkten Hochzeitsgeschenkes besteht nicht.

**Witterungsübersicht vom 31. Oktober 1901, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometer	Wind	Wolke	Temperatur	Stationen	Barometer	Wind	Wolke	Temperatur
Stettin	776,0	SW	1	8	Worms	769,0	SW	1	0
Breslau	777,0	SW	1	5	Petersburg	—	—	—	—
Berlin	776,0	SW	2	5	Sofia	770,0	—	6	8
Frankfurt	770,0	SW	5	5	Aberdeen	—	—	—	—
München	766,0	SW	7	5	Paris	763,0	SW	4	10
Wien	770,0	—	1	5					

Wetter-Propnose für Freitag, den 1. November 1901.

Trocken und vielfach heiter, aber kühl bei ziemlich frischen nördlichen Winden; Nachtfrost. Berliner Wetterbureau.

# Warenhaus A. Wertheim

Rosenthalerstr. 27—29 u. 54.

Leipzigerstr. 132—135 (Versand-Abteilung).

Oranienstr. 52—55.

Wir haben einen Lagerposten, über

## 6000 Stück Knaben-Anzüge

(Jacken-, Blusen- und Joppen-Anzüge),

bedeutend unter dem regulären Wert gekauft und bringen dieselben zu ausserordentlich billigen Preisen am

### Freitag, Sonnabend und Montag

zum Verkauf.

Sortiment	Passend für das Alter von ca.	3-5	6-8	9-10 Jahren	Sortiment	Passend für das Alter von ca.	3-5	6-8	9-10 Jahren
I. Sortiment	blaue u. farbige Stoffe	2.60	3.—	3.45 Mk.	III. Sortiment	beste Buckskin- und Cheviot-Stoffe	6.10	6.65	7.25 Mk.
II. Sortiment		3.55	4.—	4.60 Mk.	IV. Sortiment	Cheviot- u. Kammgarn-Stoffe	7.75	8.50	9.25 Mk.
V. Sortiment	beste Cheviot- u. Kammgarn-Stoffe, blau und farbige	3-5 Jahre	9.25	10.25					